Warum die Wall Street Hillary Clintons Wahlkampf finanziert

Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Nr. 17 – 25. April 2015

Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland

Einzelverkaufspreis: 2,50 Euro

C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE

Aktuell

»Kampf gegen Links« gibt es nicht
Die Berliner Politik ist auf dem linken Auge blind 2

Deutschland

Der Trend geht zum Einheitspolizisten
Die Beamten sollen universell einsetzbar sein 3

Hintergrund

»Kein Wald ohne Jungholz«
Wirtschaftsflaute und Überalterung der Kader führten 1985 zur Perestrojka 4

Preußen / Berlin

Teurer Ehrgeiz
»Klimaschutz«: Berlin will internationaler Vorreiter werden 5

Ausland

Die Wunschkandidatin der Wall Street
Hillary Clinton 6

Kultur

Sahnebaiser für die Ohren
»Eine Nacht in Berlin« mit Max Raabe und Orchester 9

Geschichte

Eine Stadt und ihre Schiffskatastrophen
Das südirische Cobh 10





Europa vor einem fatalen Dilemma: Afrikaner retten sich von Bord eines kenternden Bootes vor Lampedusa

Bild: SZ

Moral und Heuchelei

Erschrecken über den Tod im Mittelmeer verdrängt die Frage nach der Zukunft

Der Untergang von „Flüchtlingsschiffen“ wühlt die Europäer auf. Welche Folgen die Massenzuwanderung hat, interessiert wenig.

Erschreckende Bilder und die Zahl von vermutlich bis zu 900 Ertrunkenen bei einer einzigen Havarie haben die Debatte zu den übers Mittelmeer kommenden Asylbewerbern massiv moralisch aufgeladen. Nun sollen die Rettungskapazitäten drastisch ausgebaut werden, um das Sterben zu beenden.

Das Dilemma liegt auf der Hand, und es ist kein Zynismus, wenn man es benennt: Jeder in einem europäischen Land eingetroffene, aufgenommene und versorgte Asylbewerber kommuniziert seinen Erfolg in die Heimat, was weitere Landsleute dazu verlockt, sich ebenfalls auf den Weg zu machen. Laut Innenminister Thomas de Maizière (CDU) warten jetzt schon mehr als eine Million Menschen an der afrikanischen Küste auf eine Gelegenheit, nach Europa überzusetzen. Ihre Zahl könnte sich noch beträchtlich erhöhen.

Um weitere Schiffskatastrophen gänzlich zu vermeiden, müsste ein lückenloses Rettungssystem aufgebaut werden, das einem Zubringerdienst gleichkäme. Davon angezogen würden sich weitere Millionen in Bewegung setzen.

> Schon jetzt ist die Integrationskraft vielerorts erschöpft

Die einzige Lösung liegt in dem Vorschlag, EU-Auffanglager an der afrikanischen Küste aufzubauen, wo der Asylantrag geprüft wird. Allerdings ist nicht auszuschließen, dass abgelehnte Bewerber es trotzdem übers Meer versuchen, was weitere Katastrophen zur Folge haben dürfte – und entsprechende Debatten in Europas Öffentlichkeit.

Was bei all der verständlichen Erregung über die grausigen Schicksale auf See völlig in den Hintergrund gedrängt wurde, sind die längerfristigen Folgen eines massenhaften Zustroms. Schon heute ächzt Deutschland unter drückenden Problemen bei der Integration und Assimilierung von Einwanderern. Eingeborene Deutsche wagen es jedoch kaum noch, über die damit einhergehenden Belastungen öffentlich zu sprechen, aus Furcht, Rassist genannt zu werden.

Dafür beklagen sich mittlerweile Immigranten darüber, dass in den Klassen ihrer Kinder kaum noch deutsche Schüler säßen, was den Lernerfolg ihrer Zöglinge gefährde. Solche Meldungen müssten jeden davon überzeugen, dass ein kritisches Maß an Zuwanderung aus fremden Kulturkreisen längst überschritten wurde. Wer mit dem Appell an unsere Menschlichkeit nun fordert, weitere massenhafte Einwanderung aus fernen Kulturen zuzulassen, wenn nicht zu fördern, der versündigt sich an allen hier Lebenden – den eingeborenen Deutschen ebenso wie den Neubürgern, die sich integrieren und schließlich assimilieren wollen.

Je höher der moralische Ton ausfällt, desto tiefer mischt sich die Heuchelei in den Choral. Um die Zukunft dieses Landes scheinen sich jene, die derzeit besonders „betroffen“ und entsprechend fordernd auftreten, jedenfalls wenig zu scheren. *Hans Heckel*

Jan Heitmann:

Befehlsausgabe

Bundesverteidigungsministerin Ursula von der Leyen ist am vergangenen Montag zu einem Blitzbesuch bei dem neuen US-Verteidigungsminister Ashton Carter nach Washington gereist. Für das Treffen hat ihr der Amtskollege gerade einmal 45 Minuten eingeräumt. Substanzielles dürfte in dieser kurzen Zeit kaum erörtert worden sein. Es war wohl eher so, dass die deutsche Verteidigungsministerin zur Befehlsausgabe beim großen Bruder angetreten war. Darauf deutet auch die Presseerklärung des US-Verteidigungsministeriums hin. Dort heißt es, beide Minister hätten betont, dass die Nato gegenüber der russischen Aggression Einigkeit zeigen müsse. In ihrer eigenen Presseerklärung verliert die Befehlsempfängerin darüber hingegen kein Wort, sondern erschöpft sich darin, die USA als „vertrauten und unverbrüchlichen Partner“ von „herausragender strategischer Bedeutung nicht nur in der Nato“ überschwänglich zu loben.

Unterdessen haben 300 US-amerikanische Fallschirmjäger mit der Ausbildung ukrainischer Soldaten begonnen. Warum? Weil sich, so der ukrainische Präsident Petro Poroschenko unter dem Beifall der US-Militärs, „dieser Krieg“ nicht nur gegen die Ukraine richte und sich „zum 70. Jahrestag des Sieges der Anti-Hitler-Koalition über den Nationalsozialismus die Grenze des zivilisatorischen Kampfes um die Freiheit Europas und der Welt“ wieder einmal durch die Ukraine ziehe. Das war es dann wohl auch, worum es bei dem Ministertreffen in Washington tatsächlich ging. Damit Deutschland ja nicht aus der Koalition, die diesmal eine „Anti-Putin-Koalition“ ist, ausschert. Von der Leyen wird den Befehl zweifelsohne gehorsam befolgen.

Wo bleibt der weltweite Aufschrei?

Regierungskritischer Journalist in der Ukraine ermordet – Parallele zum Fall Nemzow in Russland drängt sich auf

Oppositionelle leben in der Ukraine gefährlich. Das zeigte vor einigen Tagen der Mord an dem Journalisten Oles Busina. Doch der ist kein Einzelfall. Seit einem Vierteljahr häufen sich Morde und sonderbare Todesfälle. Von einem weltweiten Aufschrei wie beim Mord an dem Politiker Boris Nemzow in Moskau oder auch nur von Empörung innerhalb der Ukraine ist nichts zu hören, im Gegenteil. Was über Oles Busina bei Twitter, Facebook und ähnlichen Einrichtungen zu lesen ist, erschöpft sich in Beleidigungen des Opfers. Damit wird eine Kampagne fortgesetzt, die schon vor dem Mord begonnen und diesen psychologisch vorbereitet hat.

Busina wurde unter anderem auf der Webseite „Mirotworets“ angegriffen, was nicht ohne Sarkasmus ist, denn Mirotworets heißt Friedensstifter. Dort also hieß es unter anderem, Busina sei ein „Separatist und Anti-Majdan-Aktivist“, außerdem wurden sein Lebenslauf veröffentlicht, Einzelheiten seiner Familie sowie seine Adresse und private Telefonnummer. Delikat ist: Der Betreiber der Webseite ist Anton Geraschenko, Chefberater des Innenministeriums und jetzt mit der Aufklärung des Mordes an Busina beauftragt. Noch Tage vor seiner Ermordung gab Busina dem russischen Fernsehsender Rossija 1 ein Interview. In dessen Verlauf sagte er: „Ich habe bereits mehrere SMS bekommen, in denen ich gewarnt wurde, vorsichtig zu sein, denn man würde auf mich in Kiew bereits am Bahnhof warten.“ Und: „Ich weiß nicht, ob ich den morgigen Tag noch erlebe oder nicht.“ Auf die Frage, von wem ihm Gefahr drohe, meinte er: „von Leuten, die eingekauft, bezahlt sind“.

> Schon der achte »mutmaßliche Selbstmord«

Businas russisches Interview war indes für den ukrainischen Präsidenten Petro Poroschenko ein willkommener Anlass, die Schuld anderswo zu suchen. Er sagte: „Es ist jedoch auch nicht von der Hand zu weisen, dass es sich bei der Tötung von Busina um einen erneuten Versuch handeln könnte, unser Land zu provozieren, um damit die ukrainische Regierung von innen her zu destabilisieren und das ukrainische Volk zu verwirren.“

Zur Verwirrung beitragen könnte auch der Mord an Oleg Kalaschnikow, Mitglied der Partei der Regionen, ehemals Parlamentsabgeordneter und Anti-Majdan-Aktivist, was, wie man gesehen hat, sehr gefährlich ist. Er wurde erschossen in der Nähe seiner Kiewer Wohnung aufgefunden. Auch er hatte offene Todesdrohungen erhalten. Jener Aufklärer Geraschenko kann sich als Motiv des Mordes an Kalaschnikow „seine Teilnahme an der Organisation und Finanzierung von konterrevolutionären Ereignissen in der Ukraine“ vorstellen, eine überraschend realistische Einschätzung, die an ein Schuldeingeständnis der Behörden grenzt.

Als Selbstmord deklarierte man den Tod von Olga Moroz, Chefredakteurin der ukrainischen Zeitung „Neteshinsky Vestnik“. Allerdings pfuschten die örtlichen Behörden denen aus Kiew ins Handwerk, als sie verlauten ließen, die Verletzungen von Moroz wiesen auf einen gewaltsamen Tod hin. Es war dies bereits der achte „mutmaßliche Selbstmord“ von prominenten ukrainischen Oppositionspolitikern und Journalisten in nur einem Monat. Alle Opfer waren Mitglied der Partei der Regionen von Ex-Präsident Viktor Janukowitsch. Unter ihnen waren der ehemalige Gouverneur Alexander Peklushenko, Michail Chechtow, einst Leiter des staatlichen Grundstücksfonds, Nikolai Sergienko, früherer Chef des Regionalrates von Charkow, Sergeij Valter, früherer Bürgermeister von Melitopol, Sergeij Bordyuga, Polizeichef ebenfalls in Melitopol und der frühere Abgeordnete Stanislaw Melnik. *Florian Stumfall*

(siehe Kommentar Seite 8)

MELDUNGEN

Gulag-Chef nicht rehabilitiert

Moskau – Der russische Oberste Gerichtshof hat es abgelehnt, den ersten Chef des sowjetischen Geheimdienstes NKWD, Genrich Jagoda, zu rehabilitieren. Jagoda war in der Stalinzeit unter anderem erster Generalkommissar für Staatssicherheit und einer der Hauptverantwortlichen für das Gulag-System, dessen massiver Ausbau maßgeblich unter seiner Führung vonstattenging. Nachdem er so die Ermordung von Millionen Unschuldigen in die Wege geleitet hatte, geriet er in die Fänge seines eigenen Apparats und wurde 1938 hingerichtet. Das jetzige Gerichtsverfahren fand unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt, sein Ergebnis war aber zu erwarten, da das russische Recht die Rehabilitierung von Tätern der stalinistischen „Repression“ verbietet. *T.W.W.*

Insekten auf den Teller

Parma – Die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) prüft derzeit den Nutzen von Insekten für die Ernährung. Damit greift sie das Anliegen der „Internationalen Plattform für Insekten als Nahrung und für die Fütterung“ (IPIFF) auf, Insekten als Quelle für tierische Proteine sowohl für den menschlichen Verzehr als auch für die Fütterung von Tieren zu verwenden. Als besonders proteinreich und somit empfehlenswert gelten der IPIFF zufolge Mehlwürmer, Seidenraupen und Stubenfliegen. Hintergrund der Überlegungen der EU-Behörde ist der von den Vereinten Nationen für die kommenden Jahrzehnte vorausgesagte weltweite Bevölkerungsexplosion mit der Folge der Nahrungsmittelknappheit. Es muss allerdings nicht damit gerechnet werden, derart unappetitliches Getier demnächst abgepackt im Supermarktregal zu finden. Gedacht wird daran, die Fette und Proteine von Insekten als Rohmaterialien den Hauptzutaten von Lebensmitteln und Tierfutter beizumischen. Für 2,5 Milliarden Menschen, vor allem in Asien, Afrika und Mittelamerika, sind Insekten traditionell ein ganz normaler Teil der Ernährung. *J.H.*

Rüge wegen Lobbyismus

Berlin – Transparency International (TI) hat Deutschland wegen fehlender Regeln zum Umgang von Politik und Verwaltung mit Lobbyisten kritisiert. In ihrem Bericht über Lobbyismus in Europa bekam Deutschland nur 23 von 100 Punkten und schneidet damit sogar noch schlechter als Bulgarien ab. Nur sieben der 19 untersuchten Länder haben laut der Antikorruptionsorganisation gezielte Maßnahmen ergriffen, die einen fairen Zugang von allen Interessen zum politischen Entscheidungsprozess sicherstellen sollen. Für Deutschland fordert TI die Einführung einer Pflicht für öffentliche Vertreter, Kontakte zu Lobbyisten umfassend offenzulegen, ein Register für Lobbyisten und Angaben, inwieweit diese an der Ausarbeitung von Gesetzesvorhaben beteiligt waren. Lob erntet hingegen die EU-Kommission, die den zweitbesten Wert in der Untersuchung erhielt. Seit dem Jahreswechsel müssen Kommissare, ihre Kabinettschefs und die Generaldirektoren der Kommissionsbereiche Informationen über Treffen mit Lobbyisten offenlegen. Schätzungen zufolge gibt es in Brüssel über 30 000 Lobbyisten und Interessenvertreter. *U.M.*

»Kampf gegen Links« gibt es nicht

In Berlin existieren nur Programme »gegen Rechts«, Rassismus, Antisemitismus und Islamophobie

In Berlin gibt es kein einziges Programm zur Prävention von Linksextremismus. Das geht indirekt aus einer Antwort des Berliner Innensenats auf die gemeinsame Anfrage der Abgeordneten Stephan Lenz (CDU) und Tom Schreiber (SPD) hervor. In Berlin gibt es nur einen „Kampf gegen Rechts“. Der „Kampf gegen Links“ fällt aus.

Die Abgeordneten wollten wissen, welche Programme es zur Prävention gegen Rechtsextremismus, Linksextremismus und Islamismus auf Landesebene in den Jahren 2010 bis 2014 gab. Zudem fragten sie nach der Höhe der dafür verwendeten Finanzmittel. Innenstaatssekretär Bernd Krömer (CDU) nennt in seiner Antwort das Landesprogramm „Demokratie. Vielfalt. Respekt – Gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus“, angesiedelt bei der Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen. Die hierfür zuständige Senatorin ist Dilek Kolat (SPD). Für Projektförderungen im Rahmen dieses Landesprogrammes – in dessen Namen schon der Begriff Linksextremismus gar nicht vorkommt – standen von 2010 bis 2014 zusammen 9 225 000 Euro zur Verfügung. Diese Senatsverwaltung erhielt auch Mittel vom Bundesfamilienministerium, so zum Beispiel 2010 aus dessen Programm „Kompetent für Demokratie – Beratungsnetzwerke gegen Rechtsextremismus“ 250 000 Euro.

Der CDU-Staatssekretär erklärt: „Mit dem Landesprogramm ist es dem Berliner Senat gelungen, die aktive Auseinandersetzung mit rechtsextremistischem und rassistischem Gedankengut zu stärken, den organisierten Rechtsextremismus zurückzudrängen und zivilgesellschaftliche Initiativen für Demokratie und Respekt zu stabilisieren.“ Linksextremismus erwähnt er gar nicht erst – dieser ist offensichtlich auch nicht Gegenstand des Programms.

Auf die Zusatzfrage der Abgeordneten, welche finanziellen Mittel „gegebenenfalls außerhalb der Programme für die beschriebenen Bereiche“ bereitgestellt wurden, verweist Krömer auf die „Landeskommission Berlin gegen Gewalt“, ein ressortübergreifend besetztes Staatssekretärsgremium. Zu dessen Aufgaben gehörten unter anderem die „Recherche und Information zu relevanten Themen der Gewalt- und Kriminalprävention“, die Ausrichtung des alljährlichen Präventionstages sowie die Organisation von Fach- und Dialogveranstaltungen. Krömer schreibt dann: „Folgende finanzielle Mittel wurden für die Bereiche Rechtsextremismus, Linksextremismus und Islamismus“ ausgegeben, wobei die Bereiche auf Grund der Aufgabenvielfalt nicht immer eindeutig voneinander abgegrenzt werden könnten. Bei seiner folgenden



Eine von Berlin subventionierte App informiert, wo man vermeintlich rechte Demonstrationen stören kann: Mitglieder des schwarzen Blocks bei einer Antifa-Veranstaltung Bild: imago

Auflistung von Projekten, Maßnahmen und Konferenzen kommt jedoch der Linksextremismus erneut kein einziges Mal vor. Konkret werden von ihm stets nur Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, Antisemitismus und Islamophobie genannt.

> Linksextremismus wird fast nicht thematisiert

Für das Jahr 2010 wird etwa ein Projekt „Gewalt- und Rechtsextremismusprävention im Fußball“ (Kosten 263 000 Euro) aufgeführt. Der Deutsche Präventionstag 2010 schlug mit 80 000 Euro zu Buche. Für 2011 werden unter anderem „Maßnahmen gegen Rechtsextremismus“ (12 000 Euro), die „Unterstützung von Vorhaben im Zusammenhang mit der ‚Woche gegen Gewalt‘ von Moscheegemeinden und Imamen“ (21 500 Euro), ein Kunstwettbewerb „Welche Farbe hat Deine Toleranz?“ (13 700 Euro) genannt. Die Gesamtausgaben im Jahre 2011 betrugen 156 000 Euro.

Für 2012 werden unter anderem ein „Infokoffer gegen Rechtsextremismus für Betriebe“ (16 600 Euro) oder eine Broschüre „Versteckspiel – Lifestyle, Symbole und Codes von neonazistischen und extrem rechten Gruppen“ (16 000 Euro) aufgelistet. Eine Kampagne und Konferenz „Code of Ethics – Leitlinien für ein gemeinsames Zusammenleben in unserem Berlin der Vielfalt“ kostete 23 400 Euro. Die Gesamtkosten für solche Projekte im Jahr 2012 beliefen sich auf 171 000 Euro, wobei das Projekt „Gewalt- und Rechtsextremismusprävention im Fußball“ wie 2011 mit 80 000 Euro gefördert wurde. Im Jahr 2013 hieß das vermutlich ähnliche Projekt „Diversity und Vielfalt im Amateurfußball“, es kostete ebenfalls 80 000 Euro.

> Die Berliner Politik ist auf dem linken Auge blind

2013 wurde unter anderem der Berlin-Brandenburgische „Fachtag gegen Rechtsextremismus – Kommunale Netzwerke, Beratung, Bildung und Aufklärung“ mit 5700 Euro finanziert. Der Forschungsauftrag „Antisemitismus in Berlin“ kostete 40 000 Euro und für die Projektförderung „Interreligious Peers“ wurden 41 000 Euro berappt. Die Gesamtsumme für solche Projekte wird für 2013 auf 188 000 Euro beziffert.

2014 war wieder das Projekt „Diversity und Vielfalt im Amateurfußball“ mit 50 000 Euro der teuerste Posten. Für das Projekt „Extremismusprävention an der Sehitlik-Moschee – Zielgruppe junge Musliminnen und Muslime“ wurden 12 805 Euro ausgegeben. Empfänger von Bundesmitteln in Berlin waren ferner unter anderem die „Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus“ und die „Stiftung SPI – Interventionsstruktur Pro-Aktiv gegen Islamophobie und politische Ideologisierung von Religion“.

Laut Presseberichten wird von Kolats Senatsverwaltung auch das Netzwerk „Berlin gegen Nazis“ mit 47 000 Euro pro Jahr finanziert. Das Netzwerk bietet eine „Smartphone App gegen Nazis“ an, mit der über Routen und Kundgebungen von Rechtsextremen sowie Gegenveranstaltungen informiert wird. Im Jahr 2014 gab es – was Krömer nicht erwähnt – in Berlin immerhin einen Fachkongress zum Linksextremismus, auf dem laut Pressemitteilung des Innensenats „kontrovers diskutiert“ wurde. *Michael Leh*

Zurück zur Seidenstraße

Iran und Pakistan bauen mit chinesischer Hilfe eine Gaspipeline

Der Iran und Pakistan haben in der zweiten April-Woche einen Vertrag unterschrieben, um den es 20 Jahre lang Streit gegeben hatte. Es geht dabei darum, die beiden Länder mit einer Gaspipeline zu verbinden. „Wir bauen es. Der Prozess hat begonnen“, bekräftigte Pakistans Ölminister Shahid Khaqan Abbasi das Vorhaben.

Gebaut wird die Anlage von einem chinesischen Unternehmen. Was sich selbstverständlich anhört, wurde von den USA über Jahre verhindert. Anlass für die Zusammenarbeit auf dem Energiesektor war, dass es in Pakistan seit Jahrzehnten immer wieder zu größeren Stromausfällen kommt, was die Entwicklung des Landes merklich behindert. Ursprünglich war auch Indien mit von der Partie, stieg jedoch im Jahr 2009 aus, weil sich ihm finanziell attraktivere Alternativen boten.

Den USA ist die Zusammenarbeit ihres Vasallen Pakistan, der für Washington zu den wichtigsten Stützpunkten in Mittelasien gehört, ein Dorn im Auge. Daher geizte man nicht mit dem Einsatz von schwerem Geschütz: Sollte Pakistan dem Plan zustimmen, hätte das Land mit Sanktionen seitens der USA zu rechnen, so die Drohung. Doch die leichte Entspannung zwischen dem Westen und dem Iran nach der Einigung im Atom-Streit macht die US-Drohgebärde obsolet.

Der Bau wird einen Finanzrahmen von annähernd acht Milliarden US-Dollar umfassen. China übernimmt 85 Prozent der Finanzierung, Pakistan den Rest.

> Weiterer Schritt aus der Isolation und weltweit größte Infrastrukturmaßnahme

Durchgeführt wird das Projekt von dem „China Petroleum Pipeline Bureau“, einer Tochtergesellschaft der „China National Petroleum Corporation“. Die Pipeline wird auf pakistanischem Boden 700 Kilometer lang sein und vom Hafen Gwadar bis nach Nawabshah führen, wo das Gas in das nationale Netz übergeleitet wird. Im Iran ist der Bau bereits auf 900 Kilometern vollendet.

Wenn auch das iranische Gas für Pakistan von ausschlaggebender Wichtigkeit ist, so liegt doch die übergreifende Bedeutung der Pipeline und der Zusammenarbeit der beiden Länder darin, dass sich das Projekt in den großen chinesischen Plan der Wiederbelebung der Seidenstraße fügt. Dieser Aufbruch besteht vor allem darin, dass modernste Verkehrswege, Transportmittel und Kommunikationssysteme den Kontakt von Ostasien über den Mittleren Osten bis nach Europa neu aufstellen. Eingeschlossen in das Vorhaben ist auch Russland. Die neue „Asien Infrastruktur und Investment Bank“ flankiert diese weltweit größte Infrastrukturmaßnahme.

Für Teheran ist das Abkommen ein weiterer Schritt aus der Isolation, in die der Westen unter US-Führung den Iran gedrängt hat. Doch dabei soll es nicht bleiben. Teheran rechnet auch mit einer Unterstützung Russlands für seinen Beitritt zur Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SOZ). Dies ist ein internationaler Zusammenschluss der Länder China, Russland, Usbekistan, Kasachstan, Kirgisien und Tadschikistan. Er umfasst ein Viertel der Weltbevölkerung und ist damit der größte regionale Zusammenschluss überhaupt. *Florian Stumfall*

Grigat trifft Marschall

LO-Sprecher zu Besuch in Allenstein

Stephan Grigat, Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen (LO), hat sich mit Gustaw Marek Brzezin, dem neuen Marschall der Wojewodschaft Ermland und Masuren, zu einem Gedanken- und Meinungsaustausch getroffen. Der Marschall empfing Grigat in seinen Amtsräumen in Allenstein, dem früheren Sitz der preußischen Bezirksregierung. Brzezin gehört der gemäßigt konservativen Bauernpartei (PSL) an und wurde Ende vergangenen Jahres mit großer Mehrheit ins Amt gewählt. Seine Funktion als Marschall der Wojewodschaft entspricht etwa der eines Ministerpräsidenten in Deutschland. Der Marschall zeigte sich über den Besuch des LO-Sprechers erfreut und vereinbarte mit ihm eine Intensivierung der Zusammenarbeit. *PAZ*



Großes Einverständnis: Grigat (li.) und Brzezin Bild: E.G.

Der Trend geht zum Einheitspolizisten

Die Beamten sollen universell einsetzbar sein – und am Ende können sie nichts richtig

Forderungen nach einer personellen Aufstockung der Polizei sind inzwischen regelmäßig zu hören. Weit weniger beachtet wird, dass aus Kostengründen immer öfter gut qualifizierte Kripo-Beamte von ihrer eigentlichen Ermittlungsarbeit abgezogen werden, um bei der Schutzpolizei auszuhelfen.

Eine eindringliche Warnung vor einer zunehmenden Zweckentfremdung der Kripo war erst vor Kurzem vom Landesverband Hamburg des Bundes Deutscher Kriminalbeamter (BDK) zu hören. Befürchtet wird bei den Kriminalbeamten, dass auch in der Hansestadt ein Modell Schule macht, das bereits bei der niedersächsischen Polizei praktiziert wird. Bereits seit einiger Zeit hat Niedersachsen seine Kriminalpolizei in „Polizei im Ermittlungsbereich“ umbenannt. Aus Sicht des BDK handelt es sich dabei um mehr als nur um einen Etikettenwechsel. Kripobeamte, die eigentlich zur Aufklärung von Straftaten ausgebildet worden sind, werden in Niedersachsen inzwischen regelmäßig bei Aufgaben eingesetzt, für die eigentliche die Schutzpolizei zuständig ist. Statt mit ihrem Fachwissen gegen Einbrecherbanden, Autoschieber oder Trickbetrüger vorzugehen, sehen sich Kripo-Kräfte immer öfter zum Beispiel zur Sicherung von Castor-Transporten oder bei Fußballspielen im Einsatz.

Aus Sicht der Hamburger BDK-Landesverbandes droht die „Strukturfehlentscheidung der Niedersachsen“ in der Hansestadt sogar noch „getoppt“ zu werden. „Die niedersächsischen Einheitspolizistinnen und -polizisten genießen wenigstens im entfernteren Sinne noch so etwas wie eine Kripo-Grundausbildung, bestehend aus Modulen, die für das Handwerk eines Kriminalisten unverzichtbar sind“, so der BDK. In Hamburg sollen nun nach Angaben des BDK allerdings sogar Mitarbeiter, die für den gehobenen Dienst der Schutzpolizei ausgebildet wurden, von der Kriminalpolizei übernommen worden sein. Im Klartext: Die neuen Mitarbeiter sind zwar als Schutzpolizisten hochqualifiziert, nötiges Fachwissen für Kripo-Arbeit fehlt allerdings weitgehend. Hamburgs Polizeiführung setzt anscheinend darauf, dass die Praxisausbildung nebenher, während der Arbeit erworben werden kann. Woher die notwendigen theoretischen Grundlagen herkommen sollen, bleibt aus Sicht von Kritikern allerdings eine offene Frage. Welche Folgewirkung dies haben könnte, wird in Niedersachsen deutlich: „Mittlerweile bilden wir hier im Land des roten Pferdes nach dem Studium den Nachwuchs für uns selbst langfristig wieder – aber sehr versteckt und heimlich – aus“, so der Kommentar eines Beamten.

> Staatsanwälte und Richter beklagen eine sinkende Qualität der polizeilichen Vorarbeit

Die Vorgänge in Niedersachsen und nun Hamburg sind Teil einer Entwicklung, die auch in anderen Bundesländern schon länger im Gange ist. Aus Kostengründen geht der Trend immer stärker zum universell einsetzbaren „Einheitspolizisten“ – auf der Strecke bleiben dabei freilich tiefere Fachkenntnisse oder gar Spezialwissen, etwa für die Kripo-Arbeit. Zu befürchten ist, dass die verantwortlichen Innenpolitiker mit dem Konzept eines Generalisten in Polizeiuniform eine Milchmädchenrechnung anstellen.

Deutlich erkennbar ist nach Ansicht von Staatsanwälten und Richtern, dass die Qualität vorgelegter Ermittlungsakten in den vergangenen Jahren stark gesunken ist. Die Folgen sind weitreichend: Selbst wenn es der Polizei gelingt, mutmaßliche Täter zu ermitteln, mündet dies immer seltener in eine Anklage oder gar Verurteilung. Die von der Polizei vorgelegten Beweise und Ermittlungsergebnisse sind zunehmend nicht mehr von der Qualität, dass sie vor Gericht einem rechtsstaatlichen Prozess standhalten können.

Besonders offenkundig ist diese negative Entwicklung im Land Brandenburg. Wegen der vielen übernommenen studierten Kriminalisten aus DDR-Zeiten hatte Brandenburgs Kripo nach der Wende zunächst einen guten fachlichen Ruf. Mittlerweile ändert sich dies aber zunehmend. Während die Generation der Fachleute mit langer Praxiserfahrung langsam in Pension geht, rücken Beamte nach, die nur noch eine einheitliche Ausbildung zum Universalpolizisten bekommen haben. Nach dem Vorbild seines Partnerlandes Nordrhein-Westfalen setzte auch Brandenburg seit 1990 auf eine Einheitsausbildung bei der Polizei und bildet keine reinen Kriminalisten mehr aus.

Die Folgen dieser Entscheidung werden mittlerweile immer deutlicher. Die Qualität der Strafakten; die von der Kriminalpolizei in Brandenburg vorgelegt werden, ist so weit abgesunken, dass in vielen Fällen kaum Aussicht auf eine Verurteilung der Tatverdächtigen besteht. „Die Verfahren sind so wenig gerichtsfest, dass inzwischen nur noch in 20 Prozent der Fälle Anklage erhoben wird“, so der Befund des Landesvorsitzenden des Richterbundes, Mattias Deller, in den „Potsdamer Neuesten Nachrichten“. Das Signal, dass von derartigen Zuständen ausgeht, ist leicht absehbar: Selbst wenn es gelingt, Straftäter dingfest zu machen, kommt es nur noch bei einem Bruchteil der Fälle überhaupt zu Gerichtsverhandlungen oder gar Verurteilungen.

Norman Hanert



Auch die Kripo macht mittlerweile mit: Uniformierte Polizisten vor einem Bundesligaspiel in Hannover Bild: ddp images

MELDUNGEN

3,5 Milliarden für Kommunen

Berlin – Die Bundesregierung will im laufenden Haushaltsjahr 3,5 Milliarden Euro mehr und damit insgesamt 302,6 Milliarden Euro ausgeben. Trotz der Erhöhung der Ausgaben sollen weiterhin keine neuen Kredite aufgenommen werden und es damit bei der „schwarzen Null“ bleiben. Dies ist vor allem deshalb möglich, weil die Bundesregierung davon ausgeht, dass in diesem Jahr die Steuereinnahmen um 3,1 Milliarden Euro höher ausfallen werden als bisher im Haushalt eingeplant. Die 3,5 Milliarden Euro Mehrausgaben des Nachtragshaushalts sind für ein Sondervermögen „Kommunalinvestitionsförderungsfonds“ vorgesehen, mit dem finanzschwache Kommunen in den kommenden Jahren in die Lage versetzt werden sollen, zu investieren. *U.M.*

Ärzte gegen Unions-Pläne

Berlin – Die Deutsche Gesellschaft und der Berufsverband für Orthopädie und Unfallchirurgie kritisieren das von der CDU/CSU-Bundestagsfraktion vorgelegte Positionspapier, wonach Physiotherapeuten stärker in Aufgabenbereiche der ärztlichen Versorgung eingebunden werden sollen. Hauptargumente der Gesundheitspolitiker für die geplante Diagnose- und Therapieverantwortung durch sogenannte Heilmittelerbringer sind angebliche Einsparpotenziale und die Vermeidung von Versorgungsengpässen durch steigende Patientenzahlen. Die Ärzte lehnen das Vorhaben strikt ab und verweisen darauf, dass die Stellung einer Diagnose eine ärztliche Kernkompetenz sei. Würden die Unionspläne in ein Gesetz münden, dürften Physiotherapeuten bei Schmerzen zukünftig selbst diagnostizieren und therapieren, obwohl sie dafür nicht ausreichend qualifiziert seien. *J.H.*

»Fata Morgana«?

Arbeitsmarktexperten bestreiten Fachkräftemangel

Bundesinnenminister Thomas de Maizière hat eine Fachtagung in Berlin dazu genutzt, um die Forderung nach einem „Zuwanderungsmarketing“ zu erheben: „Wir müssen da gezielt Werbung machen für unser Land, wo wir wollen, dass Menschen zu uns kommen“, sagte der CDU-Politiker. Forderungen nach einem Zuwanderungsgesetz erteilte er hingegen erneut eine Absage. „Die gesetzlichen Bestimmungen sind völlig ausreichend, wir müssen sie nur entsprechend anwenden und unsere Bedürfnisse vermarkten“, erklärte de Maizière, der auch an die Wirtschaft appellierte, sich im Ausland mehr um Fachkräfte zu bemühen.

Vor allem aus wirtschaftsnahen Kreisen waren in der Vergangenheit immer wieder Forderungen nach neuen Einwanderungsregeln erhoben worden, um einen durch den demografischen Wandel angeblich entstehenden Fachkräftemangel abwehren zu können. Dem entgegnete de Maizière, er sei zwar bereit, kritisch zu prüfen, wo es bei der geltenden Rechtslage hake und Verbesserungen möglich seien. Es werde aber nicht gelingen, allein mit rechtlichen Veränderungen oder Vereinfachungen wesentlich mehr Fachkräfte anzulocken.

Aus den Reihen des Koalitionspartners SPD wurde dagegen erneut dafür plädiert, den gesetzlichen Rahmen zu verändern und ein Punktsystem nach kanadischem Vorbild einzuführen. Thomas Oppermann, der Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, erklärte gegenüber der Deutschen Presseagentur, das Einwanderungsgesetz werde „definitiv kommen“.

Während die Politiker über veränderte Zuwanderungsregeln diskutieren, streiten Arbeitsmarktexperten zunehmen darüber, ob der seit Jahren prognostizierte Fachkräftemangel überhaupt eintreten wird. Karl Brenke vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) sprach in verschiedenen Medien gar von einer „Fata Morgana“. Er verwies dabei auf die Erfahrungen der vergangenen Jahre. 2009 vertrat das Institut der Deutschen Wirtschaft (IW) die Ansicht, dass fünf Jahre später mindestens 220 000 „MINT“-Fachleute, sprich Mathematiker, Ingenieure, Naturwissenschaftler und Techniker, fehlen würden. „Doch davon ist erstmal nichts eingetreten. Das sieht man immer daran, wie die Lohnentwicklung ist. Und die stagniert“, sagte Brenke. Diese sei vor allem bei den Ingenieuren stagnierend, erklärte er und verwies auf ähnliche Erfahrungen bei Informatikern. Vor Jahren herrschte die Auffassung, Deutschland werde in Kürze zu wenig IT-Experten haben. Eilig wurde gefordert, man müsse eine Anwerbe-Offensive starten. Es kamen tatsächlich einige Fachkräfte aus dem Ausland, zuweilen spöttisch „Computer-Inder“ genannt. Doch die Welle ebbte bald ab.

> Der angebliche Engpass wird instrumentalisiert

Auf Grund der Berichterstattung über einen bevorstehenden Fachkräftemangel und gute Berufsaussichten haben sich viele junge Leute für ein Informatikstudium entschlossen. Eine vergleichbare Entwicklung beobachten Experten nun bei den Ingenieuren, die Zahl der Erstsemester sei um 20 Prozent gestiegen. „Es gibt keinen flächendekkenden Fachkräftemangel in Deutschland, wohl aber Engpässe in einzelnen Branchen und Regionen“, teilt das „Institut für Arbeits- und Berufsforschung“ mit.

De Maizière will dennoch im Ausland werben. Und die Kampagne dürfe notfalls auch Geld kosten.

Peter Entinger

(siehe Kommentar Seite 8)

»Es war Völkermord«

Armenier: Bundestag bekennt sich zur historischen Wahrheit

Nachdem er ausschließlich aus Rücksicht auf die Befindlichkeit der Türken lange damit gezögert hatte, bezeichnet der Deutsche Bundestag den Massenmord an den Armeniern durch das Osmanische Reich endlich als das, was er ist: als Völkermord. Kaum eines der „Leitmedien“ hat im Zuge der Diskussion darüber darauf verzichtet herauszustreichen, dass das Deutsche Reich seinerzeit nichts unternommen habe, um den Genozid durch ihren Verbündeten zu verhindern. Sogar Parallelen zur Niederschlagung des Aufstandes der Völker in den damaligen deutschen Kolonien wurden gezogen. Nun dürfte es nicht mehr lange dauern, bis sogar eine deutsche Beteiligung an dem Genozid an den Armeniern thematisiert wird. Dass es sich dabei nur um Einzelfälle handelte, dürfte für die „Leitmedien“ keine Rolle spielen.

Der Zustand der türkischen Armee war vor 100 Jahren infolge Inkompetenz und Lethargie so schlecht, dass deutsche Offiziere oft die Kommandogewalt auch über große Teile der türkischen Streitkräfte hatten. Viele Analysten sind deshalb auch der Überzeugung, dass die osmanische Armee allein gar nicht in der Lage gewesen wäre, einen Völkermord dieses Ausmaßes logistisch durchzuführen. Immerhin mussten über zwei Millionen Menschen aus dem Zentrum Anatoliens und dem Osten des Landes nach Süden in die Wüstengebiete Syriens deportiert werden. Der deutsche Oberstleutnant Böttrich etwa zeichnete als Chef der Eisenbahnabteilung im osmanischen Generalhauptquartier mindestens einen Deportationsbefehl ab. Von den rund 800 während der Ausrottung der Armenier in der Türkei stationierten deutschen Offizieren halfen einige den Verfolgten, viele hatten Mitleid, aber einzelne haben in der Tat der Deportation von Armeniern aus dem Kriegsgebiet aus militärstrategischen Gründen zugestimmt, einige Militärs begrüßten sogar den Genozid.

> Deutsche Beteiligung gab es nur in Einzelfällen

Ein Beispiel ist Major Eberhard Graf Wolffskeel von Reichenberg, der schon im März 1915 Militär gegen die Armenier der Stadt Sejtun (Süleymanlı) hatte aufmarschieren lassen. Nachdem monatelang Deportationszüge mit verhungernden und verelendeten Armeniern durch die Stadt Urfa gezogen waren, war den dort lebenden Armeniern klar, dass es nur eine Frage der Zeit war, bis auch sie der allgemeinen Vernichtung anheimfallen würden. Sie verschanzten sich daher in ihrem Viertel und widersetzten sich ihrer Deportation – nach Lesart der osmanischen Behörden ein Akt des Hochverrats. In dieser Situation richtete das türkische Oberkommando im Oktober 1915 die Bitte an Reichenberg, mit seiner Artillerie das Armenierviertel von Urfa zu beschießen. Major von Reichenberg entsprach dieser Bitte und wurde so wohl derjenige deutsche Offizier, der sich am weitesten am Völkermord an den Armeniern beteiligte. In einem Brief an seine Frau Sofie-Henriette schrieb er über die Geschehnisse in Urfa: „Bald werden wir die Bande klein gekriegt haben.“ Das Vorgehen sei „hart, aber nützlich“, urteilte Hans Humann, der deutsche Marineattaché in Konstantinopel und ein Freund Enver Paschas, einer der Hauptverantwortlichen für den Völkermord.

Aus solchen Äußerungen und Taten jedoch auf eine allgemeine deutsche Beteiligung am Genozid an den Armeniern zu schließen, ist unzulässig.

Bodo Bost

Zeitzeugen



Michail Gorbatschow – Bis heute verteidigt er die von ihm angetriebene Perestrojka als notwendigen Reformkurs, der nicht abgeschlossen worden sei. Als Partei-Apparatschik durfte Gorbatschow an mehreren Auslandsreisen teilnehmen. Die dort gesammelten Eindrücke beeinflussten sein politisches Denken. Staatschef Andropow hatten Gorbatschows Reformerfolge in der Landwirtschaft derart beeindruckt, dass er den Nachwuchs-Politiker förderte.

Anatolij Lukjanow – Der ehemalige Vorsitzende des Obersten Sowjets, dessen Aufstieg in die Parteizentrale Gorbatschow erst ermöglicht hatte, wurde 1988 dessen Stellvertreter im Amt des Staatsoberhaupts. Zwar unterstützte er Gorbatschows Reformen, schlug sich aber ab 1991 auf die Seite der Perestrojka-Gegner. Er gilt als einer der Mitinitatoren des Putsches gegen Gorbatschow im August 1991.



Jurij Andropow– Im November 1982 wurde er trotz seines schlechten Gesundheitszustands zum Generalsekretär gewählt. Neben der Verjüngung der Kader plante er eine Erneuerung des Sozialismus, mit der er gegen Korruption und Schattenwirtschaft vorgehen sowie die Arbeitsproduktivität erhöhen wollte. Andropow trat auch mit einer Anti-Alkohlkampagne an.

Jegor Ligatschow – Ab 1961 in führender Stellung beim Zentralkomitee der Kommunistischen Partei und als eines der konservativsten Mitglieder des Politbüros, stand Ligatschow den Reformbemühungen ablehnend gegenüber. Wie Gorbatschow von Jurij Andropow gefördert, wurde der bis 1983 für Kader, Ideologie und Parteiverwaltung Verantwortliche Mitglied des höchsten Gremiums der KPdSU, des Politbüros. Die Ablehnung des Reformkurses führte zum Ausschluss Ligatschows aus dem Politbüro.



Alexander Jakowles – Der ehemalige Leiter der Propagandaabteilung des Zentralkomitees gilt als Initiator der Reformpolitik. Der Geschichtsprofessor, der als Austauschstudent an der Columbia-Universität in New York studierte und von 1973 bis 1983 als Botschafter der UdSSR in Kanada arbeitete, war Direktor des Instituts für Weltwirtschaft und internationale Beziehungen der Akademie der Wissenschaften der UdSSR. Er war Gorbatschows engster Berater.

»Kein Wald ohne Jungholz«

Wirtschaftsflaute und Überalterung der Kader führten zur Reform des Sowjetsystems

Vor 30 Jahren, am 23. April 1985, läutete Michail Gorbatschow mit seinen „Aprilthesen“ auf der Plenartagung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (ZK der KPdSU) einen folgenschweren Reformkurs ein: die Perestrojka.

In einem war sich die damalige Führungsriege der Sowjetunion einig: Reformen in Politik und Wirtschaft waren längst überfällig. Nur über das „Wie“ herrschte Unklarheit. Die Wirtschaft der Sowjetunion steuerte auf eine Rezession zu, die Menschen waren mit der Mangelwirtschaft höchst unzufrieden, sowjetische Produkte waren nicht konkurrenzfähig.

Die Idee zu Reformen stammte vom langjährigen KGB-Chef Jurij Andropow, dem eine Liberalisierung des wirtschaftlichen Lebens vorschwebte mit einer weitgehenden Selbstverwaltung und Eigenverantwortlichkeit der Betriebe. Als Nachfolger brachte der schwerkranke Andropow den jungen Gorbatschow ins Spiel, wie er selbst aus dem Kreis Stawropol stammend. Als Andropow bei einem Gespräch über die alten Kader scherzte, „Ein altes Pferd verdirbt die Furche nicht“, konterte Gorbatschow: „Es gibt doch keinen Wald ohne Jungholz.“

Nachdem Gorbatschow am 11. März 1985 zum Generalsekretär gewählt worden war, stellte er auf der Plenarsitzung am 23. April die Ziele der Perestrojka (Umgestaltung) vor. Gorbatschow hatte eine umfassende Modernisierung des gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Systems der Sowjetunion ins Auge gefasst. Neben Perestrojka wurden auch die Begriffe Glasnost (Offenheit) und „neues politisches Denken“ geschaffen. Gemeint waren eine Demokratisierung weiter Teile der Gesellschaft sowie Rede- und Informationsfreiheit. Ohne Unterstützer wären Gorbatschows Reformen jedoch nicht möglich gewesen. Einen Weggefährten fand er in Alexander Jakowlew, dem ehemaligen Leiter der Propagandaabteilung des Zentralkomittees. Wie Gorbatschow verfügte er über Auslandserfahrung und zeigte sich gegenüber einem neuen Sozialismus aufgeschlossen.

Perestrojka ermöglichte den Fall der Mauer

Zu den Unterstützern von Reformideen, nicht aber der Person Gorbatschows, zählte Anatolij Lukjanow, der Vorsitzende des Obersten Sowjets. Wie die meisten älteren Mitglieder des Politbüros bezog er Glasnost und Perestrojka auf Erneuerungsprozesse im naturwissenschaftlichen Bereich und der Industrie. Ende der 1980er Jahre gab es Anzeichen für eine konservative Opposition, der Lukjanow sich anschloss und mit der er den Augustputsch von 1991 anzettelte.

Trotz aller Kritik hat die Perestrojka Erfolge vorzuweisen: Innenpolitisch führte sie zu freien Wahlen, Gewaltenteilung und dem Ausbau des Rechtsstaatsprinzips. Es begann ein Demokratisierungsprozess: Einschränkung der staatlichen Zensur, Beginn eines privaten Unternehmertums, Freilassung von Dissidenten, Rehabilitierung der Opfer politischer Repressalien und Änderung des Einparteiensystems zählen zu Gorbatschows Erfolgen.

Auf internationaler Ebene setzte die Entspannungspolitik dem Wettrüsten zwischen der UdSSR und den USA ein Ende. Die Sowjetunion zog sich aus Afghanistan zurück, und die Wiederaufnahme der START-1-Verhandlungen beendete den Kalten Krieg. Hierzulande wird Gorbatschow als derjenige gefeiert, ohne den das heutige Deutschland nicht möglich wäre. In seinem Buch „Alles zu seiner Zeit. Mein Leben“ verteidigt Gorbatschow die Perestrojka. Die Reformen seien lediglich zu spät gekommen sowie nicht zu Ende geführt und sogar boykottiert worden.

Manuela Rosenthal-Kappi



Stunde des Reformers: Generalsekretär Michail Gorbatschow betritt die Bühne des Zentralkomittees der KPdSU

Bild: imago



Im Westen ein Held, zu Hause kritisiert

An Gorbatschows Politik der Demokratisierung scheiden sich bis heute die Geister. Im Westen gefeiert, sehen ihn die Menschen im postsowjetischen Raum eher negativ. Er wird für den Zerfall der Sowjetunion verantwortlich gemacht. Eine Gruppe von Duma-Abgeordneten soll Anfang des Jahres sogar eine Klage gegen ihn vorbereitet haben. Sie werfen ihm vor, dass er einigen Ländern die Unabhängigkeit ermöglicht und damit die Zerstörung der Sowjetunion vorangetrieben habe. Schließlich hatten die Bürger der UdSSR sich zuvor in einem Referendum für den Erhalt der Einheit des Staates ausgesprochen. Die ungesetzlichen Handlungen der sowjetischen Führer müssten geahndet werden. Gorbatschow-Gegner werfen ihm bis heute vor, dass er einen Kapitalismus nach amerikanischem Vorbild in Russland habe einführen wollen. Dabei war die Auflösung der Sowjetunion gar nicht Gorbatschows Absicht. Als späterer überzeugter Sozialdemokrat wollte er den Staat in einen demokratischen Sozialismus überführen. Auch heute noch vertritt er diese Überzeugung. So ist es nicht verwunderlich, dass Gorbatschow Wladimir Putin als den bestmöglichen Präsidenten nach den Wirren der Jelzin-Ära bezeichnet.

Russen vertrauen dem Westen nicht

In Anerkenntnis seiner führenden Rolle beim Friedensprozess, der wichtige Bestandteile der internationalen Gemeinschaft charakterisiere, erhielt Gorbatschow 1990 den Friedensnobelpreis. Im Unterschied zu heute waren die Russen Mitte der 1980er Jahre offen für Neues. Heute vertrauen sie den westlichen Partnern nicht mehr. Dieses Miss-trauen nährt die Gerüchte, dass die Perestrojka von außen gesteuert worden sei, um den Zerfall der Sowjetunion herbeizuführen.

MRK

Das Ende einer Supermacht

Nach der Aufgabe des Vorfeldes gab es kein Halten mehr

Wenn Russlands Präsident Wladimir Putin den Regimewechsel in Kiew und die Umwandlung der Ukraine einschließlich ihrer russischen Volksgruppe in einen antirussischen Staat nicht tatenlos hinnimmt, so ist dieses umso verständlicher, als den Anfang vom Ende der Sowjetunion der Verlust ihres Vorfeldes bildete. Während in der Bundesrepublik jede Abweichung von der Nato- oder EU-Linie als Rückkehr zum deutschen „Sonderweg“ bekämpft wird und Österreich wegen der Regierungsbeteiligung der FPÖ von den EU-Partnern mit Sanktionen diszipliniert wurde, erlaubte es Gorbatschow in der sogenannten Sinatra-Doktrin den Angehörigen der östlichen Wertegemeinschaft, ihren eigenen Weg zu gehen. Von dieser Freiheit machten die mitteleuropäischen Verbündeten der SU eifrig Gebrauch.

Gorbatschow glaubte, durch die Opferung des Vorfeldes die durch die Hochrüstung des Westens ökonomisch in Schieflage geratene SU retten zu können. Das war allerdings eine Fehleinschätzung. Die Los-von-Moskau-Bewegung machte nämlich an den Grenzen der SU nicht halt. Auch innerhalb der UdSSR wurde eine Befreiung von der russischen Vorherrschaft gefordert und selbst in Russland regte sich Widerstand gegen die Sowjetherrschaft.

Als Katalysator dieser Entwicklung erwies sich der Augustputsch in Moskau. Die strukturkonservativen Putschisten wollten das Rad der Zeit zurückdrehen, aber beschleunigten nur die Entwicklung. Sie vermochten nicht, das Machtvakuum zu füllen, das sie mit der Ausschaltung Gorbatschows erzeugt hatten. Statt ihnen gelang dieses mit Boris Jelzin einem Mann, der im Gegensatz zu Gorbatschow nicht Präsident der SU, sondern deren größter Teilrepublik Russland war. Nach der Entmachtung der Putschisten war Jelzin nicht bereit, sich wieder ins zweite Glied zurückzuziehen und dem auf die politische Bühne zurückgekehrten Gorbatschow das Feld zu überlassen. Wie die russische stellten nun auch andere Sowjetrepubliken die Autorität der Zentralgewalt in Frage. Diverse Republiken traten sogar aus, bevor sie mit der UdSSR noch einmal ein derartiges Abenteuer wie den Augustputsch erlebten. Als darüber hinaus gehendes grundsätzliches Problem der SU erwies sich, dass bei ihr – anders, als bei Nationalstaaten, aber genauso wie bei der DDR – das einzige konstituierende Element der Sozialismus war. Der Sozialismus war aber wie in der DDR auch in der UdSSR auf dem Rückzug. Bezeichnenderweise verzichtete Gorbatschow nach dem Augustputsch auf das Amt des KPdSU-Generalsekretärs, da es ihm mehr Last denn Hausmacht geworden war. Das ersatzlose Wegbrechen des Sozialismus als verbindendes Element zeigt sehr schön der ebenso unverbindliche wie beliebige Name des Versuches einer UdSSR-Nachfolgeorganisation: Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS).

Der Augustputsch in Moskau wirkte als Katalysator

Am zweiten Weihnachtstag 1991 beschloss der Oberste Sowjet die Auflösung der UdSSR. Mit dem Jahre 1991 endete nach fast siebeneinhalb Jahrzehnten auch die Existenz der UdSSR.

Manuel Ruoff

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Dr. Jan Heitmann

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbriefe: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Buchseite, Heimatarbeit: Frank Horns; Ostpreußische Familie: Ruth Geede.

Korrespondenten: Liselotte Millauer (Los Angeles), Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein), Jurij Tschernyschew (Königsberg).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e. V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2013: Inland 10 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 12,50 Euro, Luftpost 16,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Für den Anzeigenteil gilt: Preisliste Nr. 32.

Konten: HSH Nordbank, IBAN: DE63 2105 0000 0192 3440 00, BIC: HSHNDEHH oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Die Bezieher der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* werden, wenn sie keinen anderen Willen äußern, mit dem Beginn des Abonnements Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen e. V. und ihrer Untergliederungen. Die Aufnahme der Bezieher in die Heimatkreise oder Landesgruppen erfolgt durch schriftliche Beitrittserklärung. Diese kann zusammen mit dem Antrag auf Lieferung der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* erklärt werden. Der Mitgliedsbeitrag in Höhe von einem Drittel des Brutto-Inlandsbezugspreises der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* wird zusammen mit dem jeweils gültigen Abonnementpreis in einer Summe erhoben und dient der Unterstützung der Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen e. V.

Telefon **(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-47
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

Aufgrund der geänderten gesetzlichen Lage dürfen wir unseren Abonnenten leider keinen kostenlosen Onlinezugang mehr anbieten

Teurer Ehrgeiz

»Klimaschutz«: Berlin will internationaler Vorreiter werden – die Bürger sollen zahlen



Dem Bürger auf der Spur: Die „Feinstaubkontrolle“ der Deutschen Umwelthilfe in Aktion auf Berlins Potsdamer Platz

Bild: ddp images

Berlin will beim „Klimaschutz“ ganz nach vorne. Das von Kritikern als unausgegoren bezeichnete Programm dazu kann für die Bürger teuer werden. In der rot-schwarzen Koalition beginnt es bereits zu rumoren.

Berlins Politik hat sich zum Ziel gesetzt, die Metropole bis zum Jahr 2050 „klimaneutral“ zu machen. Es geht um deutlich weniger Kohlendioxid (CO_2) in der Luft für den Kampf gegen den „Klimawandel“. Das in diesem Sinn am 14. April verabschiedete Berliner Energiewendegesetz (EWG) treibt indes seltsame Blüten. Es ist ein Kompromiss, vieles bleibt offen, über Jahre vor allem von der SPD aufgebaute Erwartungen bleiben unerfüllt.

Im Gespräch sind beispielsweise ein Tempolimit von 80 Kilometer pro Stunde auf der Stadtautobahn Avus und eine „fahrzeuglängenabhängige Gebührenstaffelung“, also höhere Parkgebühren für längere Autos. Sogar über eine Abwrackprämie für alte Haushaltsgeräte wird offen nachgedacht. Die Frage, wer wann dafür zahlt, wird vorerst nicht beantwortet. Das Gesetz schreibt nur fest, dass das Land mit gutem Beispiel vorangeht. Das öffnet Spekulationen ein weites Feld.

Neben dem EWG arbeitet der Senat an einem Berliner Energie- und Klimaschutzprogramm (BEK). Das Programm hat es in sich, denn hier verbirgt sich, wo der Senat künftig dem Bürger in die Geldbörse greifen will. Der durfte bis vergangenen Donnerstag im Internet unter www.klimaneutrales.berlin.de Ideen beisteuern. Gleichzeitig schnürt der Senat bereits einige „Maßnahmenbündel“. Das erste gilt der Erzeugung von Energie. Hier unterbreitet der Senat, es solle weniger CO_2-Zertifikate in Deutschland geben, um so die Braunkohleverstromung zu stoppen. Außerdem steht weitere Bürokratie auf dem Programm: „Die beiden sich ergänzenden Instrumente der Klimapolitik – preis- und mengenwirksame Regulierungen“.

Die Bürger, die sich im Internet zu den Programmen äußern, geben sich äußerst skeptisch. Sie stellen den CO_2-Zertifikatehandel an sich infrage, sehen die Zuständigkeit eher beim Bund und der EU oder fragen nach den konkreten Kosten: „Eine Steuer, die nur einige – die privaten Endverbraucher – zahlen, wird keine Lenkungswirkung entfalten“, merkt ein Berliner kritisch an.

> Neue Vorschriften und Gebühren auf 34 Seiten

Obwohl das Problem des Umweltschutzes seit jeher extrem vielschichtig ist, präsentiert die beim BEK federführenden Senatskanzlei für Stadtentwicklung und Umwelt ihre Vorschläge als Kinderspiel. Es gehe um „CO_2-Preis erhöhen“, unter „Fristigkeit“ steht „kurzfristig“, „Akteur“ sei das Land Berlin, „Ziel“ ist der Bund. Berlin will also Vorreiter sein. Hauseigentümer „sollen ermutigt werden, auf Dach- und Fassadenflächen Photovoltaik- und Solarthermie-Anlagen zu installieren“. „Bürgersolaranlagen“ sollen Mietern direkte Investitionen „ermöglichen“. Neue Netzgebühren sollen Haushalte „motivieren“, in dezentrale Speicher- und Flexibilitätsoptionen zu investieren. Was in Wahrheit Zwang und Druck bedeutet, wird seidenweich verpackt.

Berlins angestrebter Vorreiterrolle entsprechen die im EWG im Großen festgelegten Ziele der Verminderung des CO_2-Ausstoßes. Das Gesetz geht über nationale und internationale Vereinbarungen noch hinaus. Ausgehend vom Stand 1990 will das Land Berlin schon 2020 rund 40 Prozent weniger CO_2 produzieren, 2030 sollen es 60 Prozent weniger sein und bis 2050 sogar 85 Prozent. Dieses Endziel definiert das Land als „Klimaneutralität“.

Das Papier ist zunächst vor allem eine Richtschnur staatlichen Handelns. Weitere unmittelbare Vorschriften werden folgen. Den Bürgern könnte eine City-Maut nach Londoner Vorbild blühen. Die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt hat ihre Vorschläge in einem 34-seitigen Papier aufgelistet. Ein Horrorkatalog der uferlosen Mehrbelastungen für die Bürger? Berlins Umwelt- und Bausenator Andreas Geisel (SPD) wiegelt ab: „Es handelt sich um Ideen, bei denen wir noch prüfen müssen, ob es sich überhaupt um einen gangbaren Weg handelt.“

Alles noch offen. Nicht ganz, denn das Papier ist bereits recht konkret: Lange Autos erzeugten mehr CO_2, steht da pauschal. Daher sollten sie mit höheren Abgaben belastet werden. Stimmt so nicht, kontert Jörg Becker vom ADAC: „Es gibt große neue Fahrzeuge, zum Beispiel Hybride, die viel weniger Schadstoffe ausstoßen als kleine alte Autos.“ Außerdem überlegt der Senat, den Neuanschluss von Elektroheizungen zu verbieten. Verwaltungen sollen bei Sanierungen ihrer Gebäude prüfen, ob Solaranlagen angebracht werden können. Eine Hintertür lässt sich der Senat: Wenn es zu teuer werde mit der Solaranlage auf dem Dach, müsse sie nicht sein.

Bei der Ausgestaltung des EWG behält sich die SPD Raum für Subventionsprogramme vor: „Wir haben als weitere Maßnahme beschlossen, das elektrische Carsharing in der Stadt zu unterstützen“, verkündete Geisel. Der seit Dezember als Senator tätige Polit-Aufsteiger will vor allem bei der Wärmedämmung und bei der Fernwärme Zeichen Richtung „Energiewende“ setzen. Das Land soll in das Fernwärmenetz einsteigen, so Geisels Plan, den allerdings der Koalitionspartner CDU ablehnt.

Das Gesetz hat also noch eine Wirkung. Es spaltet die rot-schwarze Koalition: Die CDU kritisierte umgehend die SPD-Vorstellungen, insbesondere die Finanzierung sei nicht geklärt, so der CDU-Abgeordnete Matthias Brauner. Die unkalkulierten Kosten des Maßnahmenbündels tragen zum Bild eines nach dem Ende der Ära Klaus Wowereit (SPD) wieder ausgabenfreudigeren Senats bei. *Sverre Gutschmidt*

Die PC-Revolution frisst ihre Kinder

Von Theo Maass

Skandal! Das „Horst-Wessel-Lied“ wurde vermutlich gesungen, und das in Berlin! Am 19. März soll die Musiklehrerin einer 11. Klasse des Köpenicker Emmy-Noether-Gymnasiums mit ihren Schülern das NSDAP-Kultlied über den 1930 von Kommunisten ermordeten SA-Sturmführer durchgenommen und dann gesungen haben. Polizei und Staatsanwaltschaft beschäftigen sich mit dem Vorgang. Es geht um „Volksverhetzung“ sowie den Paragraf 86a des Strafgesetzbuches: „Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen“.

Festzustehen scheint, dass die Lehrerin keineswegs nationalsozialistisch angehaucht ist. Sie hatte sich lediglich gemäß dem vom Senat vorgegebenen Lehrplan mit der NS-Propaganda beschäftigt und dazu die Parodie von Berthold Brechts „Der Kälbermarsch“ mit dem Horst-Wessel-Lied verglichen. Wer sie angezeigt hat, ist nicht gewiss. Einmal heißt es, er sei anonym, ein andermal, er habe von dem Vorgang nur vom „Hörensagen“ erfahren. Ein Schüler, der seinen Namen nicht preisgeben wolle, habe ihm berichtet.

Das Emmy-Noether-Gymnasium beteiligt sich seit Jahren an dem im Rahmen des „Aufstands der Anständigen“ ins Leben gerufenen Programm „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“. An der Schule werden laut eigenem Internet-Auftritt andauernd irgendwelche Antirassismus- und Anti-Rechts-Projekte durchgeführt. Man könnte denken, die Schüler seien einer permanenten Propagandaberieselung ausgesetzt. Eigentlich ist da nun schon jede Sau der „Political Correctness“ (PC) durch die Aula getrieben worden. Die Sprecherin der Senatsverwaltung, Beate Stoffers, übte dennoch leise Kritik an der Lehrerin: „Wenn hier eine Unsicherheit bestanden hat, die zu einer Anzeige führte, ist diese Einordnung möglicherweise nicht erfolgreich didaktisch vermittelt worden.“

Nun sind die Gutmenschen in den meisten deutschen Redaktionsstuben über die Lehrerin hergefallen. Der Geschäftsführer von „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“, Eberhard Seidel, erklärte denn auch mahnend, dass eine Mitgliedschaft bei „Schule ohne Rassismus“ nicht bedeute, dass es keine rassistischen Vorfälle gebe. Eine feine Jagdgesellschaft. Ist Mitleid mit der Lehrerin angebracht? Entweder hat sie selbst an den Quatsch von der PC geglaubt und sich bei der Umsetzung blöd angestellt, oder aber sie war so naiv und hat nicht begriffen, auf welch brüchigem Eis sie tanzte. Besser hätte sie sich mit Mozart, Beethoven oder deutschen Volksliedern beschäftigt. Wer sich bei der PC vordrängelt, sich unbedingt profilieren möchte, den frisst die Katz. Schon Wolfgang Leonhard wusste: „Die Revolution frisst ihre Kinder.“

Gefährliche Löcher

Senat verschläft Computer-Optimierung: Gefahr von Datenklau

Berlins Behörden hätten ein gravierendes Sicherheitsproblem, warnt der oberste Datenschützer des Landes, Alexander Dix. Es geht um die Behörden-Computer: Sie nutzen ein veraltetes Betriebssystem, das den Datenklau immer leichter macht. Zehntausende Rechner sind demnach ein offenes Einfallstor für virtuelle Angriffe – auch auf Daten der Bürger.

Der Markt für Computersysteme ändert sich zwar ständig, doch das Ende eines Betriebssystems kündigt sich meist über Jahre an. Irgendwann nimmt der Hersteller das Programm aus dem Handel, noch später stellt er jede Unterstützung und Programmerneuerung über das Internet ein. Berlins Verwaltung hat beide Zeitpunkte verpasst, ohne über Folgen nachzudenken: Die Unterstützung für das Betriebssystem Windows XP endete April vergangenen Jahres.

Im Oktober hatten die Landesbehörden trotzdem noch 28900 Computer mit dem System in Betrieb, die meisten in der Finanzverwaltung. XP ist jetzt 13 Jahre alt. Um die Sicherheit entsprechender Rechner ist es mittlerweile schlecht bestellt.

Dix will, dass die Behörden alle Computer, die mit dem alten Programm laufen, mit dem Ende der Unterstützung vom Internet abkoppeln. Die Gefahr externer Angriffe, also von Datenklau oder Üblerem, bestehe sonst ständig. „Das ist ein unverantwortliches Risiko“, so Dix. Daher habe man erneut nach Sicherheitsmaßnahmen gefragt, „aber die Verwaltung reagiert äußerst schwerfällig“.

> Brisante Daten von Bürgern immer weniger geschützt

Die Verzögerung wird für Berlins Bürger nicht nur gefährlich, sondern auch teuer. Das landeseigene IT-Dienstleistungszentrum handelte mit dem Hersteller des Systems, dem US-Computergiganten Microsoft, ein bis zum vergangenen Mittwoch gültiges Notfallpaket aus. Berlin zahlt dafür 300000 Euro extra an Microsoft. Microsoft gab an, auf „Wunsch“ die Unterstützung zu verlängern.

Dass Berlins Behörden sich kaum von dem veralteten System trennen wollen, liegt unter anderem an den „offiziell 320 fachspezifischen Anwendungen“, von denen „75 noch nicht für Windows 7 freigegeben“ sind, wie die Verwaltung mitteilte. XP-Rechner, die nicht ans Internet angeschlossen sind, gibt es auch – diese Minderheit ist nicht das Problem. Warum Berlin spezialisierte Rechner nicht einfach vom Netz nimmt, können sich Experten kaum erklären. So hat die Stadt Bürgerdaten (womöglich brisante der Finanzbehörde) unnötigerweise über ihre Rechner ans Internet gekoppelt. *SG*

Tricks beim BER

Opposition: Rot-Rot plant Schattenhaushalt

Trickserein bei der Finanzierung des neuen Hauptstadtflughafens wirft die Opposition der rot-roten Koalition in Brandenburg vor. Anlass sind Pläne der Landesregierung, dem Flughafen BER einen weiteren Millionenbetrag zur Verfügung zu stellen – allerdings nicht direkt aus dem Landeshaushalt als Zuschuss, sondern als „Darlehen“.

Geplant ist dazu die Einrichtung eines sogenannten Sondervermögens. Verbürgt vom Land, sollen mit diesem Fonds zu günstigen Konditionen auf dem Kapitalmarkt Kredite aufgenommen werden. Die Flughafengesellschaft würde bei diesem Sondervermögen einen Kredit in gleicher Höhe aufnehmen. Das Darlehen über 409 Millionen Euro soll laut Brandenburgs Finanzminister Christian Görke (Linkspartei) vom Flughafen „in fünf bis sieben Jahren“ nach Eröffnung zurückgezahlt werden.

Die Landesregierung wird mit diesem Vorgehen einen Sonderweg einschlagen: Die beiden anderen Anteilseigner des BER, das Land Berlin und der Bund, wollen den zusätzlichen Geldbedarf des Flughafens in Höhe von 1,1 Milliarden Euro direkt aus ihren Etats zahlen – als Zuschuss zur Erhöhung des Eigenkapitals.

> Sondervermögen oder Schuldenversteck?

Oppositionsvertreter reagierten auf die Pläne mit Empörung: „So etwas nennt man üblicherweise einen Schattenhaushalt“, kritisiert Grünen-Fraktionschef Axel Vogel, der prophezeit, dass die 409 Millionen nie ans Land zurückfließen würden. Scharfe Kritik ebenfalls von der CDU: „Die Gelder sind der Kontrolle des Parlaments entzogen“, so der parlamentarische CDU-Geschäftsführer Jan Redmann. *Norman Hanert*

SPD verniedlicht Besetzung

Ein bislang noch nicht in Erscheinung getretenes „Bündnis für bedingungsloses Bleiberecht“ hat am 10. April aus einer Demonstration heraus für zwei Stunden die SPD-Bundeszentrale in Berlin, das Willy-Brandt-Haus, besetzt. Die Gruppierung ist ein Zusammenschluss von Asylbewerbern, „Antifa-“ und „Antirassismus“-Gruppen sowie verschiedenen sogenannten Künstlernetzwerken, darunter die Kampagne „My right is your right“ von Oranienplatz-Asylbewerbern und Berliner Theatermachern. Hintergrund: Am 8. Mai soll im Bundestag eine Neuregelung des Asylrechts in Deutschland beschlossen werden. Nach Ansicht der Demonstranten stellt die Gesetzesnovelle „ein einziges großes Inhaftierungsprogramm“ dar. Und weiter: „Die SPD redet seit Monaten gegen Pegida. Aber dieses Gesetz übertrifft sogar das, was Pegida will.“ Die SPD verniedlichte den Hausfriedensbruch ihrer Bundeszentrale als „kurzzeitige Besetzung“. *H.L.*

MELDUNGEN

Tschechen kehren heim

Kiew/Prag – Angesichts des Niedergangs der Ukraine siedeln weitere Gruppen ukrainischer Tschechen in die Tschechische Republik über. Im Vorjahr hatten 140 der letzten taurischen Tschechen den tschechischen Präsidenten Milos Zeman gebeten, ihnen bei der Rückkehr in ihre Urheimat zu helfen, was dieser auch tat. Sie gelangen nun derzeit dorthin zurück, von wo ihre Vorfahren im 19. Jahrhundert als Kolonisten in das Gebiet nördlich der Krim kamen und dort bald an die 2000 Köpfe zählten. Ein Großteil von deren Nachfahren war bereits nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs beziehungsweise dem Zerfall der UdSSR in die damalige Tschechoslowakei heimgekehrt. *T.W.W.*

Interimsregierung vor dem Aus

Gaziantep – Die von syrischen Oppositionskräften getragene syrische Interimsregierung steht vor dem finanziellen Kollaps. Von den 2013 von Katar bereitgestellten 50 Millionen US-Dollar ist nichts mehr übrig. Schon seit Jahresbeginn kann die Regierung ihre Angestellten im türkischen Exil sowie in den von den sogenannten moderaten Rebellen kontrollierten Gebieten Syriens nur noch unregelmäßig bezahlen. Ihr Ziel, mit internationaler Unterstützung staatliche Dienstleistungen im Bereich der Gesundheitsversorgung, Nahrungsmittelsicherheit und Bildung bereitzustellen, hat die Interimsregierung nicht einmal ansatzweise erreicht. Sie ist eine Exilorganisation im türkischen Gaziantep geblieben, die weder eine effektive Kontrolle in den „befreiten" Gebieten ausübt noch in der Lage ist, den stetigen Vormarsch dschihadistischer Extremisten zu verhindern. Für viele Syrer ist sie zu einem Inbegriff aller negativen Erscheinungen innerhalb der Opposition geworden. *J.H.*

Die Wunschkandidatin der Wall Street

New Yorks Banken verbinden mit Hillary Clinton, ihrem Mann und ihrer Partei gute Erfahrungen

Ambitionen, der 45. Präsident der USA werden zu wollen, waren Hillary Clinton schon lange nachgesagt worden. Dass die Frau des 42. US-Präsidenten Bill Clinton nun offiziell verkündet hat, für die US-Demokraten ins Rennen um das Weiße Haus einzusteigen, hat in New Yorks Bankenviertel geradezu euphorische Gefühle aufkommen lassen.

Der Nachrichtensender CNN brachte es unlängst auf den Punkt. Die Wall Street ist bereit, für Clinton den sprichwörtlichen roten Teppich auszurollen. Ähnlich lautet die Einschätzung, die, der ehemalige Chef der Bank UBS America, Robert Wolf, abgibt. Es herrsche „eine unglaubliche Begeisterung" für die Kandidatur Clintons. Die Banker, die 2012 auf Mitt Romney gesetzt hatten, würden nun ins Clinton-Lager umschwenken, mit dem sie seit Bill Clinton sehr gute Erfahrungen gemacht hätten. „An der Wall Street kann Clinton auf eine unglaublich feste Basis zählen", so Wolf, der lange als Obamas „BFF", best friend in finance, galt. Dass nach Einschätzung des Insiders Wolf sechs von zehn Wall-Street-Bankern auf der Seite der Demokraten stehen, während nur drei republikanisch und nur einer parteiunabhängig wählen, und der Name Clinton im Finanzsektor fast nostalgische Gefühle weckt hat gute Gründe. Mit dem US-Präsidenten Bill Clinton haben die Banken sehr gute Erfahrungen gemacht. Als Symbol für diese Ära kann Robert Rubin gelten. Nach Jahrzehnten bei der Investmentbank Goldman Sachs avancierte er unter Bill Clinton zum Finanzminister. Die Demontage der Trennwand zwischen dem Investment- und dem traditionellen Kundenbanking geht auf Rubin zurück und legte den Boden für einen Boom an der Wall Street, der mit dem Kollaps von 2008 ein fatales Ende fand.

> Citigroup und Goldman Sachs bilden die zwei stärksten Fundamente ihrer Kandidatur

Clinton verdankt ihre Unterstützung durch die Wall Street allerdings nicht nur ihrem Ehemann und ihrer gemeinsamen Partei. Zu ihrer Zeit als Senatorin für den Bundesstaat New York wurde sie von der Öffentlichkeit über fast ein Jahrzehnt als politische Repräsentantin nicht nur der Millionen-Metropole, sondern auch der Wall Street wahrgenommen. Auch im Jahr 2008, während ihres letzten Anlaufs zu einer Präsidentschaftskandidatur für die Demokraten, war das gute Verhältnis der Politikerin zur Bankenbranche kaum zu übersehen.

Kritiker werfen in diesem Zusammenhang Clinton vor, sie habe mehrfach im Gegensatz zu vorausgegangenen Beteuerungen für die Interessen der Finanzbranche gestimmt. Im Jahr 2001 stimmte sie etwa für ein Gesetz, das Banken mehr Rechte beim Konkurs von Kunden zugestehen sollte, obwohl sie sich vorher als First Lady an der Seite Bill Clintons deutlich gegen eine vergleichbare Gesetzesvorlage ausgesprochen hatte. Auch als es auf dem Höhepunkt der Finanzkrise darum ging, Banken mit Geld der US-amerikanischen Steuerzahler zu retten, votierte Clinton für den sogenannten Bailout (englisch: aus der Klemme helfen). Angemerkt wurde inzwischen ebenso, dass Clinton regelmäßig Abstimmungen in Sachen Finanzbranche verpasste, wenn eine eindeutige Stellungnahme politisch nicht opportun schien.

Das gute Verhältnis zur Wall Street und die Unterstützung durch die Bankenbranche könnte sich während des Rennens um das Weiße Haus zu einem Problem für Clinton entwickeln. Für linksliberale Kritiker innerhalb der Demokratischen Partei liefert die Nähe der Kandidatin zur Wall Street gute Argumente im innerparteilichen Machtkampf. Konkurrenten wie der ehemalige Gouverneur von Maryland Martin O'Malley haben sich klar für strengere Regeln für die Finanzbranchen ausgesprochen. Clinton könnte damit ein heikler Balanceakt im Wahlkampf bevorstehen. Einerseits muss sie den linksliberalen Flügel der Demokraten und auch die Wähler überzeugen, indem sie Distanz zu den Banken demonstriert. Auf der anderen Seite dürfte die Wall Street aber auch Erwartungen haben, wenn sie großzügig für die Kandidatin spendet – und das tut sie, wie ein Blick auf die aktuelle Spenderliste Clintons sehr offenbart. Fünf der zehn Top-Financiers Clintons sind Wall-Street-Banken, und zwei sind Wall-Street-Anwaltskanzleien. Citigroup und Goldman Sachs bilden die zwei stärksten Fundamente der Kandidatur Hillary Clintons. *Norman Hanert*



Bild: Reuters

Eine Kandidatin und der Mann hinter ihr: Hillary Clinton und Lloyd C. Blankfein, CEO und Präsident von Goldman Sachs

Beliebt wie keiner vor ihm

Rumäniens Staatspräsident hat schon viele Erwartungen erfüllt

Der Siebenbürger Sachse Klaus Johannis ist nach 100 Tagen im Amt der populärste aller bisherigen rumänischen Staatspräsidenten. Die Erwartungen an „Santa Klaus" waren und sind riesig, einige hat er schon erfüllt.

Die Erwartungen an den lutherischen Siebenbürger Klaus Johannis als neuen Präsidenten Rumäniens waren gewaltig. Die Rumänen erhofften, dass er Schluss mache mit Klientelpolitik, Korruption und dem verrotteten „alten System", welches das schlechte Image der Rumänen im Ausland prägt. Seit seinem Amtsantritt am 22. Dezember vergangenen Jahres ist das Vertrauen der Rumänen in die Politik sprunghaft angestiegen. Rumänien atmet auf, die jahrelang vorherrschend resignative Stimmung hat sich aufgehellt. Rumänien erlebt einen „Johannis-Effekt". Die öffentliche Stimmung bessert sich zusehends, neue Investoren kommen ins Land und die Staatsverwaltung arbeitet effizienter. Viele Rumänen führen dies auf den segensreichen Einfluss des neuen Staatspräsidenten zurück, der Rumänien mit „deutschen Tugenden" regiert.

Der Siebenbürger Sachse ist so populär wie keiner seiner Amtsvorgänger im postkommunistischen Rumänien. Inzwischen würden nicht mehr nur 55 Prozent wie bei den Wahlen, sondern rund drei Viertel der Wähler für ihn stimmen.

Der schmutzige Umgangston in der rumänischen Politik wandelte sich durch Johannis' Beispiel zum Besseren. Johannis ist der erste postkommunistische rumänische Präsident, der sich aus der Parteipolitik heraushält, seine Partei, das Demokratische Forum der Deutschen in Rumänien (DFDR), hat nur einige Hundert Mitglieder. Weil er selbst keine Partei als Hausmacht hat, hat Johannis es geschafft, dass erstmals seit Jahren alle parlamentarischen Parteien wieder einen weitgehend normalen, zivilisierten Dialog mit dem Staatspräsidenten und auch im Umgang untereinander führen. Johannis forderte die Parteien auf, auf „Populismus" und „Dauerwahlkampfgehabe" zu verzichten. Ein Präsident, so Johannis bei der Pressekonferenz zu seiner 100-Tage-Bilanz, muss die Stärke haben, sich aus der Tagespolitik herauszuhalten und sich nicht zu jedem Tagesereignis zu äußern. Um sein Versprechen einer anderen Art von Politik zu verwirklichen, plädiert Johannis auch für eine starke Einbeziehung zivilgesellschaftlicher Organisationen in den politischen Prozess und spricht sich für eine konsequente Bewältigung der kommunistischen Vergangenheit aus. Seine schweigsame Art steht in starkem Kontrast zum geschwätzigen Politik- und Medienbetrieb der letzten Jahre in Bukarest. Statt Erklärungen und Interviews lässt er oft lieber Stellungnahmen auf Facebook posten.

> Johannis ist heute noch populärer als bei seiner Wahl

Vor allem der Korruption hatte Klaus Johannis den Kampf angesagt. Inzwischen sitzen Dutzende ehemaliger Minister, hohe Staatsbeamte und Geschäftsleute in Haft, die wegen ihrer Nähe zur Macht unter seinem Vorgänger noch als unberührbar galten. Selbst gegen Familienmitglieder des Regierungschefs Victor Ponta und von Ex-Staatschef Traian Basescu wird derzeit ermittelt. Johannis überlässt den Kampf gegen die Korruption der Justiz, er bleibt unparteiisch und zeigt, dass er keine Schützlinge hat. Gesetzesinitiativen zum Schutz korrupter Politiker haben die Abgeordneten unter seinem Einfluss von selbst zurückgenommen. Johannis übt allein schon durch sein Beispiel Einfluss aus. *Bodo Bost*

Blasphemie-Verbot als Waffe

In Pakistan steht auf Gotteslästerung die Todesstrafe

Spott über Gott – Gefährdungen der Pressefreiheit in Zeiten des Terrors" lautete das Thema einer Diskussion im Axel-Springer-Haus in Berlin. Zu der Gesprächsrunde mit in- und ausländischen Experten hatten die FDP-nahe Friedrich-Naumann-Stiftung, „Reporter ohne Grenzen" und die Tageszeitung „Die Welt" eingeladen.

Der Veranstaltungsort hätte passender nicht sein können: Schon 2006 hatte im Foyer des Springer-Hauses ein 28-jähriger Pakistaner Wachpersonal mit einem Messer bedroht. Der Mann hatte den damaligen „Welt"-Chefredakteur Roger Köppel attackieren wollen, weil der Mohammed-Karikaturen des dänischen Karikaturisten Kurt Westergaard nachdruckte. Im Foyer des Springer-Hauses stehen längst Sicherheitsschleusen wie am Flughafen.

Wie ist die Lage heute vor dem Hintergrund des Mordanschlags auf die Redaktion der Pariser Satire-Zeitschrift „Charlie Hebdo"? Der Karikaturist Klaus Stuttmann erklärte, trotz der Morde in Paris habe er keine Angst und zeichne weiter wie bisher. Für „Reporter ohne Grenzen" sind ausländische Strafgesetze gegen Blasphemie „ein großes Thema", so Vorstandssprecher Michael Rediske. In den letzten Jahren seien weltweit Dutzende von Journalisten und Bloggern von harten Strafen betroffen gewesen. Rediske verwies etwa auf den zu zehn Jahren Haft und 1000 Stockhieben verurteilten saudischen Blogger Raif Badawi. Ein mauretanischer Blogger wurde 2014 wegen „Abfall vom Glauben" zum Tod verurteilt, weil er in einem Text schrieb, die soziale Ordnung des Landes sei so archaisch wie zu Zeiten des Propheten Mohammed. „Damit", erklärte Rediske, „wollte er lediglich die Ungleichheit des dortigen Kastensystems anprangern." Verurteilt habe man den Mauretanier „wegen flapsiger Bezugnahme auf den Propheten, Verletzung der göttlichen Ordnung und Blasphemie".

> Richter des Landes fürchten den Straßenmob

Der Pakistan-Experte der Friedrich-Naumann-Stiftung, Olaf Kellerhoff, erläuterte die Anwendung der dortigen Blasphemie-Strafvorschriften. In Artikel 295 des pakistanischen Strafgesetzbuches heißt es: „Jeder, der mit Worten, gesprochen oder geschrieben, oder durch eine sichtbare Darstellung, oder sonst irgendeine Unterstellung oder Anspielung, direkt oder indirekt den Namen des Heiligen Propheten Mohammed (Friede sei mit ihm) entehrt, soll mit dem Tod oder lebenslanger Haft oder mit Geldstrafe bestraft werden."

Von 1986 bis 2014 wurden in Pakistan fast 1500 Menschen der Blasphemie angeklagt, vor allem Christen, Hindus und Ahmadis. Die Strafvorschriften werden wie eine Waffe gegen Minderheiten und missliebige Personen, auch aus persönlicher Rache oder Bereicherungsabsicht benutzt. 2011 wurde der christliche Politiker Shabhaz Bhatti erschossen, weil er Änderungen am Blasphemie-Gesetz wollte. 2011 wurde der Gouverneur der Provinz Punjab, Salman Taseer, von seinem Leibwächter ermordet. Taseer hatte sich für die wegen angeblicher Gotteslästerung verurteilte Christin Asia Bibi eingesetzt, die seit vier Jahren in der Todeszelle sitzt.

Der Richter, der Taseers Mörder verurteilte, verließ Pakistan sicherheitshalber. Richter müssen den von Mullahs aufgehetzten Mob der Straße fürchten. Der Täter im Fall Taseer wird im Gefängnis wie ein König behandelt. In Islamabad wurde eine Moschee nach ihm benannt. *Michael Leh*

Vereinte Kräfte gegen US-Hegemonie

BRICS, SOZ und AIIB – Westliche Bündnisse erhalten Konkurrenz durch geopolitische Ost-Partnerschaften

Mit dem Monat April hat Russland routinemäßig den Vorsitz der BRICS-Gruppe übernommen. Sie will unter dem russischen Vorsitz die Reform des Weltfinanzsystems vorantreiben und mehr Einfluss auf das Internet nehmen. Voraussetzung dafür ist eine noch engere wirtschaftliche Zusammenarbeit.

BRICS ist ein Zusammenschluss von Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika. Er repräsentiert 40 Prozent der Weltbevölkerung und 30 Prozent der weltweiten Wirtschaftsleistung. Das nächste Gipfeltreffen der Gruppe wird vom 8. bis zum 10. Juli in der russischen Stadt Ufa stattfinden. Der zuständige Sonderbeauftrage des russischen Außenministeriums, Wadim Lukow, ist der Meinung, das Treffen könne „in die Geschichte der Organisation als eine äußerst wichtige Etappe eingehen, bei der die Mitglieder zu einer umfassenden Zusammenarbeit kommen“.

Die Bedeutung des BRICS-Treffens wird dadurch gesteigert, dass ebenfalls in Ufa ein Gipfeltreffen der „Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit“ (SOZ) stattfindet, der neben den BRICS-Staaten Russland und China auch Kasachstan, Kirgisien, Tadschikistan und Usbekistan angehören. Sie vertreten ein Viertel der Weltbevölkerung. Beobachterstatus bei der SOZ haben die Mongolei, Indien, Pakistan, der Iran und Afghanistan. Unter weiteren Ländern hat auch das Nato-Mitglied Türkei Interesse an einer Mitgliedschaft bekundet.

Russlands Ziele für die Zeit des Vorsitzes von BRICS betreffen vor allem eine vertiefte Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Finanzwesens. Im Vordergrund steht dabei die Bildung der BRICS-Entwicklungsbank mit einer Ausstattung von 100 Milliarden US-Dollar, die im Juli 2014 beschlossen worden ist. Die erste Vorstandssitzung dieser Bank wird am 7. Juli wiederum in Ufa stattfinden. Sie wird ein natürlicher Partner der von China initiierten „Asian Infrastructure Investment Bank“ (AIIB). Deren Gründung wurde von den USA als eine Konkurrenz der von ihnen dominierten Weltbank zunächst verurteilt. Nachdem aber die größten europäischen Länder und auch Australien, also die engsten Verbündeten der USA, der AIIB beitreten wollen, findet sie nun nach außen hin die Zustimmung Washingtons.

Die asiatische und eurasische Zusammenarbeit durch SOZ und BRICS führt in nächster Zeit zu einer von China angeregten Wiederbelebung der Seidenstraße, also einer Achse der wirtschaftlichen Zusammenarbeit quer durch den asiatischen Kontinent bis nach Europa. Die „neue Seidenstraße“, ausgestattet mit modernster Verkehrstechnologie wie Hochgeschwindigkeitszügen, wird zusammen mit AIIB und SOZ der Weltwirtschaft völlig neue Akzente geben. Nebenbei: An Hochgeschwindigkeitszügen der Art, wie sie hier geplant sind, gibt es in den ganzen USA nur einen einzigen, und der stammt aus China.

Die neue Seidenstraße dürfte auch schon ihren ersten politischen Erfolg bewirkt haben. Der Iran, ohnehin in gutnachbarlicher Beziehung zu Russland, ist integraler Bestandteil dieser geopolitischen Verbindung. Es fällt schwer, einen Zusammenhang zwischen dieser Tatsache und der Bereitschaft des Westens zu leugnen, mit Teheran jetzt doch ein Abkommen ins Auge zu fassen, das man so seit Jahren hätte haben können.

> China will die alte Seidenstraße wiederbeleben

Russland will seinen BRICS-Vorsitz dazu nutzen, die Gruppe in einen „strategischen Kooperationsmechanismus für Politik und Wirtschaft“ zu überführen. Präsident Putin bekräftigt: „In diesem Sinne kann man sagen, dass BRICS eine ganz neue Qualität gewinnt.“



Besiegeln ihre Freundschaft: Putin, Indiens Premier Modi, Brasiliens Präsidentin Rousseff, Xi Jinping aus China und Südafrikas Präsident Zuma (v.l.) bei einem BRICS-Gipfel in Brasilien Bild: pa

BRICS und SOZ lassen jedenfalls eines erkennen: Wegen einer „Isolation Russlands“ muss Moskau sich nicht sorgen.

Angesichts ihrer gigantischen Verschuldung, der schwachen Wirtschaft und der auseinanderbrechenden Gesellschaft haben die USA nur zwei Säulen, auf denen ihr Anspruch auf die Führungsrolle in der Welt ruht: das Militär und der Dollar als Weltreservewährung. Das von Washington aus gelenkte Weltfinanzsystem ruht unter anderem auf dem Internationalen Währungsfonds (IWF). Braucht ein Staat Geld, wendet er sich dorthin, das tut nicht nur Griechenland. Doch seit Oktober vergangenen Jahres ist die Monopolstellung des IWF gefährdet. China hat die AIIB mit einem Startkapital von 50 Milliarden gegründet. Daran hatten sich zunächst 26 Länder beteiligt. Heute sind es bereits 32 Länder. Unter diesen sind ernstzunehmende Schwergewichte wie Kuwait oder Saudi-Arabien. Zum finanziellen Gewicht kommt in beiden Fällen hinzu, dass es sich um Verbündete der USA handelt. Das wäre an sich für Washington schon schlimm genug. Doch in diesem März hat das Bundesfinanzministerium eine unscheinbare Meldung herausgegeben, wonach sich auch Deutschland an der AIIB beteiligen wird, ebenso wie Frankreich, Großbritannien, Luxemburg und Italien.

Für die USA ist der Vorgang eine schwere Niederlage, politisch wie finanziell. Allein, dass sich Deutschland dazu aufgeschwungen hat, sich den USA zu widersetzen, ist eine Sensation. Berücksichtigt man zudem, dass sich immer mehr Länder darauf verstehen, bei ihrem Handel nicht mehr in Dollar zu fakturieren, sondern in eigenen Währungen, was den Dollar als Leitwährung außer Kraft setzen wird, dann müssen im Weißen Haus alle Alarmglocken läuten. In der chinesischen Währung Yuan rechnet beispielsweise neuerdings der BRICS-Verbund.

Mehr noch. Selbst Japan zeigt Interesse an der AIIB. Dazu kommt, dass Tokio nach vier Jahren mit China wieder Gespräche über die Sicherheit in der Region aufgenommen hat. Doch ob mit Japan oder ohne – in absehbarer Zeit wird das Welt-Finanz-System nicht wiederzuerkennen sein. Bisher haben die USA und Europa konkurrenzlos den IWF dominiert. Versuche, den Asiaten mehr Einfluss zuzubilligen, wurden im US-Kongress verschleppt und behindert. Den Amerikanern war offenbar nicht bewusst, dass in Asien Arroganz sehr schlecht ankommt. Jetzt haben sie sich das Debakel in gewissem Umfang selbst zuzuschreiben.

Florian Stumfall

MELDUNGEN

Russischer Rubel erholt sich

Moskau – Nach Monaten der Talfahrt hat sich der russische Rubel wieder erholt. Seit Jahresbeginn hat er um 31 Prozent gegenüber dem Euro zugelegt. Während Zentralbankchefin Elvira Nabiullina das auf eine gute Krisenpolitik der Regierung zurückführt, und auch Präsident Putin das neue „russische Wunder“ mit der Wirksamkeit seiner Appelle an die Bevölkerung, den Rubel nicht in vermeintlich harte Währungen zu tauschen, erklärt, warnen Analysten vor zu großem Optimismus. Der derzeitige Anstieg rühre von der Erholung des Ölpreises her, das Schrumpfen der russischen Wirtschaft schätzen sie in diesem Jahr auf 4,6 Prozent. *MRK*

Obstbauern holzen ab

Brandenburg – Da der russische Absatzmarkt wegen der Sanktionspolitik weggebrochen ist, konnten Brandenburger Obstbauern einen Großteil ihrer Ernte nicht verkaufen. Vor allem Äpfel blieben wegen des Überangebots, einhergehend mit einem Preisverfall um 50 Prozent, vielerorts an den Bäumen hängen, da der Verkauf sich nicht gelohnt habe. Mehrere Obstbauern in Brandenburg haben nun bis zu einem Drittel ihrer Anbaufläche abgeholzt. *MRK*

Die Schulden-Uhr:

Gesamtverschuldung:
2.049.316.263.892 €
Vorwoche: 2.049.213.134.460 €

Verschuldung pro Kopf:
25.372 €
Vorwoche: 25.371 €

(Dienstag, 21. April 2015, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Deutsches »Klumpenrisiko«

Autobauern droht Gefahr von der EU und den Internet-Giganten

Während der Krach an der Führungsspitze des Autoherstellers VW ein großes mediales Interesse auf sich zieht, wird weit weniger beachtet, wie gut es der Branche insgesamt zurzeit geht. Deutschlands Autobauer arbeiten so profitabel wie nie zuvor. Wie aus einer aktuellen Studie des Beratungsunternehmens EY hervorgeht, schlugen sich die deutschen Autobauer 2014 generell besser als ihre Konkurrenten und fuhren deutlich mehr Gewinn ein, als dies international in der Branche üblich ist. Demzufolge kamen die „großen Drei“, Volkswagen, Daimler und BMW, im vorigen Jahr auf einen Ertrag vor Zinsen und Steuern (Ebit) von 32,6 Milliarden Euro, ein Fünftel mehr als 2013. Ablesbar ist der Erfolg der hiesigen Autobauer auch am deutschen Aktienindex DAX. Ihre Jahresüberschüsse vor Steuern machten im vorigen Jahr 29 Prozent der Gesamtgewinne aller 30 Konzerne aus, die im DAX gelistet sind. Der gewaltige deutsche Exportüberschuss von 217 Milliarden Euro im vergangenen Jahr würde ohne die Ausfuhren der Automobilbranche auf ein Normalmaß schrumpfen.

Auf der Höhe des Erfolgs stehen Deutschlands Autobauer allerdings vor enormen Herausforderungen. Die Forderungen der EU-Kommission zur weiteren Absenkung des Kohlendioxidausstoßes bedeuten gerade für die Autobauer aus Deutschland, die große, stark motorisierte Modelle produzieren, enorme Entwicklungskosten.

Ein grundlegender Strukturwandel kommt auf die Fahrzeughersteller mit der zunehmenden Digitalisierung zu. Absehbar sind Trends zu einer digitalen Vernetzung der Fahrzeuge und vor allem zum führerlosen, sich selbst steuernden Auto. Große Konzerne aus der IT-Branche haben inzwischen damit angefangen, sich selbst mit eigenen Automobil-Projekten zu beschäftigen. So plant Medienberichten zufolge der Apple-Konzern ein Fahrzeug mit Elektroantrieb. Der Suchmaschinen-Riese Google wiederum arbeitet bereits an selbstfahrenden Autos. Die Internetkonzerne bringen nicht nur viel Wissen im Softwarebereich mit, sondern auch prall gefüllte Kassen. Fehlende Expertise im Autobau kann so einfach zugekauft werden.

> Bauen Apple und Google bald ebenfalls Automobile?

Die Branche hat die Gefahr inzwischen erkannt: „Wir müssen uns darauf einstellen, dass Wettbewerber Autos bauen in Zukunft, die bisher nicht am Markt waren“, so BMW-Chef Norbert Reithofer unlängst auf dem Autosalon in Genf. Etwas gelassener scheint Daimler-Chef Dieter Zetsche auf die neue Konkurrenz zu blicken. Er sieht keine Gefahr, dass die etablierten Autobauer irgendwann nur noch Zulieferer für Internet-Konzerne wie Apple und Google sein könnten: „Wir haben momentan die gesamte Wertschöpfungskette in unserer Hand“, so Zetsche. Mit dem Vordringen der IT-Branche in das Geschäft der Autoindustrie sieht allerdings auch der Daimler-Chef große Veränderungen auf die Autobranche zukommen.

Scheitern die deutschen Autobauer an Herausforderungen wie der „digitalen Revolution“, dann hätte dies Konsequenzen für ganz Deutschland. Experten wie Heinz-Rudolf Meißner vom Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) warnen inzwischen vor einem systemrelevanten „Klumpenrisiko“, das die Autobranche mittlerweile für den Standort Deutschland darstelle. *Norman Hanert*

Wien will Schuldenschnitt

Kärntens Garantieerklärungen – ein nationales Desaster

Die größte österreichische Bankenpleite seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs droht nun auch bei bundesdeutschen Banken Verluste in Milliardenhöhe zu verursachen. Die Republik Österreich will die Verluste ihrer „Heta Asset Resolution“, der Abwicklungsgesellschaft für die einstige Kärntner Skandalbank „Hypo Alpe Adria“, die sich mit einer massiven Expansion auf dem Balkan verspekuliert hatte, nicht mehr allein tragen und stattdessen die Gläubiger des Instituts zur Kasse bitten. Nach der Entscheidung der Wiener Regierung vom 1. März, keine weiteren Steuergelder mehr zu gewähren, folgte ein von der österreichischen Finanzaufsicht verhängtes Schuldenmoratorium von 15 Monaten. Bis Mai 2016 soll eine Entscheidung über die Gläubigerbeteiligung fallen.

Von Kärntens Landesregierung liegt in der Sache bereits die Erklärung vor, dass sie nicht in der Lage sein werde, den Verpflichtungen aus ihren Staatsgarantien nachzukommen. Wie das „Handelsblatt“ berichtet, soll die Europäische Zentralbank (EZB) bereits vor Ostern in einem Schreiben betroffenen Banken nahegelegt haben, ihre Engagements bei der „Heta Asset Resolution“, die vom Bundesland Kärnten garantiert sind, um „mindestens 50 Prozent“ ihres Nominalwertes hinunterzukorrigieren. Für nachrangige Anleihen ohne eine Garantie der Republik Österreich soll sogar eine Abschreibung von „mindestens 95 Prozent“ empfohlen worden sein.

Zahlreiche Banken und Versicherungen hatten Papiere der „Hypo Alpe Adria“ gekauft, weil sie mit einer Ausfallbürgschaft des Bundeslandes Kärnten versehen waren und daher als besonders sicher galten. So waren nach Angaben von Bundesbank-Vorstand Andreas Dombret bundesdeutsche Banken Ende 2014 in „Heta Asset Resolution“ mit zusammen rund 5,6 Milliarden Euro engagiert. Inzwischen haben zahlreiche Banken bereits juristische Klagen wegen des österreichischen Vorgehens angekündigt. Die NRW-Bank hat bereits eine Klage eingereicht. Erreichen will die Förderbank des Landes Nordrhein-Westfalen die vollständige Rückzahlung von Anleihen im Nominalwert von 275,5 Millionen Euro. Allein schon, um sich rechtlich gegenüber Anteilseignern und Investoren abzusichern, dürften juristische Schritte weiterer Geldinstitute folgen.

> Gläubiger drohen Österreich als dem Besitzer mit Klage

Hoffnungen, dass die Verbindlichkeiten am Ende doch noch bedient werden, scheinen einige angelsächsische Hedgefonds zu haben. So haben sich nach Informationen von Bloomberg News die Fonds „Palmerston Capital Management“ und „Knighthead Capital Management“ mit Anleihen der „Heta Asset Resolution“ eingedeckt. Ob die Investition sich letztendlich auszahlt, hängt davon ab, ob die Abwicklungsgesellschaft auch zukünftig mit dem Geld der österreichischen Steuerzahler gestützt wird. Klar erkennbar ist mittlerweile, dass in der Sache „Heta Asset Resolution“ erheblicher Druck auf Wien aufgebaut wird. Einem Bericht der Wiener „Presse“ zufolge hat Nordrhein-Westfalens Finanzminister Norbert Walter-Borjans (SPD) in einem Brief an Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble dazu aufgefordert, gegen das „zivil- und europarechtlich unzulässige“ Vorgehen Österreichs vorzugehen. Medienberichten zufolge erwägt inzwischen sogar die in Washington ansässige Weltbank eine Klage gegen Österreich. *N.H.*

Fragezeichen

Von Manuel Ruoff

Von Arbeitgeberseite wird gerne das Gespenst vom Fachkräftemangel insbesondere im sogenannten MINT-Bereich an die Wand gemalt. Von der Immigrantenlobby wird dieses begierig aufgegriffen, um noch mehr Zuwanderung zu fordern.

Allerdings gibt es da gleich diverse Fragezeichen. Da stellt sich als erstes die Frage, ob die Einwanderer in die Sozialsysteme von heute die Fachkräfte von morgen sein können und sein wollen. Diese Frage drängt sich auf angesichts der überdurchschnittlich hohen Arbeitslosigkeit unter Immigranten.

Dann sollte man immer bedenken, dass die Nachfrager nach Arbeit, sprich die Arbeitgeber, an einem Überangebot interessiert sind, denn das vergrößert die Auswahl und senkt den Preis.

Doch nicht nur sie versuchen, das Spiel von Angebot und Nachfrage zu ihrem Vorteil zu nutzen. So lässt sich offenkundig wegen der lautstarken Prophezeiung eines Mangels im MINT-Bereich eine wachsende Zahl von Jugendlichen gerade hierin ausbilden. So drängt sich die Frage auf, ob wir es nicht mit einer „selbstzerstörenden Prophezeiung“ (self-defeating prophecy/self-destroying prophecy) zu tun haben. (s. S. 3)

Grandiose Ideen

Von Frank Horns

Manchmal sieht man sie noch im Straßenbild. Männer und Frauen in unauffälligen dunklen, meist ziemlich schlecht sitzenden Uniformen. Den Gerüchten nach sollen sie als Polizisten hierzulande für Recht und Ordnung sorgen. Aber das lässt sich für unsereinen schwer überprüfen. Dafür gibt es einfach zu wenige von ihnen. Von einer anderen Sorte Mensch gibt es anscheinend viel mehr. Dunkel ist nicht ihre Kleidung, sondern ihre Tätigkeit. Einbrüche sind ihr Metier, und darin sind sie wirklich gut. Alle 180 Sekunden stiehlt in Deutschland ein zumeist ausländischer Täter das Hab und Gut eines anderen (siehe *PAZ* 11/2015, Seite 3).

„Ein unerträglicher Zustand“, befanden nun endlich auch die Regierungsparteien. In einer Klausurtagung der Fraktionsspitzen von Union und SPD wurden Gegenmaßnahmen beschlossen: Hausbesitzer und Mieter sollen fortan mit Zuschüssen und zinsgünstigen Krediten unterstützt werden, wenn sie ihr Haus gegen Einbrecher verbarrikadieren.

Was für eine grandiose Idee und sie lässt sich praktisch beliebig weiter ausbauen. Wer sich Wachhunde zum Schutze seines Heims anschafft, könnte für fünf Jahre von der Hundesteuer befreit werden. Auch den Gewalt-Delikten auf der Straße ließe sich wirkungsvoll begegnen, indem man verbilligte Kurse zur Selbstverteidigung anbietet. Wer dafür zu schwach und gebrechlich ist, könnte in den Genuss staatlich gesponserter Rhetorikseminare kommen: „So bitte und bettel ich am wirkungsvollsten um mein Leben.“ Wer braucht da schon die Polizei.

Ernüchterung über Kiew

Von Manuela Rosenthal-Kappi

Das hätten sich die Väter der Perestrojka niemals träumen lassen: Statt eines neuen politischen Denkens in den Ländern der ehemaligen Sowjetunion herrschen 30 Jahre später statt eines Sozialismus mit demokratischem Antlitz, wie einst von Michail Gorbatschow angestrebt, in vielen Ostblockländern Meinungsdiktatur und Chaos.

Die damaligen politischen Akteure hätten es sicher nie für möglich gehalten, dass die Ukraine, ein Bruderland, das von seiner mentalen und geschichtlichen Prägung her von jeher Russland nahe war, in einem Krieg auseinanderbrechen würde. Und doch sieht es heute so aus, als ob der Bruch zwischen der europäisch ausgerichteten Westukraine und den Separatistengebieten in der Ostukraine nicht mehr zu überwinden ist.

Die Regierung in Kiew, vom Westen anerkannt und finanziert, zeigt mehr und mehr, dass sie den Anforderungen einer baldigen Aufnahme in die Europäische Union nicht gewachsen ist.

Morde in Kiew finden nur wenig Medienecho

Dass eine Ernüchterung eintritt und dass sich die Haltung gegenüber Kiew allmählich zu wandeln beginnt, bezeugen kritischer werdende Medienberichte in letzter Zeit. Bei Nachrichten über die Lage in der Krisenregion Donezk heißt es immer öfter, dass die vereinbarte Waffenruhe an einzelnen Punkten von beiden Seiten verletzt werde. Vor einigen Monaten noch war nur von Untaten der Separatisten und russischer Einmischung zu hören.

Umso mehr erstaunt es, dass die sich häufenden Morde an Oppositionspolitikern und prorussischen Journalisten in Kiew nur am Rande Erwähnung finden und kein Aufschrei durch die Medien ging, wie das bei Auftragsmorden in Russland üblicherweise der Fall ist.

Auf offener Straße werden in Kiew regierungskritische Menschen getötet, doch niemand scheint sich großartig dafür zu interessieren. Es drängt sich der Verdacht auf, dass wieder einmal mit zweierlei Maß gemessen wird. Als Ende Februar in Moskau der oppositionelle Politiker Boris Nemzow einem Attentat zum Opfer fiel, war das weltweite Medienecho hingegen groß. Tagelang rätselten die Medien über die Hintergründe der Tat, wollten Spuren, die zu Präsident Putin führten, belegt sehen.

Im Fall Kiew verhält es sich gänzlich anders. Vielleicht will man nicht zugeben müssen, dass die Regierung in Kiew doch nicht demokratischer ist als ihre Vorgänger.

Interessant ist aber auch, dass der ukrainische Präsident Petro Poroschenko im Falle der Ermordung des oppositionellen Journalisten Oles Busina genauso argumentiert wie Wladimir Putin im Fall Nemzow: Beide Staatsoberhäupter sagten, die Morde seien von außen gesteuert und dienten dazu, ihre Regierung zu destabilisieren.



Kein großer Menschenauflauf: Mutter des ermordeten Journalisten Oles Bursina trauert an dem Ort in Kiew, wo ihr Sohn auf offener Straße ermordet wurde

Bild: imago

Frei gedacht



Folge des Nato-Krieges: Alle wollen nach Europa

Von Eva Herman

Erschütternde Schlagzeilen scheuchen uns aus dem Dämmerschlaf: „Schiffsunglücke im Mittelmeer: Eine Million Flüchtlinge warten in Libyen“, schreibt das „Handelsblatt“ am Montag. Dann wird über tausende tote Schiffsflüchtlinge aus Libyen berichtet, an nur einem Wochenende. Es geht wieder los: Die Temperaturen steigen, mit ihnen steigt die Zahl jener Menschen, die es in ihren zerstörten arabischen und afrikanischen Ländern nicht mehr aushalten. Unterdessen häufen sich hier Meldungen über tiefe Zerwürfnisse zwischen unseren Bürgern und den Flüchtlingen, die hier ankommen. Um es harmlos auszudrücken: Die Kulturunterschiede scheinen vielerorts unüberwindbar zu sein. Kommunen, Städte, Gemeinden, sie alle keuchen unter den wachsenden Zahlen der Zuwanderer, die täglich ankommen, es werden immer mehr. Unsere Politiker sprechen von einer Selbstverständlichkeit, dass ihnen geholfen werde. Niemand wird widersprechen, es ist Pflicht der Nächstenliebe, anderen in der Not zu helfen. Doch ist dies wirklich Hilfe? Oder wie müsste diese aussehen? Warum so viele Flüchtlinge? Wegen terroristischer islamistischer Terrormilizen, lautet es im mainstreammedialen Fachjargon. Ach, ja? Bis zu zwei Millionen Flüchtlinge warten derzeit alleine in Libyen, dazu kommen Millionen Syrer, Millionen Iraker, Millionen Afrikaner, Millionen Asiaten, Südosteuropäer und so weiter. Wo wollen sie alle hin? Was wird aus Europa, was aus Deutschland? Was wird aus unseren Kindern, wie wird die Zukunft aussehen? Bange wird es den Menschen nun, unheimlich schwingt sich etwas über sie, was viele noch gar nicht fassen können.

Doch all das, was heute geschieht, war vorhersehbar. Und, viel schlimmer: Wir selbst haben es herbeigeführt, vorsätzlich oder nachlässig, bewusst oder durch stumme Duldung. Wir haben von nichts gewusst? Wie bitte? Eine kleine Nachhilfe, bleiben wir in Libyen. Gerade vier Jahre ist es her, als eines der brutalsten Kapitel der Weltgeschichte aufgeschlagen wurde: Fast über Nacht änderte sich das Schicksal des mit am höchsten entwickelten afrikanischen Staates. Von Deutschland unterstützte Nato-Truppen griffen das Land mit Bomben an, innerhalb weniger Monate starben im Angesicht der Weltöffentlichkeit hunderttausende Menschen, weitere hunderttausende wurden verletzt und verstümmelt, nahezu die gesamte Infrastruktur des Landes ist heute zerstört. Die Libyer stehen vor ihrem einst blühenden Land, es ist nur ein Schutthaufen übrig geblieben.

Die Kolumne: Zwei streitbare Publizisten reden Klartext. Immer abwechselnd, immer ohne Scheuklappen, immer exklusiv in der *PAZ*. „Moment mal“, fordert Journalisten-Legende Klaus Rainer Röhl. „Frei gedacht“ hat Deutschlands berühmteste Querdenkerin Eva Herman.

Jene Medien, die sich den westlichen Bündnissen treu verpflichtet fühlen – es dürften inzwischen nahezu alle sein – berichteten damals im wunschgemäßen Tenor Washingtons. Kaum jemand nannte die wahren Hintergründe. Stumm fraßen es die Zuschauer, die Zeitungsleser. Wird schon alles stimmen, was die sagen. Die Begründung der westlichen Alliierten lautete, sie wollten einen angeblichen Bürgerkrieg stoppen. Doch hatte es diesen Bürgerkrieg tatsächlich gegeben? Nein! Wer ernsthaft sucht, muss als erstes die Frage stellen, wieso Staatschef Muammar Gaddafi, der jahrelang mit vielen westlichen Regierungsentscheidern Seite an Seite in der Ölgewinnung und in anderen großen Wirtschaftsprojekten tätig war, über Nacht plötzlich zur unerwünschten Person werden konnte. Der Mann, der bei den westlichen Regierungen zuvor ein- und ausging, und diese bei ihm, wurde schließlich mit einem Haftbefehl des Internationalen Strafgerichtshofes gejagt, seine Söhne und der Rest der Familie ebenso. Schließlich wurde Gaddafi gefangen genommen und öffentlich gelyncht. Zahlreiche seiner Familienangehörigen starben ebenfalls. Das Presse-Echo war, rein menschlich gesehen, auf der ganzen Linie verheerend. Man hatte einen unliebsamen Diktator zur Strecke gebracht, das war ein Grund zum Feiern. In einem Interview jubelte die damalige US-Außenministerin Hillary Clinton wörtlich: „Wir kamen, sahen und er starb!“ Dann folgte fröhliches Gelächter.

Oberst Gaddafi war in seinen letzten Jahren unbequem für den Westen geworden. Er hatte das ölreichste Land Afrikas in über 40 Jahren zu einem gut funktionierenden System aufgebaut: Die Wirtschaft blühte, ein Wasserprojekt sollte ganz Afrikas Erde fruchtbar machen, das Bruttosozialprodukt wies eine zweistellige prozentuale Steigerung auf, die Analphabeten-Quote war drastisch gesunken. Immer häufiger traf der unabhängige Regierungschef Entscheidungen, die vor allem Europa wenig gefielen. Einer der wichtigsten Geschäftspartner Libyens war Frankreich gewesen. Schon die Vorgänger von Präsident Nicolas Sarkozy wickelten hier jahrelang ihre Milliardengeschäfte ab. Auch 2010 hatte Sarkozy um weitere Förderkonzessionen in Libyen gekämpft, doch Gaddafi vergab diese überraschend an den italienischen ENI-Konzern. Eine Wende im bis dahin weitgehend stabilen Verhältnis zwischen Libyen und Frankreich. Denn Gaddafi und Italiens Ministerpräsident Silvio Berlusconi waren zu jener Zeit noch eng befreundet gewesen. An dieser Männerfreundschaft schien Berlusconi vorwiegend wegen der reichen Rohstoffvorkommen und des einträglichen Waffenhandels interessiert zu sein. Gaddafi wollte im Gegenzug allerdings auch Geld für den Kampf gegen Migration. Mindestens fünf Milliarden verlangte er für die Abwehr „unerwünschter Immigranten“.

Die Autorin: Eva Hermans Buch »Das Eva-Prinzip« erreichte 2006 hunderttausende Leser. Weitere Bestseller über Medien, Familie, Mutterschaft und Spiritualität folgten. Die ehemalige ARD-Moderatorin, die 1958 in Emden geboren wurde, lebt mit Ehemann und Kind in Hamburg.

Libyen machte die Grenzen nach Westen hin dicht. Italien und Europa konnte der Handel nur recht sein. Land und Kontinent waren nach den Aufständen in Ägypten und Tunesien stark gebeutelt worden: Hunderttausende Flüchtlinge suchten Zuflucht in Italien, die Flüchtlingsinsel Lampedusa drohte zu zerbersten, die EU ließ Italien allein. Also zahlte das Land die gewünschten fünf Milliarden an Gaddafi.

Frankreich drohte mit dieser engen Allianz und dem gleichzeitigen Abzug der Gaddafi-Milliarden eine Kettenreaktion von extremen wirtschaftlichen und finanziellen Rückschlägen – mit direkten Folgen für den Euro und die internationalen Banken. Gaddafi plante demnach den Abzug aller libyschen Ölguthaben von europäischen Konten, die vor allem in Frankreich lagerten. Sarkozy und die französischen Banken fürchteten, dass andere arabische Diktatoren diesem Schritt folgen würden. Die ohnehin schwer angeschlagenen französischen Banken hätten das nicht überlebt, der unter Druck stehende Euro wäre gefährdet gewesen. Der Rest lief – ohne, dass die Bürger ein einziges Wort darüber in der Presse erfuhren – wie der Umsturz in Iran 1953 ab, den damals die CIA gesteuert hatte. Dieses Mal allerdings waren es vornehmlich die Franzosen, die den Umsturz in Libyen vorantrieben, so die Einschätzung unabhängiger Beobachter.

Unterschlagen wurde in der gesamten Berichterstattung über den Libyenkrieg auch, dass die Nato Uran-und Benzinbomben in Libyen einsetzte, auf zivile Gebäude, Hotels, Krankenhäuser, Wohnhäuser. Haben Sie davon damals irgendwo gelesen oder gehört? In Ihrer Tageszeitung? In den Abendnachrichten? Hätte es Sie überhaupt interessiert?

Die von uns finanzierte Nato gab damals übrigens vor, in Libyen alleine mit dem Ziel zu operieren, Zivilisten zu schützen. Wer damals nicht im Bombenhagel starb, der macht sich heute auf den Weg nach Europa, in eine „bessere Welt“! Was der Mensch sät, das wird er vielfach ernten. Die Geschichten aus Syrien, Irak und anderen afrikanischen Staaten klingen übrigens ganz ähnlich.

Sahnebaiser für die Ohren

Max Raabe ist mit dem Palast Orchester auf Tour mit »Eine Nacht in Berlin« – Kein Ort ist dafür geeigneter als der Admiralitätspalast

In San Francisco, Los Angeles, Chicago oder Toronto war das Publikum begeistert von Max Raabes „Nacht in Berlin“. Jetzt ist der Sänger von seiner Nordamerika-Tournee wieder zurück und macht in seiner deutschen Heimat die Nacht zum Tag.

Bevor er in die USA und Kanada aufbrach, machte Raabe noch Station in Berlin. Ein idealer Ort: Hier, in Berlins Friedrichstraße, gehören sie hin. Ein Orchester und sein Star: Max Raabe. Im Admiralspalast wurde Berliner Theater-, Musik- und Zeitgeschichte geschrieben. Anfangs ein Unterhaltungstempel mit Damen- und Herrenbad und einer Eis-Arena, wurde daraus ein prächtiges Revue- und Operettentheater in den wilden Zwanzigern. Hier schwebten die Mädchen der Haller-Revue über die Bühne, hier standen Hans Albers, Johannes Heesters, Theo Lingen, Käthe Dorsch und Fritzy Massary auf den berühmten Brettern.

Nach dem Krieg nun im Ostteil Berlins gelegen, wurde 1946 dort die SED gegründet. Die Staatsoper nutzte die Räume bis 1955. Danach etablierte sich im Haus das „Metropol-Theater“. Bis 1997 sah man den geschwungenen Schriftzug des Metropol an der maroden Fassade bröckeln. Seitdem wird das Vorderhaus von den Mitgliedern des Kabaretts „Die Distel“ bespielt.

Als der Admiralspalast nach der Sanierung im Stil der Goldenen Zwanziger 2006 neu eröffnet wurde, war es wie eine Wiedergeburt der alten Amüsiermeile. Wer jetzt am Abend dort entlang bummelt, fühlt sich wie in Walter Kollos Revue „Drüber und Drunter“, die hier 1923 uraufgeführt wurde: „In der Friedrichstraßenenge, welche Menge, welch Gedränge! Immer feste, immer munter, hier geht alles drüber und drunter.“

Nach Jahren der Teilung, als diese Straße beinahe tot war und nur zum sogenannten Tränenpalast – der Abfertigungshalle für Besucher aus dem kapitalistischen Ausland – führte, strömt nun wieder Leben durch die Gassen. Touristen aller Herren Länder tummeln sich vor den Theatern und Hotels. Die Restaurants und Kneipen sind überfüllt.

Wenn Raabe auftritt, sind die Zwanziger Jahre wieder präsent. Elf Männer und eine Geigerin bilden sein Palast Orchester. Erhebt sich der Vorhang, sind sie präsent. Ohne Tamtam, einfach so. Noch bevor man sich auf die längst vergangene Zeit besinnen kann, ist man schon wie auf Samt dorthin gerutscht. Ganz leicht, ganz selbstverständlich spielt das Orchester die alten Weisen. So, als hätte es keine Zeit dazwischen gegeben. Für „Eine Nacht in Berlin“ ist sie stehen geblieben.

Elegant zurückhaltend führt der Mann im Frack in seiner Art als witzig-trockener Conférencier durch den Abend: „Im Programm geht es um menschliche Beziehungen und um Topfpflanzen.“ Das Auditorium lacht, geht mit, ist amüsiert. Doch Raabe muss sie nicht auf seine Seite ziehen, sie sind es bereits von Anfang an. Mit tiefer, sonorer Stimme kündigt er das nächste Lied an, diesmal von Mischa Spoliansky aus dem Jahr 1932: „Heute Nacht oder nie“.



Zurück zu den Goldenen Zwanzigern: Max Raabe und sein Palast Orchester Bild: Marcus Höhn/Universal

Wenn sein klassisch ausgebildeter Bariton ertönt, ist es wie Sahnebaiser für die Ohren. Ganz unspektakulär tritt er aus dem Dunklen ins Licht ans Mikrofon, verzaubert in strenger Haltung und mit Lackschuhen die Hörerschaft.

„Wie findet man sich, wie lernt man sich kennen, wie wird man sich wieder los?“, näselt der Sänger. Durchs Publikum wogt belustigtes Raunen. Jeder Schlager, jedes Chanson bekommt sein eigenes Licht. Der Tango in Rot, der Paso Doble in Gelb und, wie sollte es anders sein, der „Kleine, grüne Kaktus“ im satten Grün. Von der „Bar zum Krokodil“ geht es nach Kuba zu einer Rumba. Im Hintergrund an der Wand laufen ab und an dezente Filmszenen: ein Palmenstrand, der südamerikanischen Flair ausstrahlt.

Immer wieder zieht sich Raabe in seine, wie er selbst einmal sagte, „Parklücke am Flügel“ zurück, harrt im Dunkeln der Dinge, geht in Gedanken die Couplets und Ansagen durch. In diesen Momenten, sind alle Scheinwerfer nur auf den Klangkörper Palast Orchester gerichtet. Virtuos holt es die Schellack-Zeit aus dem Dunkel ins Rampenlicht. Jeder einzelne Musiker ist perfekt. Zusammen mit der genialen „Stimme im Frack“, die nach kurzer Pause wieder am Mikrofon ertönt, sind sie unwiderstehlich elegant und mitreißend.

Der 1962 in Lünen geborene Sänger, kam durch eine Schellack-Platte im heimischen Plattenschrank auf den für die heutige Zeit ausgefallenen Geschmack. Er trug schon früh, verkleidet mit väterlichem Zylinder, seine Begeisterung für Lieder wie „Veronika, der Lenz ist da“ der Familie und Freunden vor. Während seines Studiums an der Hochschule der Künste in Berlin gründete er mit zwölf Kommilitonen das Palast Orchester. Mittlerweile feierte das Ensemble internationale Erfolge mit Konzerten in Europa, Asien, den USA und Israel. Überall wurden sie begeistert aufgenommen. Raabe will keine Nostalgie oder gute alte Zeit beschwören, sondern zeigen, dass diese freche Musik voller Humor auch heute vor einem modernen Publikum funktioniert. Und das tut sie so sehr, dass ihn selbst der Chef des Hauses Hohenzollern, Prinz Georg Friedrich, auf seiner Hochzeit mit Prinzessin Sophie von Isenburg 2011 in Potsdam dabeihaben wollte. Der Künstler begeisterte die Hochzeitsgäste, sang vor adligen und nichtadligen Freunden des Paares.

Seit 2010 arbeitet Raabe mit der Musikerin Annette Humpe zusammen. Sie kreierten Lieder für zwei Alben. Moderne Texte, jedoch ganz im Stile der alten Schlager. Am Ende des Abends tobt das Auditorium und stampft mit den Füßen, damit die Musiker wieder und wieder erscheinen. Das tun sie dann auch, und gewohnt trocken formuliert Raabe: „Verehrtes Publikum, wir möchten Sie höflich bitten, noch ein Lied vortragen zu dürfen.“

Ein leises Schlaflied schickt das Publikum nach draußen in den Trubel der Straßen, wo ein jeder sich nun wie in den wilden Zwanzigern wähnt. *Silvia Friedrich*

Nächste Auftritte: 25. und 26. April in Düsseldorf, 4. und 5. Mai in Wien, 6. und 7. Mai in Frankfurt/Main, 8. Mai in Limburg, 9. Mai in Darmstadt. Weitere Termine erst wieder ab dem 25. Juni. Ticket-Hotline (01806) 570070. Internet: www.palast-orchester.de

Das doppelte Grottchen

Frankreichs künstliche Grotte – Nachbau der Chauvet-Höhle mit den ältesten Felsmalereien der Welt wird eröffnet

Auf dem Gebiet der Gemeinde Vallon Pont d'Arc im südfranzösischen Département Ardèche ist ein Nachbau der für ihre Felsbilder berühmten Chauvet-Höhle fertiggestellt worden. Am 25. April findet die feierliche Eröffnung der Faksimile-Grotte mit dem Namen La Caverne du Pont d'Arc statt. Der Name bezieht sich auf den nahe gelegenen Pont d'Arc, einen monumentalen, 54 Meter hohen Natursteinbogen über dem Fluss Ardèche. Hier fließt die Ardèche, ein rechter Nebenfluss der Rhone, in der Schlucht Gorges de L'Ardèche unter hohen Kalksteinklippen durch die bewaldete Berglandschaft.

Das Höhlenmuseum Caverne du Pont d'Arc ist zukünftig die Hauptattraktion eines großzügig angelegten Besucher- und Bildungszentrums rund um die Thematik der Grotte Ornée du Pont-d'Arc, genannt Chauvet-Höhle. Wie die touristische Vertretung des Projekts mitteilte, wurde die Ausstellungsfläche den geologischen und archäologischen Gegebenheiten ihres streng geschützten Vorbildes so genau wie möglich angeglichen. Bestehend aus einem Netzwerk von Kammern und hohen Sälen, ist die maßstabsgetreue Kopie der Chauvet-Höhle mit einer Fläche von 3500 Quadratmetern jedoch fast zweieinhalbmal kleiner als das Original, soweit diese bisher erforscht ist.

Wie in der echten Tropfsteinhöhle ist die Luftfeuchtigkeit hoch, und mit 13 Grad herrscht eine recht niedrige Temperatur. Im Halbdunkeln werden die Besucher über Stege schreiten und in den Felsnischen Feuerstellen, menschliche Fußspuren und Tierknochen erblicken. Glanzstücke bei der Begehung sind die reproduzierten Malereien, Zeichnungen und Gravuren an den „Felswänden“, die mit Hilfe von Computermodellen und digitalen Fotos aus Acrylharz und Beton nachgebildet wurden. Als Logo für die Museumsgrotte La Caverne du Pont d'Arc wählte man das Löwinnen-Fresko aus dem hintersten Saal der Chauvet-Höhle.

War die landschaftlich reizvolle Ardèche bislang vorwiegend ein Urlaubsziel für Wanderer und Naturliebhaber, so wird diese Gegend im nordöstlichen Languedoc nun deutlich mehr Zulauf von kulturell interessierten in- und ausländischen Touristen erhalten. Man geht von jährlich 350000 Besuchern der Anlage aus. Die zwei Kilometer Luftlinie von Vallon Pont d'Arc entfernte Chauvet-Höhle ist als prähistorische Fundstätte ein herausragendes Zeugnis der Menschheitsgeschichte. 1994 ging die Meldung von der Entdeckung der 25 Meter unter einem Kalksteinplateau gelegenen Bilderhöhle um die Welt.

Man spricht von einer Höhle der Superlative, da ihre Wände mit ungewöhnlich zahlreichen, qualitätsvollen und zudem ausgezeichnet erhaltenen Tierdarstellungen und Symbolen aus der Jungsteinzeit verziert sind. 2014 erfolgte die Aufnahme der Chauvet-Höhle in das Unesco-Welterbe. Laut C14-Datierung entstanden die Felsbilder vor 36000 Jahren. Damit handelt es sich um die nach heutigem Kenntnisstand ältesten bildlichen Darstellungen weltweit. Bis zu ihrer Entdeckung durch drei Höhlenforscher war die Höhle während 20000 Jahren von Umwelteinflüssen abgeschottet, da der in einer Felswand gelegene Eingang durch einen Steinsturz versiegelt war.

Nach ihrer Entdeckung blieb die Begehung der Höhle einigen wenigen Spezialisten vorbehalten, um einer Zersetzung der Malereien und Zeichnungen durch Atemluft und Bakterien zu vieler Besucher wie im Fall der Höhle von Lascaux vorzubeugen. Der Eingang ist durch eine Panzertür verschlossen und wird mit Überwachungskameras gesichert. Hinter dem Eingang verläuft ein schmaler Tunnel zu einem steilen Abstieg, der zehn Meter in die Tiefe führt und dann in das Höhlenareal übergeht. Dieses erstreckt sich über 800 Meter. Einer der vier Säle der Höhle ist 18 Meter hoch. An den Felswänden haben Künstler der Steinzeit, vermutlich im Zusammenhang mit Feiern und Riten, mit Kohle, Erzen und Ocker insgesamt 470 Tierdarstellungen und Symbole angebracht. Dabei wurden teilweise ältere Bilder übermalt. Einige Künstler, Männer und Frauen, haben ihre Handabdrücke verewigt. Um die Tiere plastisch darzustellen, nutzten die Künstler häufig das Relief des Gesteins. Abgebildet sind Wildpferde, Löwen und Löwinnen, Höhlenbären, Rentiere, Bisons, Moschusochsen, Bären, Mammuts, Panther, Wollnashörner, Auerochsen, Steinböcke. Manche Tiere sind in Bewegung, andere grasen. Insgesamt ergibt sich ein außergewöhnlich reiches Artenspektrum.

Ältestes Graffito ganz neu: Rekonstruierte Löwengruppe (großes Foto) in der künstlichen Faksimile-Höhle (oben rechts) Bilder (2): SYCPA/Sébastien Gayet

Um die großartigen Werke der Höhlenkunst einem interessierten Publikum nahezubringen, entstand bereits vor 15 Jahren der ehrgeizige Plan einer Nachbildung der Chauvet-Höhle als Mittelpunkt eines Besucherzentrums. Die Umsetzung des Großprojekts Pont d'Arc an der Straße zum pittoresken Dorf Bourg-St. Andéol erfolgte seit 2010. Weiter nördlich bei Montélimar verläuft eine Zufahrt zur Autoroute de Soleil (A7), so dass eine gute Verkehrsanbindung vorhanden ist.

Insgesamt ergab sich für die weltweit größte Höhlenrekonstruktion mit dem zugehörigen Besucherzentrum ein Kostenvolumen von 55 Millionen Euro. An der Realisierung des Projekts waren unter anderem wissenschaftliche Berater, Maler, Bildhauer, Architekturbüros, Bühnenbildner und große Baufirmen beteiligt. Bei den Planungen für die fünf Gebäude des Besucherzentrums hat man die naturräumliche Umgebung mit einbezogen und als Inspirationsquelle genutzt. Als besonderer Clou ist das Ensemble der Baulichkeiten in Form einer Bärentatze arrangiert worden, in Anlehnung an die Bären, die einst in der Chauvet-Höhle überwinterten.

Mit ihren kantigen Formen ahmt die Architektur des Hauptgebäudes eine aus der Landschaft aufragende Kalksteinklippe nach. Im Museum für Umwelt und Kultur der frühen Jungsteinzeit werden die in der Grotte abgebildeten Tiere in Originalgröße gezeigt, Mythen und Alltagsleben der Menschen sind szenisch nachgestellt. *D. Jestrzemski*

Mit Bierflasche erschlagen

Als der Krieg fast vorbei war, wurden viele Deutsche Opfer sinnloser Verbrechen. Ein solches Schicksal widerfuhr Harry Liedtke, der einst der erste große deutsche Stummfilmstar gewesen war. Nachdem die Russen vor 70 Jahren Berlin eingenommen hatten, wurde er von einem Sowjetsoldaten angeblich mit einer Bierflasche erschlagen, weil er sich in seinem Wohnort bei Berlin schützend vor seine Frau stellte.

Am 28. April 1945 spielte der Ostpreuße seine letzte große Rolle: heldenhaft die Ehre einer Frau verteidigend in den Tod gehend. Auf ähnliche Weise war Liedtke, der wohl in über 300 Filmen auftrat, schon etliche Filmtode gestorben. Meist spielte er aber in Komödien den charmanten Herzensbrecher – Typ Curt Jürgens –, der zuletzt die Braut zum Traualtar führt.

„Mein Vater nannte mich faul, meine Tanten verträumt“, erinnerte sich der vermutlich 1881 in Königsberg Geborene. Also wurde er nach dem Tod des Vaters Schauspieler. Über den Umweg New York, wo er im German Theater spielte, ging er in Berlin bei Max Reinhardt in die Lehre und fing Feuer für den Stummfilm. Nach seinem Filmdebüt 1912 mauserte er sich mit Tagesgagen von bis zu 1500 Mark zum bestbezahlten Star des europäischen Kinos. Der acht Jahre mit Käthe Dorsch verheiratete Liedtke drehte rund zehn Filme pro Jahr und feierte mit Marlene Dietrich in „Ich küsse Ihre Hand, Madame“ 1929 einen seiner letzten Stummfilmerfolge. Der Durchbruch im Tonfilm gelang ihm wegen seiner schlecht ausgebildeten Stimme nicht, er wirkte aber mit Heinz Rühmann in „Quax, der Bruchpilot“ 1941 noch in einem äußerst beliebten Propagandafilm mit. Doch als er starb, war sein Stern längst gesunken. *H. Tews*

NRW würdigt Preußenzeit

Vor zwei Jahrhunderten wurde Preußen auf dem Wiener Kongress die spätere Rheinprovinz zugeschlagen (siehe *PAZ* Nr. 14 vom 4. April). Der 1906 vom preußischen Provinzialkonservator Paul Clemen gegründete Rheinische Verein für Denkmalpflege und Landschaftsschutz (RVDL), dessen Vereinsgebiet bis heute die ehemalige preußische Rheinprovinz umfasst, nimmt „200 Jahre Preußen am Rhein“ zum Anlass, zusammen mit Kooperationspartnern wie der Stiftung Preußen Museen NRW, dem Centrum Schwule Geschichte Köln oder dem Haus der Springmaus das Jahr 2015 unter das Leitthema „Preußen“ zu stellen. „Danke* Berlin“ ist das Motto, mit dem der RVDL an eine 200-jährige Beziehung mit Folgen erinnert. 2015 sollen im gesamten Gebiet der ehemaligen preußischen Rheinprovinz verschiedenste Veranstaltungen die unterschiedlichen Aspekte dieser Zeit beleuchten.

Das Gesamtprojekt steht unter der Schirmherrschaft der Ministerpräsidentinnen von Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz. Im Rahmen der Regionalen Kulturpolitik des Landes NRW wird es vom Landesministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport sowie von der Nordrhein-Westfalen-Stiftung Naturschutz, Heimat- und Kulturpflege gefördert.

Neben Tagungen, Thementagen, Vorträgen und Vortragsreihen, Lesungen, Schauspielen und Konzerten sowie Führungen und Exkursionen sind auch zahlreiche Ausstellungen geplant wie „Das ganze Deutschland soll es sein“ im Museum für Kunst und Technik im 19. Jahrhundert (Baden-Baden), „Krupp und Sayn. Ein Kapitel

200 Tage lang Veranstaltungen zum 200. Jubiläum

preußischer Industriegeschichte“ im Rheinischen Eisenkunstgussmuseum (Bendorf-Sayn), „150 Jahre danach – das Rhein-Album von Caspar Scheuren neu bearbeitet“ im Kreishaus Bergisch-Gladbach, „1865: Mord in Bonn vor 150 Jahren: der Koch, die Könige und der letzte deutsche Sommer vor Bismarck“ im Stadtmuseum Bonn, „Tiefernst und stumm ist hier die Welt ... Die preußische Rheinprovinz im Blick der Düsseldorfer Malerschule“, Museum Zitadelle (Jülich), „Die freie Presse ist das überall offene Auge des Volksgeistes“ im Historischen Zentrum Wuppertals, „Das preußische Jahrhundert – Jülich, Opladen und das Rheinland zwischen 1815 und 1914“ im Museum Zitadelle Jülich und der Villa Römer (Leverkusen), „Preußens Gloria am Rhein? Vor 200 Jahren begann die preußische Herrschaft am Rhein“ in der Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord (Koblenz), „Achtung: Preußen! Beziehungsstatus: kompliziert! Eine Kölner Revue in 2 x 11 Bildern“ im Kölnischen Stadtmuseum, „Preußenadler über dem Rhein – Eine Spurensuche rund um den Drachenfels mit Fotografien von Axel Thünker“ im Siebengebirgsmuseum (Königswinter), „Des Königs Traum. Friedrich Wilhelm IV und der romantische Rhein“ im ArpMuseum Bahnhof Rolandseck (Remagen) sowie „Wilhelm II. und das Rheinland. Kaisertum und Modern“ im Preußenmuseum Wesel.

Die Abschlussveranstaltung bildet 200 Jahre und 200 Tage, nachdem das in Wien ausgefertigte Besitzpatent König Friedrich Wilhelms III. im Rheinland eintraf, also am 18. Oktober, ein Bürgerfest auf der Preußenfestung Ehrenbreitstein in Koblenz. *PAZ*

Eine Stadt und ihre Schiffskatastrophen

Wie Cobh mit dem Untergang der »Lusitania« vor seiner Küste umging und bis heute umgeht

Gesichter und Haltung der beiden Männer zeigen deutlich, dass sie gerade Schreckliches erlebt haben. Sie stehen noch sichtlich erschüttert, aber beschützt von einem Engel als Skulpturen des Lusitania Memorials mitten auf dem Casement Square in der südirischen Hafenstadt Cobh.

Das Denkmal in der Stadt, die vor 100 Jahren noch Queenstown hieß, so benannt vor dem einzigen Besuch von Queen Victoria im Jahr 1849, und erst mit der irischen Unabhängigkeit 1922 ihren ursprünglichen Namen zurückerhielt, erinnert an die „Lusitania“, die zu ihrer Zeit ein Passagierschiff unter vielen war, deren Name aber heute in jedem Geschichtsbuch zu finden ist. Denn nachdem das deutsche U-Boot U 20 am 7. Mai 1915 das Passagierschiff mit einem einzigen Torpedoschuss zehn Meilen vor Queenstown auf den Meeresgrund geschickt hatte, verschlechterten sich zeitweilig die Beziehungen der USA zum Deutschen Reich. Bei dem Untergang hatten 1198 Menschen, darunter 124 Amerikaner, den Tod gefunden.

Der promovierte Historiker Michael Martin erzählt auf Stadtrundgängen, welche Bedeutung

Auch zur »Titanic«-Katastrophe gibt es eine Beziehung

das Schiffsschicksal für die südirische Stadt hatte. Er erzählt nicht aus der abgehobenen Perspektive von Fachbüchern, sondern aus der Sicht der Menschen aus Queenstown: „Die Bewohner haben sich um die Überlebenden gekümmert, die hier an Land gebracht wurden. Sie gaben ihnen Getränke, Essen und warme Kleidung. Wer ärztliche Hilfe brauchte, wurde in die örtlichen Krankenhäuser gebracht, wer ohne Verletzungen davongekommen war, fand Quartier in Hotels und Gasthäusern. Als die alle belegt waren, nahmen auch Familien noch Überlebende auf.“ Sie verpflegten sie tagelang und milderten neben der großen auch so manche kleine Katastrophe, beispielsweise, indem sie sich eines kleinen Jungen annahmen, der durch die Straßen von Queenstown irrte und seine Mutter suchte.

In den Tagen und Wochen darauf beteiligten sich die Fischer mit ihren Booten an der Suche nach Toten und bargen etwa 280 von ihnen. Michael Martin: „Für jede geborgene Leiche erhielten sie ein Pfund Belohnung, für Amerikaner das Doppelte. Hätte jemand die Überreste des amerikanischen Multimillionärs Alfred Vanderbilt aus dem Wasser gezogen, er hätte 1000 Pfund erhalten. Den Betrag hatte seine Familie ausgelobt. Doch niemand fand ihn.“

Michael Martin erzählt auch von den Diskussionen um das Schiff, von dem behauptet wurde, es hätte entgegen den Blockadebestimmungen neben den Passagieren auch Waffen und Sprengstoffe transportiert, er erzählt von den bis heute ungelösten Widersprüchen. Diese Tatsachen sind mittlerweile durch amerikanische Unterlagen verbürgt, und bei Tauchexpeditionen wurden große Mengen Munition gefunden.

Der Historiker erzählt auch mit allen Vorbehalten die Legende von dem Überlebenden Frank Tower, der an Bord als Schmierer im Maschinenraum gearbeitet haben soll und dem man den Beinamen „Lucky Tower“ gegeben habe. Immerhin sollte er schon den Untergang der „Titanic“ und der „Empress of Ireland“ überlebt haben. Mittlerweile ist dies als eine moderne Wandersage ohne wirklichen historischen Hintergrund entlarvt.

Das Schicksal der „Lusitania“ ist in den kollektiven Erinnerungen der Stadt stark gegenwärtig. Man spürt, wie sich die Zeitzeugen bemühten, den Vorfall vor ihrer Stadt aufzuarbeiten. Auf dem Old Church Graveyard nahe dem Zentrum liegen die Gräber von 193 Menschen, die bei der Tragödie ihr Leben verloren. 45 von ihnen konnten nie identifiziert werden. Sie liegen in Särgen, die mit einer Nummer markiert waren, in einem Massengrab.

Im Cobh Heritage Centre, dem Museum, das von Auswanderern, Schiffsschicksalen und der Geschichte der Stadt erzählt, ist der „Lusitania“ eine ganze Ausstellung gewidmet. Fotos zeigen, wie die eingesammelten Rettungsboote im Hafenbecken festgemacht werden, wie die Presse in jenen Tagen über den Vorfall berichtete, wie sie die Reaktionen der Amerikaner schilderte. Zeichnungen sind ausgestellt, in denen Pressezeichner skizzierten, wie sie sich den Ablauf der Katastrophe vorstellten.

Es ist ein einfaches, kleines Wohnzimmer aufgebaut, in dem eine Szenerie zeigt, wie sich die Bewohner fürsorglich um Gerettete kümmern, eine andere Szene zeigt die Halle des Queens Hotel, in dem Überlebende, denen nur eine um die Schultern gelegte Decke geblieben ist, auf eine Unterkunft hoffen.

Es war die zweite schwere Schiffskatastrophe mit mehr als 1000 Todesopfern innerhalb weniger Jahre, die sich in engem Zusammenhang mit dieser der Seefahrt sehr verbundenen Stadt ereignete. Im Jahr 1912 war die „Titanic“ wenige Tage, nachdem sie Queenstown verlassen hatte, mit einem Eisberg kollidiert und hatte 1500 Menschen mit in die Tiefe gerissen. Und nun war es die „Lusitania“. Zwei solche schwerwiegenden Vorfälle innerhalb weniger Jahre, gewissermaßen in einer Epoche, reizten Wissenschaftler zu Vergleichen. Ein Forscherteam um den Züricher Soziologen Bruno Frey untersuchte die Passagierlisten der Schiffe „Titanic“ und „Lusitania“. Auf dem zweiten Schiff verloren 1198 von 1949 Passagieren ihr Leben. Wieder waren zu wenige Rettungsboote an Bord. Dennoch gab es einen entscheidenden Unterschied zwischen beiden Katastrophen. Auf der „Titanic“ war die Überlebenschance für Frauen um 50 Prozent höher als bei Männern. Kinder hatten eine um 14,8 Prozent höhere Chance. Trotz der drohenden Katastrophe hatten sich die Passagiere an den Befehl gehalten: Frauen und Kinder zuerst! Zwar hatte auch der Kapitän der „Lusitania“ diesen Befehl gegeben, doch überlebten besonders viele Männer zwischen 16 und 35 Jahren. Frauen hatten nur eine um zehn Prozent höhere Überlebenschance als Männer. Auch die Chancen der Kinder lagen bedeutend niedriger als auf der „Titanic“.

Als Grund für das unterschiedliche Verhalten nehmen die Forscher um Bruno Frey die Dauer der jeweiligen Katastrophe an. Die „Lusitania“ ging innerhalb von 18 Minuten unter. Unter den Passagieren brach Panik aus, und jeder kämpfte instinktiv um das eigene Überleben.

Die „Titanic“ dagegen sank zwei Stunden und 40 Minuten lang. Ihre Passagiere hatten weit mehr Zeit, sich der Situation bewusst zu werden. Auch ihnen muss letztendlich klar gewesen sein, dass sie sich in Lebensgefahr befanden. Trotzdem verzichteten viele Männer auf das Recht des Stärkeren und ließen Frauen und Kindern den Vortritt.

Das Fazit der Wissenschaftler: In einer gefährlichen Situation erwachen beim Menschen zuerst die Urinstinkte. Im ersten Moment denkt jeder nur daran, seinen eigenen Kopf zu retten. Ist jedoch genug Zeit zum Nachdenken, besinnen sie sich auf die sozialen Normen. Dann siegt die Moral über den Egoismus, der im Zuge der Sozialisation gebildete zivilisatorische Lack über den Überlebenstrieb.

Cobh gedenkt der Tragödie mit einer Reihe von Veranstaltungen wie Lesungen und Vorträgen. Am 7. Mai 2015 fährt eine Flotte von Booten hinaus aufs Meer und kommt mit dem Sonnenuntergang zurück in den Hafen der Stadt. Der Korso erinnert daran, wie die Überlebenden an Land gebracht wurden.

Am 10. Mai zieht eine Begräbnisprozession vom Lusitania-Denkmal zum Old-Church-Friedhof, genau 100 Jahre, nachdem die Bewohner Queenstowns die Opfer des Untergangs der „Lusitania“ zu Grabe getragen haben. *Eigel Wiese*



Mitten auf dem Casement Square: Lusitania Memorial Bild: Wiese



Vor 100 Jahren vor der Küste von Cobh: Der Untergang der „Lusitania“ Bild: Archiv

Lieber ehrenvoller Freitod als Kapitulation

Mit Walter Model starb einer der letzten Repräsentanten des klassischen Offizierstypus

„Ein Feldmarschall geht nicht in Gefangenschaft", war Walter Models Standpunkt. Der Wehrmachtsoffizier vertrat ihn nicht nur, er handelte auch danach. Statt zu kapitulieren, löste er seine Heeresgruppe B auf. Sein letzter Weg führte in den Wald.

Am 1. April 1945 hatten die von Westen vorrückenden angloamerikanischen Streitkräfte in einer Zangenbewegung die Heeresgruppe B, die seit dem 17. August 1944 unter dem Oberbefehl von Generalfeldmarschall Walter Model stand, eingeschlossen. Damit waren rund 300 000 deutsche Soldaten im sogenannten Ruhrkessel, den der Gegner in der Folge immer weiter zuzog, praktisch von der Außenwelt abgeschnitten. Nach einer Bombardierung des letzten Hauptgefechtsstandes bei Wuppertal zog sich Model mit seinem Führungsstab in den frühen Morgenstunden des 16. April 1945 ins Schwarzbachtal im Süden von Ratingen zurück. Hier wurde am nächsten Tag – die Amerikaner marschierten gerade in Düsseldorf ein – beschlossen, die Heeresgruppe aufzulösen, um einer Kapitulation zu entgehen, die für Model nicht in Frage kam, stellte er sich doch auf den Standpunkt, den er seinem Sohn gegenüber bereits nach der Kapitulation des Generalfeldmarschalls Friedrich Paulus in Stalingrad zum Ausdruck gebracht hatte: „Ein Feldmarschall geht nicht in Gefangenschaft."

Model bat seinen Generalstabschef, Generalmajor Carl Wagener, dem US-amerikanischen General Matthew Ridgway auszurichten, er sehe sich nicht imstande zu kapitulieren, weil er dies nicht mit seinem Fahneneid vereinbaren könne. Beim Abschied fragte Model seinen Stabschef noch: „Haben wir alles getan, was uns zu tun möglich war?" Als Wagener dies bejahte, antwortete sein Oberbefehlshaber: „Was bleibt einem geschlagenen Feldherrn dann noch zu tun? Im Altertum nahmen sie Gift." Danach trennten sich beide, ohne sich wiederzusehen, denn Wagener geriet zwei Tage später in Gefangenschaft. Model zog in der folgenden Nacht mit einer Restführungsstaffel weiter in das Waldgebiet des Reichsgrafen von Spee nördlich von Düsseldorf, wo er im Heltorfer Forst zwischen Lintorf, das seit 1975 ein Ortsteil von Ratingen ist, und dem südlichen Duisburger Stadtteil Rahm seine letzte Station einlegte. Zu den Offizieren, die ihn begleiteten und ihm eng vertraut waren, gehörten sein Adjutant (IIa), Oberst Theodor Pilling, sowie der Dritte (Ic) und der Vierte (Id) Generalstabsoffizier, Oberstleutnant i. G. Roger Michael und Major i. G. Winrich Behr.

Alle drei versuchten in den nächsten Tagen, ihren Oberbefehlshaber von seinem Vorhaben, den Freitod zu wählen, abzuhalten. Michael gab allerdings zu bedenken, dass Model nach der Gefangennahme wohl an die Sowjets ausgeliefert würde, die ihn als Kriegsverbrecher betrachteten, hatte er doch die meiste Zeit Kommandos an der Ostfront innegehabt. Am Abend des 20. April 1945, dem 56. Geburtstag Hitlers, hörte man gemeinsam die Radioansprache von Reichspropagandaminister Josef Goebbels, in der er die Selbstauflösung der Heeresgruppe B scharf verurteilte und in diesem Zusammenhang von der „verräterischen Ruhrarmee" sprach. Nun erst wurde Model bewusst, wem er in all den Jahren gedient hatte, was sich in den Worten niederschlug: „Ich hätte nicht geglaubt, dass ich so enttäuscht würde, denn ich diente nur Deutschland ... Ich glaube aufrichtig, dass ich einem Kriminellen gedient habe. Ich habe meine Soldaten mit gutem Gewissen geführt – aber für eine verbrecherische Regierung."

»Haben wir alles getan, was uns zu tun möglich war?«

Am Vormittag des 21. April ging Model mit Major i. G. Behr im Wald spazieren, wobei er dem Offizier einige Erinnerungsstücke aushändigte mit der Bitte, diese seiner Ehefrau zu überbringen. Dann verabschiedeten sich beide, denn Behr wollte die Gegend in Richtung Duisburg erkunden und feststellen, wo die Amerikaner stünden. Etwa gegen 14 Uhr bat der Generalfeldmarschall seinen Adjutanten, mit ihm ein Stück in den Wald zu gehen. Unter einer Gruppe mächtiger Eichen hielt er an, zog seine Pistole, entsicherte sie und schoss sich in die rechte Schläfe. Pilling holte Oberstleutnant i. G. Michael und den inzwischen von seiner Aufklärungstour zurückgekommenen Major i. G. Behr, und gemeinsam begruben sie „im Rahmen einer schlichten Feierstunde" den Leichnam ihres Oberbefehlshabers am Fuße einer der hohen Eichen. Die Amerikaner fahndeten in der kommenden Zeit fieberhaft nach Model und versprachen demjenigen, der ihn aufspüre und festnehme, einen Orden.

Am 24. April 1951 gab Pilling in einer eidesstattlichen Erklärung vor dem Badischen Notariat I in Freiburg i. Br. zu Protokoll, dass sich Generalfeldmarschall Walter Model „am 21. April 1945 gegen 16 Uhr in meiner Gegenwart in einem südlich Duisburg zwischen den Orten Lintorf und Wedau gelegenen Waldstück mit seiner Dienstpistole Kaliber 6,35 mm eigenhändig erschossen" hat. „Gemeinsam mit dem damaligen Oberstleutnant Michael und dem damaligen Major Winrich Behr ist die Leiche wenige Stunden später von mir in dem bezeichneten Waldstück bestattet worden." Daraufhin wurde am 8. Mai 1952 der Sterbefall beim Standesamt Dresden N. zur Beurkundung angezeigt, weil die Familie Model dort ihren letzten offiziellen Wohnsitz gehabt hatte. Unter dem Datum des 10. Juni 1952 stellte dann das Standesamt Dresden I die Sterbeurkunde aus, in der es hieß, Model sei in dem besagten Waldstück „tot aufgefunden worden". Alle drei Zeugen des Ereignisses vom 21. April 1945 leben inzwischen nicht mehr. Theodor Pilling verstarb 1956 in Hamburg, Roger Michael trat nach dem Krieg in die Dienste der „Organisation Gehlen" (seit 1952 BND), kehrte von einer seiner „nachrichtendienstlichen Erkundungsreisen" nicht mehr zurück und gilt seither als verschollen. Winrich Behr starb erst 2011 im Alter von 93 Jahren.



Das wohl letzte Bild von ihm: Walter Model (1891–1945) Bild: Archiv

Am 26. Juli 1955 wurden die sterblichen Überreste Models in Gegenwart seines Sohnes sowie des ehemaligen Majors i. G. Behr und eines Beauftragten des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge exhumiert und anschließend auf dem Soldatenfriedhof Vossenack in der Eifel beigesetzt, wo seither eine Tafel mit seinem Namen existiert. Behr war es auch nach zehn Jahren noch gelungen, die genaue Stelle, an der man den Leichnam bestattet hatte, ausfindig zu machen, weil nämlich die hohen Eichen, unter denen sich das Ereignis abgespielt hatte, noch standen (sie existieren heute längst nicht mehr). Außerdem hatte Behr seinerzeit in eine der Eichen ein „M" eingeritzt, das er 1955 wiedererkannte. Nach der Exhumierung entschied man sich bewusst für eine Überführung auf den Ehrenfriedhof Vossenack, weil dort die meisten Gefallenen ruhen, die 1944/45 unter dem Befehl Models standen. Damit fand, wie es der Sohn später in einem Aufsatz formulierte, sein Vater seine letzte Ruhe unter seinen Soldaten, „denen zeit seines Lebens seine Arbeit und seine Fürsorge gegolten haben". Mit dem Grafen Spee hatte er damals noch überlegt, ob man am eigentlichen Todesort ein kleines Kreuz oder einen Gedenkstein aufstellen sollte, doch ließ man den Gedanken bald wieder fallen, weil die Gefahr bestand, dass hier ein „Wallfahrtsort" für Rechtsextremisten entstehen würde, was man unter allen Umständen vermeiden wollte. Models Sohn, der später Brigadegeneral in der Bundeswehr wurde, hat nach eigenen Aussagen jenen Ort, an dem sein Vater seinem Leben ein Ende setzte, nach 1955 nur noch einmal aufgesucht, doch habe er da schon Schwierigkeiten gehabt, die Stelle wiederzufinden, weil sich die Umgebung zwischenzeitlich stark verändert hatte. Heute, so gestand er dem Verfasser dieser Zeilen in einem persönlichen Gespräch, würde er den Platz auf keinen Fall mehr finden. Stattdessen fahre er regelmäßig an das Grab in der Eifel. Da es ebenso wenig Photos von dem 1945 stattgefundenen Feldbegräbnis gibt wie von der Exhumierung der Gebeine im Jahre 1955, bei der die Fundstelle allerdings noch vermessen wurde, bleibt der historische Ort des Geschehens folglich für alle Zeiten unmarkiert.

Für Generalfeldmarschall Model, dem eine unrühmliche Nähe zum Nationalsozialismus nachgesagt wird, der aber Hitler auch unverhohlen widersprach und sich sogar weigerte, ihm unsinnig erscheinende Befehle auszuführen, bestand die Soldatenehre „in schweigender Pflichterfüllung und Gehorsam". Mit ihm starb einer der letzten Repräsentanten des klassischen Offizierstypus, die wie nur wenige andere verkörperte.

Wolfgang Reith

Seine Familie inspirierte ihn zu »Die Barrings«

Vor 100 Jahren starb der ostpreußische Autor William von Simpson

Manchmal überschattet der Ruhm eines Werkes dessen Urheber nahezu vollkommen. Das gilt auch für den gebürtigen Ostpreußen William von Simpson und seinen überaus erfolgreichen Familienroman „Die Barrings", erschienen 1937 im Potsdamer Verlag Rütten & Löning. 1939 folgte der Fortsetzungsband mit dem Titel "Der Enkel der Barrings". Es ist die kenntnisreich und feinsinnig erzählte Geschichte vom Niedergang und dem mühseligen Neuanfang einer ostpreußischen Gutsbesitzerfamilie in der Wilhelminischen Zeit.

William von Simpson wurde am 19. April 1881 als ältestes von sechs Kindern des Rittergutsbesitzers und Reichstagsabgeordneten George Alexander von Simpson auf der Domäne Nettienen im Kreis Insterburg geboren. Nur einige wichtige Daten und Fakten aus seiner Vita sind bekannt. William von Simpson führte ein unstetes Leben, bevor er im Jahr 1941 Scharbeutz an der schleswig-holsteinischen Ostseeküste zu seinem Lebensmittelpunkt machte. Kurz nach dem Einmarsch der britischen Truppen in Schleswig-Holstein starb er am 11. Mai 1945 in seiner Villa Groß-Beeren infolge eines Schlaganfalls.

Hinsichtlich Handlung, Handlungsort und Figuren ließ sich



William von Simpson Bild: Archiv

Simpson bei seinem Hauptwerk von der eigenen Familie und deren Geschichte inspirieren. So verortete er den zentralen Schauplatz seines Romans, Gut Wiesenburg, im nordöstlichen Ostpreußen. Vorbild für Wiesenburg war der elterliche Besitz Gut Georgenburg im Kreis Insterburg. Im 19. Jahrhundert gehörte Georgenburg drei Generationen hindurch der Familie von Simpson. Er selbst wäre Herr auf Georgenburg geworden, wenn sein Vater Gut und Gestüt nicht wegen wirtschaftlicher Schwierigkeiten und gesundheitlicher Probleme 1899 veräußert hätte.

20 Jahre arbeitete William von Simpson an den beiden Romanen, seinem Lebenswerk. „Die Barrings" zählte im Dritten Reich zu den literarischen Werken mit den höchsten Auflagen. Anschließend fluteten von 1949 bis in die 80er Jahre Dutzende Neuauflagen des Dauerbrenners den Büchermarkt. Der erste Band verkaufte sich dabei ungleich besser als der zweite. Wahrscheinlich wurden bis zu zwei Millionen Exemplare von „Die Barrings" abgesetzt. Gleich in mehrere Sprachen wurde der Roman übersetzt. 1956 knüpfte der 1919 geborene Sohn des Autors, Hubertus William von Simpson, mit einem zweiten Fortsetzungsband mit dem Titel „Das Erbe der Barrings" an das populäre Werk seines Vaters an. Behandelt wird darin die weitere Familiengeschichte vom Ende des Ersten Weltkriegs bis in die 1950er Jahre.

Die Erzählkunst William von Simpsons wurzelt in der Tradition des 19. Jahrhunderts. Auf fast 1500 Seiten hat der Autor den Werdegang der Familie von Barring auf Gut Wiesenburg von 1875 bis 1914 dargestellt. Nach wie vor wird seine Ostpreußensaga von vielen Lesern und Kinobesuchern in schönster Erinnerung bewahrt. 1955 schuf Regisseur Rolf Thiele aus dem Stoff ein Filmdrama ganz nach dem Geschmack der damaligen Zeit mit Nadja Tiller und Dieter Borsche in den Hauptrollen. Ein Jahr später legte er mit der filmischen Fortsetzung „Friederike von Barring" nach.

Der Autor und Spross eines schottischen Geschlechts aus Angus-Coupar im Distrikt Pertshire, von dem vermutet wird, dass es um 1600 als Protestanten wie etliche andere Familien seine Heimat Schottland aus Glaubensgründen verlassen hatte, absolvierte eine landwirtschaftliche Ausbildung und erwarb nach der Jahrhundertwende Gut Groß Lauth im Kreis Preußisch-Eylau, Regierungsbezirk Königsberg. 1913 bis 1918 gehörte ihm Gut Peest bei Köslin in Pommern mit Bullenzucht und Saatguterzeugung. Seine Erfahrungen während eines Rittes von Peest nach Konstantinopel im Juli 1914 fasste er in seinem 1915 veröffentlichten Buch „Im Sattel vom Ostseestrand bis zum Bosporus" zusammen. Als Soldat kämpfte er im Ersten Weltkrieg an der russischen Front. Simpson war ein Pferdekenner ersten Ranges. In der „Lippischen Tageszeitung" erschien von ihm 1917 ein Vortragstext mit dem Titel "Tagesfragen zur deutschen Landespferdezucht". 1919 bis 1921 war er Landstallmeister des Lippischen Gestüts Lopshorn und Mitglied der Körungskommission.

Über drei Generationen war seine Familie Herr auf Gut Georgenburg

Ab 1916 war er mit Margot von Simpson geborene von Gustedt geschiedene Herder verheiratet. Sie hatten zwei Kinder. Margot von Simpson war ebenfalls schriftstellerisch tätig. Aus ihrer Feder stammen fünf Romane, darunter die 1935 verfilmte Romanbiografie „Fürst Woronzeff".

1923 bis 1927 lebte die Familie in Blumenau, Brasilien. Anschließend reiste William von Simpson allein nach Südafrika. Für die nächsten drei Jahre waren zwei Wohnsitze in Österreich nachgewiesen. Vorwiegend von den Tantiemen ihrer Bücher bestritten das Ehepaar und die Kinder ihren Lebensunterhalt, als er ab 1930 bis 1934 als Sachbearbeiter beim Kommissar für die Osthilfe in Schneidemühl (Pommern) tätig war. 1935 erfolgte die Scheidung. William von Simpson ließ sich in Scharbeutz nieder, wo er bis zu seinem Tode wohnen blieb.

Dagmar Jestrzemski

Bestraft im Rechtsmittelstaat

Zu: „Vertuschen und Versagen“, (Nr. 13)

Die Titelgeschichte der *PAZ* zeigt erneut auf eindrucksvolle Weise, welche Flut an Menschen auf die EU, speziell auf Deutschland zukommt. Derartige Bilder verfolgen uns nun schon in allen Medien seit Wochen, ja Monaten. Eines haben aber alle Bilder gemein, und das fällt auf: Es handelt sich ausnahmslos um Männer. Und das in einem arbeitsfähigen Alter. Auch das von mir wahrgenommene Lampedusa-Zelt in Hamburg beherbergt nur Männer.

Frage: Werden diese Männer nicht in ihren Herkunftsländern dringend gebraucht, wenn man denn die vielgepriesene „Qualifikation“ unterstellt? Und zweitens: Wo sind die Frauen, Kinder und alten Menschen?

Unterstellt man bei dem abgebildeten Personenkreis den Asylanten- oder Flüchtlingsstatus, so wirft sich die weitere Frage auf: Werden Frauen, Kinder, alte Menschen nicht verfolgt? Werden nur Männer verfolgt? Und müssen nur Männer flüchten?

Und wenn man den thüringischen Ministerpräsidenten Ramelow mit seinem „Winter-Abschiebe-Stopp-Programm“ ernst nimmt, so muss man bedauernd zur Kenntnis nehmen, dass die jeweiligen Frauen, Kinder und alten Menschen in den Herkunftsländern leider darben müssen, während es sich die Männer bei der Hege und Pflege durch die deutsche Asyl-Lobby gut gehen lassen.

„Vertuschen und Versagen“, wie die *PAZ* titelt, ist da noch viel zu milde ausgedrückt. Der Bundesbürger wird täglich aufs Schlimmste belogen und betrogen. Schon die Wortwahl der Politiker und der „Mainstream-Medien“ – mal Asylant, mal Flüchtling, mal Migrant – lässt erkennen, dass kein Konzept vorliegt und jeglicher Wille zur Lösung des Problems fehlt. Nirgends wird thematisiert und angeprangert, dass ein Abschiebestopp gegen Recht und Gesetz verstößt, wogegen der dumme deutsche Michel bei abgelaufener Parkuhr sofort zur Kasse gebeten wird. Der deutsche Rechtsstaat ist zum Rechtsmittelstaat verkommen, eine Gleichheit vor dem Gesetz gibt es nicht mehr.

Ich bin froh, dass sich die *PAZ* des Themas überhaupt annimmt und jenseits der politischen Korrektheit berichtet. Das macht sie lesenswert. **Reinhard Jacobs, Barsbüttel**

Ukraine leidet, Europa zahlt, USA kassieren

Zu: Soros bangt um sein Geld (Nr. 14)

Die kurze Meldung über den Mega- Spekulanten George Soros ist bezeichnend für die aktuellen Geschehnisse in der Ukraine. Es erübrigt sich der Hinweis, dass die Lizenzmedien dieses ohne Anweisung „von oben“ niemals vermeldet hätten.

Da hat sich ein Multimilliardär angesichts der Gier nach noch mehr Reichtum womöglich verspekuliert, weil die ukrainischen Staatsanleihen nicht mehr genug Profit erbringen.

Und nun soll die EU, gemeint ist sicherlich vor allem Merkel-Deutschland, mit einem Milliardenkredit die drohende Staatspleite abwenden. Dazu, da können wir sicher sein, wird es wie in Griechenland aufgrund der deutschen Garantenstellung niemals kommen.

Aber genau das war gemeint mit „mehr Verantwortung in der Welt übernehmen“. Die Gewinne werden grundsätzlich von den USA und deren Hintermännern eingestrichen, während Europa die Schulden zu bedienen hat.

Seltsamerweise stellt niemand die Frage nach der Verantwortung der ukrainischen Oligarchen wie Kolomojskij, Achmetow und auch des Staatspräsidenten Poroschenko. Letzterer betreibt nicht nur Schokoladenfabriken, sondern ist auch in die Rüstungsindustrie eingestiegen. Er lässt Panzer bauen und verkauft sie gewissermaßen an sich selbst. Einfach genial. Und der Westen schweigt dazu.

Auch wird nicht hinterfragt, wo all die Milliarden Wirtschaftshilfe an die Ukraine versickert sind. Ist es Aufgabe des deutschen Steuerzahlers, den unermesslichen Reichtum ukrainischer (und auch amerikanischer) Multimilliardäre zu mehren?

Noch ein Aspekt. Mehr als die Hälfte der ukrainischen Landwirtschaftsflächen, insbesondere die begehrten Schwarzerdeböden, befinden sich inzwischen im Eigentum der Konzerne Monsanto, Syngenta und Du Pont. Somit ist die Lebensmittelversorgung zu Billigpreisen für West-Europa langfristig gesichert. Die deutschen Landwirte werden es sehr bald bitter zu spüren bekommen.

Dafür ist aber sehr zur Freude aller US-Anbeter hierzulande der formal (noch) existierende Staat Ukraine faktisch längst in ein US-Protektorat umgewandelt worden. **Ralf Möllering, Melle**

Rechtswidriger Akt

Zu: 71 Milliarden für NS-Opfer (Nr. 11)

Man darf wohl getrost glauben, dass die *PAZ* hier die offiziellen Regierungszahlen zur NS-Entschädigung vorlegt. Dann aber besteht eine gewaltige Dissonanz zwischen diesen Zahlen und dem Verzicht der Regierung auf die vor 1945 zu Deutschland gehörenden Gebiete plus Inventar jenseits Oder/Neiße-Grenze. Denn die Annexion dieser Gebiete plus sämtlichen Inventars wäre nur gerechtfertigt, wenn deren geschätzter Wert – etwa 1,3 Billionen Dollar – zur NS-Opferentschädigung geschlagen worden wäre.

Da diese etwa 1,3 Billionen bei der offiziellen Regierungszahl (71 Milliarden) aber fehlen, hat die seinerzeitige Regierung bei den Zwei-plus-Vier-Verhandlungen 1990 eindeutig einem völkerrechtswidrigen Akt zugestimmt. Dies sollten sich Wähler, insonderheit jedoch die Vertriebenen und ihres Haus, Hofs und Inventars Beraubten nicht bieten lassen. **David S. Vischer, Berlin**



Praxisnaher Unterricht: Schüler während einer Geschichtsstunde vor den Resten der Berliner Mauer am Potsdamer Platz. Wenn das Fach Geschichte an den Schulen völlig abgeschafft wird, werden solche Exkursion selbst bald der Geschichte angehören Bild: Imago

Was für ein Alter?

Zu: *PAZ*-Leserforum

Ich finde Ihre Themenauswahl sehr interessant und bin immer wieder überrascht, was es doch zu berichten gibt, ohne dass es die Redaktion einer anderen Zeitung oder eines Senders auch für berichtenswert hält. Ein meiner Auffassung nach lesenswerter Teil ist das Leserforum, da ich hier Beruhigung in dem Wissen erfahre, dass ich nicht der einzige bin, „der so denkt“.

Als Student zähle ich mich zu jenen, in deren Pflicht es liegt, sich auch politische Gedanken zu machen und diese dann auch mit anderen auszutauschen. Unabhängig vom Studienziel resultiert jene Pflicht doch aus unserem Intellekt. Allerdings musste ich in den drei Jahren meiner akademischen Existenz feststellen, dass eine bewusste Abkehr von politischen Themen stattfindet und man sich lieber über die letzte „Bauer sucht Frau“-Folge des Fernsehens unterhält. Wer politisch Gleichgesinnte sucht oder auch nur ein politisches Thema in die Runde wirft, wird schnell zum verdächtigen Sonderling, welcher sich für etwas Besseres hält, da er meint, über Politik besser Bescheid zu wissen als andere. Folglich tut es, wie schon oben genannt, gut zu lesen, dass es noch denkende Menschen gibt.

Für mich fehlt es jedoch immerzu an einer exakten einer Information, vollkommen gleich, welches Thema ein Leserbrief hat: das Alter des Autors. Eine Meinung mit einem Menschen zu teilen ist die eine Sache. Doch welcher Generation ordne ich ihn zu? Bewegt uns ein Thema unabhängig von der Prägung einer gewissen Zeit, oder ist es vielmehr unser Alter, welches uns sensibilisiert?

Wenn ich beispielsweise mehrere Leserbriefe zum Kopftuchurteil lese, dann tut diese Bestätigung zwar gut, doch wäre es für mich interessant zu wissen, ob jene Meinungen wirklich generationsübergreifend vorhanden sind. Letztlich halte ich aus Erfahrung den Intellekt meiner Generation noch für verwaschen und gefährlich niedrig. Von daher wäre es schön, doch noch vom Gegenteil überzeugt zu werden. **Philipp Mosig (21 Jahre), Siegen**

Lehren aus der Geschichte kann nur ziehen, wer sie auch kennt

Zu: Mehr junge Polen lernen Deutsch (Nr. 14)

Kurz und prägnant wird in dem Artikel das unterschiedliche Verständnis von Geschichte in Deutschland und in Polen erläutert: Während auf polnischer Seite „mehr auf Chronologie, Faktenfülle und reproduzierbares Wissen gesetzt“ wird, ist an deutschen Schulen eher „die Beurteilung historischer Themen“ gefragt und stehen vorrangig „Ideologie und Bewertung“ auf dem Plan, was sicherlich auch eine Folge davon ist, dass man den klassischen Geschichtsunterricht durch das neue Fach Gesellschaftswissenschaften ersetzt hat.

Dabei sollte sich Geschichte seit Leopold von Ranke eigentlich objektiver Methoden bedienen, denn „der Historiker darf Geschichte nicht unter Schuld und ideologischem Denken subsummieren ..., ein Historiker darf bei machtpolitischen Handlungen in Geschichte und Zeitgeschichte weder Ankläger noch Richter über Schuld und Unschuld sein ... Der Historiker kann nur objektive Tatsachen bereitstellen“, so die Ausführungen eines Lesers in der *PAZ* vom 19. Oktober 2013.

In die gleiche Kategorie fallen die Erfahrungen, die der Direktor der historischen Museen der Stadt Breslau, Dr. Lagiewski, 2009 mit deutschen Geschichtswissenschaftlern machte, als er im restaurierten Königsschloss der Stadt die Dauerausstellung „1000 Jahre Breslau“ eröffnete: „Ein Historiker aus Görlitz und ein Vertreter der Stiftung preußischer Kulturbesitz rieten ihm dringend davon ab, das Eiserne Kreuz, welches 1813 durch den preußischen König im Stadtschloss in Breslau, wo sich die genannte Ausstellung befindet, gestiftet wurde, überhaupt zu thematisieren. Entsetzt zeigten sich die beiden Geschichtsverwalter aus der Bundesrepublik auch ob eines überlebensgroßen Porträts des letzten deutschen Kaisers, das einen ehrenvollen Platz im Bankettsaal des Schlosses gefunden hat“ (*PAZ* vom 1. Mai 2010).

Und der Verfasser des Artikels mit der Überschrift „Deutschland ist ein müdes Land“ fährt fort: „Größer könnte der Kontrast nicht sein. Hier die ‚müden‘, in Nachkriegs-Geschichtsbildern gefangenen deutschen Historiker, dort eine dynamische, gebildete polnische Führungsschicht mit dem festen Willen, aus dem deutschen Erbe der europäischen Region Schlesien das Bestmögliche zu machen. Das passende Stichwort dazu lieferte eine junge polnische Studentin der Tourismuswirtschaft aus Breslau. In einem hochinteressanten Gespräch über Polen, Schlesien und Deutschland äußerte sie, wohl kaum ahnend, wie passend ihre Aussage nach den oben geschilderten Erlebnissen in den Ohren des Autors klang: ‚Germany is a tired country‘ (Deutschland ist ein müdes Land).“

Als langjähriger Schulleiter einer der ersten deutschen Schulen, die 1990 mit einer Schule im demokratischen Polen eine Partnerschaft schloss, kann ich die Schilderungen nur voll und ganz bestätigen. Unsere polnischen Partnerschüler waren vor allem an Fakten aus der deutschen Geschichte interessiert, nicht hingegen an deren Beurteilung. Dabei spielte auch eine Rolle, dass sich die Partnerschule in der Nähe von Posen befindet, wo traditionell der deutsche Einfluss eine Rolle spielt und viele Familien sowohl deutsche als auch polnische Vorfahren haben.

Ich habe mich deshalb auch stets an die Devise gehalten – zur Freude und zum Wohlwollen unserer polnischen Partnerschüler und -lehrer –, allein geschichtliches Wissen zu vermitteln und keinerlei Bewertung vorzunehmen, getreu dem Ausspruch des großen Historikers Thomas Nipperdey in seinem Buch „Kann Geschichte objektiv sein?“: „Es ist anachronistisch, unsere Werte auf fremde Zeiten anzuwenden, Vergangenheit mit unseren Werten zu messen.“ **Wolfgang Reith, Neuss**

Kein Ausmisten des Augiasstalls

Zu: Wieder eingeknickt (Nr. 13)

Das griechische Gaukelspiel zur Abwälzung eigener Schulden auf andere Völker ist seit mehr als 150 Jahren bekannt. Der neugriechische Augiasstall ist auch in den nächsten 150 Jahren nicht auszumisten. Die Dauer von Versprechen griechischer Politiker ist die von einem Tropfen Wasser, der auf die heiße Herdplatte fällt. Die einzig effektive Abwehr von Doppelzüngigkeit (fraus) und Hinterlist (malus dolus) ist die Stellung von dinglichen Sicherheiten, die es immer schon gegeben hat (Hypothek: hypotheke; Verkauf auf Lösung: prasis epi lysei). Solche Sicherheiten sind Territorien, Edelmetalle und Objekte der Infrastruktur, nicht etwa die Akropolis und ähnlicher Killefitz.

Wer deutsche Fahnen öffentlich verbrennt, gehässige Transparente gegen deutsche Spitzenpolitiker präsentiert, infame Karikaturen veröffentlicht, europaweit gegen Deutschland hetzt und unsinnige Forderungen stellt, wo als säumiger und wortbrüchiger Schuldner Demut geboten wäre, der fordert entgegen Vernunft und Billigkeit das ganze deutsche Volk heraus. **Adolf Frerk, Geldern**

Starker Elser

Zu: 13 Minuten zu spät (Nr. 14)

Ich bin dankbar für die Kritik zu dem neuen Film über den Hitler-Attentäter Georg Elser. Abgesehen davon, dass nicht die übliche Schauspielelite vertreten war, deren Gesichter man überdrüssig geworden ist, hat mich gefreut, wie differenziert der Film das Thema der NS-Zeit beleuchtet. Hier findet keine Belehrung über die Untaten des Täter-Volks statt. Ich bin erleichtert, dass es endlich eine Künstler-Generation gibt, welche die Geschichte klischeefrei wiedergibt. **Matthias Schöne, Hannover**

Sturmlauf gegen die Tradition

Zu: Damals und heute – Wo bleibt die Gegenwart (Nr. 13)

PAZ-Autorin Eva Herman fragt, wer die Kräftewelle in Gang gesetzt hat, die zu den Versuchen der 68er führte, alle traditionellen Werte auszulöschen. Ein Anstoß dazu kam von der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD). Die stellte nämlich 1961 fest, dass das, was bisher Erziehung und Schulbildung bestimmt hatte, vornehmlich religiösen und sozialen Zwecken diente, dem wirtschaftlichen Fortschritt aber zuwider liefe. Eine Änderung wäre deshalb von Nöten. War das nicht ein Aufruf zur Demontage der traditionellen Werte? Dieser fiel bei den 68ern bekanntlich auf „fruchtbaren“ Boden.

Weiter ging es dann bei der Umkehrung der Werte mit dem Gender-Unsinn und der Sexual-Erziehung in der Schule. Von manchen wurde das als Fortschritt gefeiert. Zur Erinnerung: Aus ähnlichen Umerziehungsküchen ist auch „Pisa“ entstanden. Hoffentlich merken es noch viele, wie wir manipuliert werden und so die positiven morphogenetischen Felder stärken sollen. **Martin Knappke, Karlsruhe**

Leserbriefe bitte an: Preußische Allgemeine Zeitung, Leserforum, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Das Ostpreußenblatt

Nr. 17 – 25. April 2015

MELDUNGEN

Sponsoring beendet

Königsberg – Russlands staatlicher Atomkonzern „Rosenergo-atom“ hat sein Sponsoring für den Königsberger Fußballverein „Baltika“ beendet. Dies könnte, so vermuten Beobachter, auf einen baldigen Rückzug des Konzerns vom Bau des wirtschaftlich unsinnigen Atomkraftwerks an der Memel und damit ein endgültiges Aus für dieses für die Region desaströse Projekt hindeuten. *T.W.W.*

Störungen des Verkehrs

Allenstein – Straße Nummer S7: Liebemühl [Miłomłyn], Baustelle. Straße Nummer S7j: Hohenstein [Olsztynek] – Zalusken [Załuski], Baustelle. Straße Nummer 7: Liebemühl [Miłomłyn] – Osterode [Ostróda], Baustelle; Powiersen [Powierz] – Napierken [Napierki], Baustelle. Straße Nummer 16: Nikolaiken [Mikołajki], Baustelle; Lyck [Ełk], Renovierung der Brücke. Straße Nummer 51: Heilsberg [Lidzbark Warminski], Olsztynskastraße, Baustelle. Straße Nummer 54: Verkehrsknotenpunkt Braunsberg Süd [Braniewo], Baustelle. Straße Nummer 57: Mensguth [Dzwierzuty] – Leinau [Linowo], Baustelle; Ortelsburg [Szczytno] – Willenberg [Wielbark], Baustelle. Straße Nummer 59: Rhein [Ryn], Baustelle, Zondern [Sadry] – Mierczeiewen [Mierzejewo], Baustelle. Straße Nummer 63: Angerburg [Wegorzewo], Zamkowastraße, Baustelle. *PAZ*

Kulturbarbarei auf Kosten Kants

Schmiererei am sogenannten Kanthaus in Judtschen löst starkes Echo aus

„Kant ist ein Trottel“ – dieses wenig originelle Graffitto in russischer Sprache auf dem sogenannten Kanthaus in Judtschen (Kanthausen), Kreis Gumbinnen, wo der Königsberger Gelehrte in jungen Jahren als Lehrer gewirkt hatte, hat nicht nur in den russischen Medien ein starkes Echo ausgelöst.

Als „Skandal“ wurde die Schmiererei in der russischen Presse des Königsberger Gebietes mehrfach tituliert. Vor allem das regionale Internetportal „Neues Kaliningrad“ hielt sich mit Kritik nicht zurück und sorgte für eine Verbreitung der Nachricht, die dann offenbar über die Vermittlung verschiedener Internetblogs den Weg bis in die westlichen Pressestuben fand. Jedenfalls haben nicht nur traditionell russlandkritische Organe Großbritanniens, sondern auch französische, italienische, skandinavische und sogar südosteuropäische Medien die Schmähung als Kulturbarbarei verurteilt.



Viel Lärm um eine Ruine: Haus in Judtschen, in dem Kant einst gelebt und gelehrt haben soll Bild: T.W.W.

Die Täterin ist der Königsberger Polizei nach zu urteilen eine 17-jährige Studentin der Pädagogik. Sollte sie sich als bereits zum Zeitpunkt ihres Frevels strafmündig erweisen, droht ihr wegen Verstoßes gegen das Denkmalschutzgesetz eine empfindliche Strafe.

Das „Kanthaus“, das vor dem Zweiten Weltkrieg als Pfarrhaus diente, ist zwar dem Mauerwerk nach zu urteilen erst deutlich nach Immanuel Kants Aufenthalt errichtet worden, wird aber heute wegen der Ortsgleichheit vielfach mit dem Aufklärer in Verbindung gebracht. Inwieweit einzelne Elemente, wie etwa der Keller, bereits im 18. Jahrhundert vorhanden waren, ließ sich bislang nicht klären. Die lokale Bevölkerung glaubt, dass Kant in genau diesem Gebäude unterrichtet habe, und so wird es auch in der lokalen Schule gelehrt.

Die maßgeblichen Politiker und Kulturfachleute der Königsberger Gebietsverwaltung haben sich dieser Auffassung angeschlossen. Dies hinderte sie freilich nicht daran, der Verwahrlosung eines insbesondere in diesem Falle bedeutenden Kulturerbes tatenlos zuzusehen. Um das Jahr 2014 wurde schließlich die Administration erneut auf das inzwischen unbewohnbare Haus aufmerksam, setzte es auf ihre Denkmalliste und hat nun große Pläne: Es soll in Kürze renoviert und zu einem Kantmuseum umgestaltet werden (siehe *PAZ* Nr. 20 vom 17. Mai 2014). Gouverneur Nikolaj Zuka-

Gouverneur benutzte deutsche Namen

now äußerte in einer auf Russisch gehaltenen Rede, in der er die deutschen Ortsnamen verwendete, die Hoffnung, dass sich ein Kantmuseum ideal für den Lehrbetrieb der Immanuel-Kant-Universität eignen und zahlreiche Touristen anziehen würde. Hierzu trüge die ideale Lage des Hauses an der Straße zwischen Gumbinnen und Insterburg bei. Geld für ein solches Projekt sei in jedem Fall zur Genüge vorhanden. Schon im Vorjahr nämlich hatte Präsident Wladimir Putin in einer Bürgerdiskussion des nationalen Fernsehens eine finanzielle Unterstützung der Zentralregierung versprochen, was Zukanow freilich zu erwähnen vergaß. Hingegen ließ er wissen, dass es bei der Gestaltung des Museums bereits eine enge Zusammenarbeit mit deutschen Fachleuten gäbe. Angesichts der Tatsache, dass die Experten des Königsberger Kulturministeriums und der Immanuel-Kant-Universität trotz mehrerer längerer Inspektionen bisher nicht in der Lage waren, das Alter des Bauwerks zu bestimmen, kann es freilich mit der Enge dieser Zusammenarbeit oder aber mit den bisher unbenannten Experten nicht weit her sein.

Jedenfalls soll das restaurierte Gebäude nach Plänen der Regierung Bestandteil eines dem Philosophen gewidmeten Kulturstättenkomplexes werden, der auch den Königsberger Dom und die den Russen als „Kantturm“ bekannte Ruine der Komtursburg Groß-Wohnsdorf bei Friedland – wo sich Kant häufiger bei der mit ihm befreundeten Familie von Schroetter aufhielt – umfassen soll. Hiervon erhoffen sich die Gebietsregierung und der Kreml gleichermaßen sowohl eine dringend erforderliche Identitätsstiftung für die Region als auch eine starke Anziehungskraft auf Touristen. Die Restaurierung des Judtschener Gebäudes ist jedenfalls allein schon angesichts des historischen Ortes eine lange überfällige Entscheidung. *Thomas W. Wyrwoll*

Spendenaufruf der Bruderhilfe Ostpreußen für die Landsleute in der Heimat

Die Unterstützung der Deutschen in Ostpreußen geht uns alle an – helfen auch Sie mit!

Liebe Leser der *Preußischen Allgemeinen Zeitung*,
Liebe Landsleute und Freunde Ostpreußens,

im vergangenen Jahr war der Spendenaktion der ostpreußischen Bruderhilfe ein großer Erfolg beschieden. Gemeinsam konnten wir wieder zahlreiche hilfsbedürftige deutsche Landsleute in der dreigeteilten Heimat Ostpreußen unterstützen. 2015 soll die humanitäre Betreuung der Deutschen Minderheit fortgesetzt werden. Daher wende ich mich auch heute wieder mit einem Aufruf für die Bruderhilfe an Sie.

Das südliche Ostpreußen und das Memelland gehören seit mehr als einem Jahrzehnt der Europäischen Union an. Gleichwohl ist die Not vieler Menschen, gerade auch auf dem Lande, noch immer sehr groß: Hohe Arbeitslosigkeit, schlechte medizinische Versorgung und Altersarmut spielen noch immer eine große Rolle. In Zeiten stark ansteigender Preise bewegen sich die Renten nahezu unverändert auf einem sehr niedrigen Niveau, vielfach unterhalb des Existenzminimums. Immer wieder gehen Hilferufe von in Not geratenen Landsleuten bei uns ein.

Viel dramatischer ist die Lage der russlanddeutschen Bevölkerung im Königsberger Gebiet, der es oft an einfachsten Dingen fehlt, die für uns selbstverständlich sind. Die notwendigen Medikamente sind kaum bezahlbar, die Wege zum nächsten Arzt oft weit. Aufgrund fehlender Perspektiven sind bereits viele Russlanddeutsche in die Bundesrepublik Deutschland ausgewandert.

Unter besonderer Obhut der Landsmannschaft Ostpreußen stehen die „Wolfskinder“, die am Ende des Krieges von ihren Familien getrennt worden sind. Viele von ihnen wurden von Litauern aufgenommen; etliche verloren ihre deutsche Identität. Erst 1990 konnten sie sich im Verein „Edelweiss-Wolfskinder“ zusammenfinden. Materielle Hilfe und ideeller Beistand haben hier einen ganz besonderen Stellenwert. Wir versuchen, den in Ostpreußen lebenden Landsleuten eine Perspektive zu geben.

Die Lage der Deutschen in der ostpreußischen Heimat wird von unseren Medien nicht wahrgenommen. Daher ist der Einsatz der weltweiten Ostpreußenfamilie umso wichtiger. Mit Ihrer Hilfe hoffen wir, unsere humanitäre Hilfe langfristig fortsetzen zu können. Unser Ziel ist es, den Landsleuten das Gefühl zu geben, dass sie nicht vergessen sind. Die Heimatkreisgemeinschaften der Landsmannschaft Ostpreußen gewährleisten, dass Ihre Unterstützung direkt und ohne bürokratischen Aufwand bei den Arbeitslosen, den Alten und Kranken, den Notleidenden und kinderreichen Familien ankommt.

Ich bitte Sie daher heute persönlich: Helfen Sie durch Ihre Spende mit, dass wir unsere humanitäre friedensstiftende Arbeit fortsetzen und armen Landsleuten zu mehr Lebensqualität verhelfen können. Jede noch so kleine Spende hilft. Jedes Vermächtnis liefert einen wichtigen Beitrag, ist eine Brücke der Menschlichkeit in die ostpreußische Heimat. Deutsche helfen Deutschen, Ostpreußen unterstützen heimatverbliebene Ostpreußen.

Allen Spendern sage ich ein herzliches Dankeschön!

Wir geben Ostpreußen Zukunft!



Stephan Grigat
Rechtsanwalt und Notar
Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen

Wenn Sie helfen möchten, überweisen Sie Ihre Zuwendung auf das Konto der Landsmannschaft Ostpreußen HSH Nordbank-Bruderhilfe e.V. bei der IBAN: DE 93 2105 0000 0600 5020 00 BIC : HSHNDEHH , Konto-Nr.: 600 502 000, BLZ: 210 500 00, Kontakt: Landsmannschaft Ostpreußen – Bruderhilfe e.V., Peter Wenzel, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Tel. 040-41 40 08 25; Fax: 040 – 41 40 08 19; wenzel@Ostpreussen.de



Lewe Landslied, liebe Familienfreunde,

es ist doch erstaunlich, wo überall auf unserem Erdball noch Relikte vorhanden sind, die eine vergessen geglaubte Vergangenheit heraufbeschwören können. Und wenn diese Erinnerungsstücke noch aus einem Land stammen, aus dem man vertrieben wurde, haben sie einen besonderen Stellenwert. Zumal wenn es sich um Familienfotos handelt, wie sie Frau **Sigrid Matthée-Kohl** aus Amerika erhalten hat, das Internet macht's möglich. Diese haben die Empfängerin in Erstaunen versetzt, denn sie beweisen den hohen Lebensstandard der Angehörigen ihrer Familie, der ihr bisher nie so bewusst war – weil die sichtbaren Beweise fehlten. Aber nun sind sie da und werfen natürlich Fragen auf, denn nur wenige der darauf abgebildeten Personen sind ihr namentlich bekannt, und die anderen dürften wohl kaum zu identifizieren sein. Aber es wäre möglich, dass sich ehemalige Freunde der Familie melden, denn die Hauptpersonen waren mindestens in Pillkallen nicht unbekannt: Es handelt sich um das Ehepaar **Lina** und **Gustav Dittombée**, das in Pillkallen ein Kolonialwarengeschäft besaß. Der aus Groß Werseningken stammende Ehemann hatte auch ein Fuhrunternehmen. Seine Frau Lina, die in Plimballen geboren wurde, war eine geborene **Matthée** – das hatten wohl Hugenotten noch nach Jahrhunderten „unter sich“ geheiratet.

Lina ist die Großtante von Sigrid Matthée-Kohl. Ihre Tochter Gertrude war nach Amerika ausgewandert, und an diese – nun verheiratete Kolberg – sandte Mutter Lina die Fotos, die jetzt ihre Großnichte erhielt, für die nun das Rätselraten begann: Wo wurden die Aufnahmen gemacht, wer ist auf diesen abgebildet? Es sind drei Fotos, die Erklärung verlangen, aber leider können wir hier und heute nur eines bringen, ein zweites schieben wir auf die Warteliste. Dieses wurde vor dem Cafe „Breslauer Hof“ gemacht und zeigt einen ganzen Pulk von festlich gekleideten Menschen, die auf einem Automobil sitzen – damals ein Prestigeobjekt und somit ein großartiges Fotomotiv. Die Gesichter sind nur schwach zu erkennen, aber immerhin konnte Frau Sigrid vorne links sitzend Gertrude Dittombée ausmachen – die Aufnahme müssen also vor deren Auswanderung oder bei einem Heimatbesuch entstanden sein. Die Frau in der Mitte ist deren Schwester Frieda Dittombée, alle anderen Abgebildeten sind Frau Matthée-Kohl unbekannt. Sie wäre schon zufrieden, wenn sie einen Hinweis bekommt, wo diese Aufnahme gemacht wurde – sie vermutet in Gumbinnen. Das zweite Foto zeigte das Ehepaar Dittombée mit drei anderen Besuchern in einem sommerlichen Garten von solcher Blütenfülle, wie sie nur alte ostpreußische Gärten aufwiesen. Zum dritten Foto schreibt Frau Sigrid:

„Dieses Foto zeigt die Familie **Puschkewitz**/Matthée. Bei jeder Person steht ein Reitpferd, die Frauen sind gut gekleidet und tragen Schmuck. Meine Familie sieht darauf nicht gerade ärmlich aus. Ich war baff! Mir sind die Augen aufgegangen, was da alles zurückgelassen wurde und wie alle vor dem Nichts standen nach dem Krieg. Wie sich doch jeder wieder berappelt und sich hochgearbeitet hat. Uns war und ist es auch wichtig, unser eigenes Heim zu haben, aus dem wir nicht so leicht vertrieben werden können.“ Ich glaube, da hat die Schreiberin uns allen von der Seele gesprochen. Ich wünsche ihr erfreuliche Zuschriften. (Sigrid Matthée-Kohl, Hauptstraße 45 in 76865 Rohrbach.)



Ein Automobil im Belagerungszustand: Wo wurde diese Aufnahme gemacht? Bild: privat

Ja, es ist schon verwunderlich, was da manchmal aus der Versenkung auftaucht und bei unserer Ostpreußischen Familie landet. Und verwirrend, denn die Farbe des Dokuments, das ich von einer Leserin aus Kiel erhielt, ist eine geradezu hochmodisches Pink. Schon allein dadurch wirkt es auf den ersten Blick anachronistisch, aber dann entpuppte sich das Papier doch als echt, die Jahreszahl 1938 konnte nicht trügen. Wie es sich herausstellte, handelt es sich um einen Deckschein für Vorregister-I-Stuten des Ostpreußischen Stutbuchs für Warmblut Trakehner Abstammung vom Preußischen Landgestüt Georgenburg. Wie kam der aber nach Kiel? Das kann die Übersenderin, Frau **Else Betram**, auch nicht so genau sagen, sie fand ihn im Nachlass ihres Mannes, der aus Ostpreußen stammte. Die Holsteinerin fasst ihr Begleitschreiben in so liebe Worte für unsere Heimat, dass ich den Brief im Wortlaut wiedergeben möchte:

„Mein Mann ist in der schweren Zeit mit dem Treck nach Holstein gekommen. Seit langen Jahren muss ich meinen Weg allein gehen, aber ich bekomme noch immer Ihre Zeitung und gebe sie weiter an Freunde aus Ihrer Heimat, die warten schon immer darauf. Mit meinem lieben Mann war ich zweimal in seiner Heimat, es ist ein wunderbares Land. In seinen Unterlagen fand ich den Deckschein. Ich weiß nicht, ob er überhaupt noch von Interesse ist, Sie werden sicher wissen, wo er bleiben könnte. Die Ostpreußische Familie lese ich immer gern und freue mich, wenn die Suchmeldungen Erfolg haben. Es grüßt Sie eine alte Holsteinerin, die Ihr Heimatland sehr liebt.“ Und wir grüßen zurück und sagen Dank für diese anerkennenden Worte.

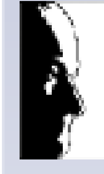
Zum Deckschein: Der Besitzer der Stute, **Fritz Bast** aus Ballethen, Kreis Darkehmen ließ sie auf der Deckstelle Karklienen decken, wo auch das am 27. März 1938 geborene Stutfohlen gebrannt wurde. Das ist auf dem umseitigen „Füllenschein“ neben anderen Angaben vermerkt. Dieser Füllenschein musste sorgsam aufbewahrt werden, da keine Ersatzscheine ausgestellt wurden. Deshalb wurde er wohl zusammen mit anderen Papieren mit auf die Flucht genommen. Wie er in die Unterlagen von Herrn Bertram gelangt ist, kann nicht mehr geklärt werden, ist aber auch unwichtig. Wer sich zu diesem Fund äußern will – bitte melden!

Wenn Frau **Ulla Rebentisch** von dem schönen Waldhotel Maienhöhe in Bad Bertrich sich an uns wendet, weiß ich, dass die von ihr geliebte Kurische Nehrung der Grund sein wird, und so ist es auch diesmal. Es geht um das Nehrungsdorf Pillkoppen, das heute im russisch-litauischen Grenzgebiet liegt und einst in seiner stillen Düneneinsamkeit ein beliebtes Motiv für Maler war. Einer von ihnen war **H. Rosenfeld**, von dem der in Frankreich lebende Herr **Udo Toll** einige Gemälde besitzt, die er wohl von seinem Vater **Franz** Toll übernommen hat, denn dieser stammte aus Pillkoppen. Die Bilder zeigen die für die Nehrungsmalerei typischen Sujets: Fischerhäuser, Keitelkähne, Wanderdünen. Herr Udo Toll hat sich nun an Frau Rebentisch mit der Bitte gewandt, ihm bei der Suche nach Informationen über den Maler Rosenfeld zu helfen. Leider geben die betreffenden Kunstbände nichts her, und das Suchen nach irgendwelchen Angaben wird schon dadurch erschwert, dass nicht einmal der Vorname bekannt ist. So muss ich die von Herrn Toll über Frau Rebentisch gestellte Frage weiterreichen: Wer kann Angaben über den Maler H. Rosenfeld machen, der wohl hauptsächlich in und um Pillkoppen tätig war? (Die Mailadresse von Udo Toll in Frankreich: familie.toll@free.fr)

Wenn ein Wunsch so umgehend erfüllt wird wie der von Frau **Dorothea Blankenagel**, die fünf Bücher verschenken wollte, hat das natürlich Folgen. Kaum war das Angebot auf unserer Familienseite erschienen, kam ein Anruf aus dem Altmühltal, und da waren alle Bücher weg. Nun möchte Frau Blankenagel ihren Bücherbestand weiter lichten, und bietet diesmal sieben Heimatbücher an, darunter Erzählungen von **Sirowatka**, **Kirst**, **Kakies** und **Rauschenbach**. Aber Frau Blankenagel hat noch etwas ganz Besonderes anzubieten: Ihre grüne Ostpreußentracht mit Bluse und Schürze, Größe 44. Natürlich kann sie diese nicht verschenken, doch darüber können interessierte Leserinnen am besten mit ihr selber sprechen, Telefon (0203) 21677.

Eure

Ruth Geede



Die ostpreußische Familie



Bild: Pawlik

Wer weiß etwas? Wer kennt diesen lieben Menschen? Wer kann weiter helfen?

Das schwere Schicksal der Vertriebenen hat bei den Betroffenen und ihren Nachkommen unendlich viele Fragen aufgeworfen. Ruth Geede sucht in ihrer Rubrik „Die ostpreußische Familie“ nach den Antworten. Die Schriftstellerin und Journalistin wurde 1916 in Königsberg geboren. Seit 1979 ist sie die „Mutter“ der Ostpreußischen Familie. Ihre Kenntnis und ihre Lebenserfahrung halfen bereits vielen hundert Suchenden und Wissbegierigen weiter. Es geht um das Auffinden verschollener Familienmitglieder und Freunde, um Ahnenforschung oder wichtige Fragen zur ostpreußischen Heimat.

Liegt Ihnen auch eine Frage auf der Seele? Schreiben Sie uns: Redaktion *Preußische Allgemeine Zeitung*, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, redaktion@preussische-allgemeine.de

Alle in der »Ostpreußischen Familie« abgedruckten Namen und Daten werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

Wie Zugvögel auf einem Irrflug irgendwo gestrandet

Werner Nagel berichtet von den letzten Kriegstagen in der Heimat

Die Zahl 70 bestimmt weiter unsere Zeitreise in die Vergangenheit, und sie führt nun zurück in jene Vorfrühlingstage des Jahres 1945, in denen alles zusammenbrach, was unser bisheriges Leben bestimmt hatte. Der Krieg näherte sich seinem Ende, und die meisten von uns waren wie Zugvögel auf einem Irrflug irgendwo gestrandet – jeder hat seine eigene Fluchtgeschichte, nie gleicht eine der andern, und keine lässt sich in wenigen Zeilen abhandeln. Da kann man nur einige Eckpunkte aus den Schicksalsberichten herausnehmen, die uns übergeben wurden, und wenn wir heute den eines nun 92 Jahre alten Samländers wählen, so hat das seinen Grund, und nicht nur einen. Werner Nagel aus Hohenweststedt hat schon oft zur Beantwortung einiger Fragen in unserer Kolumne beigetragen oder selber welche eingebracht. Ausschlaggebend ist aber sein mit großer Akribie erstellter Lebensbericht, den er uns als über 400 Seiten starken großformatigen Band übergab. Er ist nicht „für den Markt bestimmt“, wie Werner Nagel schreibt, sondern für seine Nachkommen gedacht, für die er seine unvergessene Heimat Ostpreußen bewahren wollte. Über 20 Jahre hat er daran gearbeitet und jeden Winkel seiner Erinnerungen ausgeleuchtet. Es ist ein wundervolles Buch geworden, und der Auszug, den wir heute bringen, wird auch nicht der letzte aus dieser reich bebilderten Biografie eines Ostpreußen sein, die zugleich ein Lebensbild seiner Heimat ist.

Die Stelle, an der für den damals 22-Jährigen der Krieg zu Ende ging, passt in unsere datierte Zeitreise. Werner Nagel war als Rendant des Rittergutes Kallen im westlichen Samland geflüchtet und nach der Flucht über See in Danzig gelandet. Auf dem weiteren Weg nach Westen wurde er im pommerschen Schlawe von den Russen gefangen genommen. Da er seit einem Eislaufsturz in seiner Jugend eine Hüftversteifung hatte, war er nicht zum Militär eingezogen worden, sondern hatte bis zur Flucht auf dem Gut gearbeitet. Bei der Gefangennahme wurde dem Behinderten alles genommen, selbst seine orthopädischen Schuhe musste er hergeben, und so wurden die folgenden Fußmärsche für ihn zur Qual. In der ersten Zeit war es noch ein kleiner überschaubarer Haufen von Gefangenen, aber schnell wuchs er bis zu einer Stärke von 800 Mann an. Bald gab es neben ihm auch andere kaum noch Gehfähige.

„Wenn wir nicht mehr konnten und uns hinsetzten, wurden wir mit wüstem Geschimpfe wieder hochgescheucht. Bald gab es auf diesen Endlosmärschen in Richtung Osten aufgrund der seelischen und körperlichen Strapazen sowie der Ernährungsprobleme die ersten Toten. Die wurden dann am Morgen von den Posten einfach zur Seite gelegt, und wir mussten weitermarschieren. Wir landeten in Soldau, wo anscheinend die Transporte für die russischen Lager zusammengestellt wurden, denn wir wurden noch einmal ‚gesichtet‘ und alle nicht mehr arbeitsfähigen Gefangenen aussortiert, zu denen auch ich gehörte. Wir wurden aber nicht freigelassen sondern mit der Bahn nach Graudenz transportiert.“ Dort wurden die Männer in dem ehemaligen Zuchthaus untergebracht, wobei Werner Glück hatte, denn sein Quartier war die Orgelempore der zu dem Gefängniskomplex gehörenden Kirche. Am schlimmsten war die Ungewissheit in einer zeitlos gewordenen Zeit! Mit neuen Gefangenen, deren körperliche Verfassung immer schlechter wurde, kamen die verschiedensten Flüsterparolen in das Lager, die zu der irreführenden Hoffnung auf „Befreiung“ führten. Und dann kam alles ganz anders, wie Werner Nagel berichtet:

„An einem dieser Apriltage – oder war es bereits Mai? – verkündeten uns die Bewacher mit einem Mal in einer sehr freudigen Stimmung ‚Hitler kaputt‘ – also tot – was uns unglaublich erschien. Es war wenige Tage vor der Entlassung, die dann kurz vor dem tatsächlichen Kriegsende stattgefunden hat. Vorher hat man die für Russland unbrauchbar Aussortierten, die sich in Graudenz befanden, noch einmal gesiebt. Anscheinend fehlte es noch für die Russlandtransporte an Menschen, denn man sortierte noch einige aus unserer Gruppe heraus, während die Übrigen kurz darauf entlassen wurden, zu denen ich auch gehörte. Die ‚Entlassung‘ ging erstaunlich einfach und ohne große Probleme vor sich. Mit den wenigen Habseligkeiten, die wir noch bei uns besaßen, wurden wir in den Hof geführt, wo man uns die ‚Freilassung‘ verkündete. Irgendwelche Papiere gab es nicht, wir wurden als Namenlose entlassen. ‚Der Krieg ist aus, jeder geht nach Hause‘, wurde uns verkündet.“

Ja, aber wo war dieses Zuhause für Werner Nagel? Er hätte von Graudenz aus nach Westen gehen können, aber der 20-Jährige entschloss sich, zusammen mit drei anderen Männern, mit denen er sich in der Gefangenschaft zu einer Vierergruppe zusammengefunden hatte, nach Pr. Holland zu gehen, der Heimatstadt eines seiner Mitgefährten. Dieser wusste, dass die dortige Klinik auch unter russischer Leitung arbeitete und da alle Vier behandlungsbedürftig waren, erschien ihnen dies die bessere Lösung. „Dass das damals ein großer Fehler war, ostwärts gegangen zu sein und nicht in Richtung Westen über die Weichsel, stellte ich bald daraufhin fest – da war es aber bereits für mich zu spät!“

Der Fußmarsch von Graudenz nach Pr. Holland verlangte noch einmal alles von den vier Wandermüden ab. Nach der Entlassung waren sie bereits von der polnischen Miliz erwartet worden, unter deren Bewachung sie Trümmer beseitigen mussten – ohne Pause und Verpflegung. Als sie endlich weiterziehen konnten, waren sie auch eines Teils ihrer Kleidung beraubt worden – die schließlich ihr Ein und Alles war. Als Elendsgestalten kamen sie in Pr. Holland an, wo sie von den Verwandten des hier Beheimateten liebevoll aufgenommen wurden „Die größte Wohltat ergab sich am Abend, wir durften nach langer, langer Zeit endlich wieder in richtigen Betten schlafen. Leider waren wir sehr verlaust und das Bettzeug am anderen Tag ebenfalls.“ Damit beginnt das Kapitel Pr. Holland in der Biografie des Samländers Werner Nagel, der erst am 4. September 1947 von den Polen „ausgewiesen“ wurde. Eine besondere Tragik überschattet die ersehnte Fahrt in die Freiheit: An diesem Tag verstarb sein Vater Karl Nagel im holsteinischen Todenbüttel, wo der Sohn dann ein paar Tage später Mutter und Geschwister in die Arme schließen konnte. *R.G.*



ZUM 100. GEBURTSTAG

Surraj, Bruno, aus Neudims, Kreis Rössel, am 24. April

ZUM 99. GEBURTSTAG

Geruschkat, Grete, geb. **Widdrat**, aus Tilsit, später Mohrungen, jetzt Mainz, am 28. April

Schöttke, Hedwig, geb. **Hoffmann**, aus Zimmerbude, Kreis Samland, am 27. April

ZUM 98. GEBURTSTAG

Kallweit, Heinz, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 29. April

ZUM 97. GEBURTSTAG

Skopnik, Dr. Klaus-Dietrich, aus Lyck, Memeler Weg 11, am 26. April

ZUM 96. GEBURTSTAG

Rogoszat, Walter, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 26. April

ZUM 95. GEBURTSTAG

Pellny, Elfriede, aus Teichwalde, Kreis Treuburg, am 27. April

Ritter, Siegfried, aus Königsberg, am 25. April

Schneider, Ingeborg, geb. **Soergel**, aus Lyck, am 27. April

ZUM 94. GEBURTSTAG

Dobler, Gisela, geb. **Schön**, aus Pillau, Kreis Samland, am 30. April

Kaiser, Erich, aus Ebenfelde, Kreis Lyck, am 30. April

Kukulies, Willi, aus Tawe, Kreis Elchniederung, am 29. April

Lettau, Heinz, aus Stollendorf bei Arys, Kreis Johannisburg, am 25. April

Nellius, Willy, aus Stadtfelde, Kreis Ebenrode, am 29. April

Raschkowski, Elisabeth, geb. **Petrikowski**, aus Liebenberg, Kreis Ortelsburg, am 25. April

Rohde, Carla, geb. **Schween**, aus Wehlau, am 26. April

ZUM 93. GEBURTSTAG

Dziomba, Heinrich, aus Neidenburg, am 29. April

Enskat, Hedwig, geb. **Enskat**, aus Holländerei, Kreis Wehlau, am 28. April

Martzian, Edith, geb. **Urban**, aus Neumalken, Kreis Lyck, am 27. April

Schmidtke, Ernst, aus Treuburg, am 27. April

Schröder, Irmgard, geb. **Schneider**, aus Hüttenfelde, Kreis Tilsit-Ragnit, am 27. April

Sonntag, Günter, aus Lyck, am 1. Mai

Walther, Ursula, geb. **Elfert**, aus Adlig Linkuhnen, Kreis Elchniederung, am 1. Mai

Zachau, Marianne, geb. **Verbrüggen**, aus Wehlau, am 27. April

Zahlmann, Johanna, geb. **Mett**, aus Stadtfelde, Kreis Ebenrode, am 30. April

ZUM 92. GEBURTSTAG

Andresen, Ingeborg, geb. **Linck**, aus Wehlau, am 26. April

Biallowons, Erika, geb. **Tanski**, aus Lindendort, Kreis Ortelsburg, am 26. April

Eisenhardt, Gerda, geb. **Räder**, aus Kattenau, Kreis Ebenrode, am 25. April

Fritz, Erna, geb. **Krafzig**, aus Bobern, Kreis Lyck, am 26. April

Gadge, Erna, geb. **Kopiczenski**, aus Lyck, v. Mackensen-Str. 2, am 25. April

Heer, Gertrud, geb. **Raschpichler**, aus Kreuzingen, Kreis Elchniederung, am 27. April

Kelch, Gerda, geb. **Wollgramm**, aus Lisken, Kreis Lyck, am 25. April

Montro, Hildegard, geb. **Slembek**, aus Magdalenz, Kreis Neidenburg, am 26. April

Onusseit, Ruth, aus Ebenrode, am 26. April

Schnoor, Edeltraut, geb. **Massat**, aus Birkenmühle, Kreis Ebenrode, am 25. April

Schönrock, Ida, aus Baringen, Kreis Ebenrode, am 25. April

Verch, Horst, aus Neidenburg, am 29. April

Weiß, Anna, geb. **Kuczewski**, aus Rummau-West, Kreis Ortelsburg, am 26. April

Wenk, Renate, aus Garbseiden, Kreis Samland, am 28. April

ZUM 91. GEBURTSTAG

Bald, Irmgard, geb. **Bartzik**, aus Kielen, Kreis Lyck, am 25. April

Becker, Franz, aus Sarkau, Kreis Samland, am 28. April

Bodo-Skopnik, Barbara, geb. **Skopnik**, aus Lyck, Königin-Luisen-Platz 14, am 28. April

Buchholz, Werner, aus Borschimmen, Kreis Lyck, am 27. April

Dietrich, Waltraut, geb. **Bendig**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 1. Mai

Eybe, Egon, aus Uderhöhe, Kreis Wehlau, am 27. April

Gregersen, Margaretha, geb. **Schöttke**, aus Zimmerbude, Kreis Samland, am 29. April

Gruhn, Auguste, aus Lyck, am 28. April

Juedtz, Edelgard, geb. **Neßlinger**, aus Insterburg, später Mohrungen, am 28. April

Lendzian, Ingeborg, aus Lyck, am 1. Mai

Meggersee, Gertrud, geb. **Müller**, aus Rauschen, Kreis Samland, am 26. April

Nicklaus, Ursula, geb. **Smolinski**, aus Ebenrode, am 25. April

Pradler, Erwin, aus Pregelswalde, Kreis Wehlau, am 30. April

Rohde, Waltraud, geb. **Stabaginski**, aus Lindendorf, Kreis Wehlau, am 28. April

Sondermann, Else, geb. **Lusga**, aus Reuß, Kreis Treuburg, am 27. April

ZUM 90. GEBURTSTAG

Birkholz, Lilli, geb. **Krieger**, aus Groß Allendorf, Kreis Wehlau, am 1. Mai

Böhm, Georg, aus Grünweide, Kreis Ebenrode, am 25. April

Bork, Waltraud, geb. **Pudellek**, aus Albrechtsfelde, Kreis Treuburg, am 27. April

Diestel, Inge, geb. **Wittke**, aus Wehlau, am 28. April

Eggers, Erna, geb. **Domnick**, aus Alexwangen, Kreis Samland, am 28. April

Ehlken, Christel, geb. **Rader**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 28. April

Geyer, Alfred, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 1. Mai

Herrmann, Albert, aus Satticken, Kreis Treuburg, am 25. April

Koslowski, Ernst, aus Reuß, Kreis Treuburg, am 26. April

Martin, Ruth, geb. **Rudau**, aus Angertal, Kreis Angerburg, am 29. April

Mauer, Egon, aus Kischken, Kreis Ebenrode, am 29. April

Pogoda, Hans-Jürgen, aus Lyck, am 28. April

Raschke, Herbert, aus Lötzen, am 29. April

Schnobel, Irmgard, geb. **Dennig**, aus Kalgendorf, Kreis Lyck, am 28. April

Trier, Erika Emmy, geb. **Mallwitz**, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 25. April

Wiezorrek, Erwin, aus Jesken, Kreis Treuburg, am 29. April

Wüsthoff, Erna, geb. **Lepenies**, aus Germingen, Kreis Ebenrode, am 30. April

ZUM 85. GEBURTSTAG

Abicht, Ursula, geb. **Manglitz**, aus Pröschen, Kreis Tilsit-Ragnit, am 30. April

Adomeit, Gerhard, aus Ackeln, Kreis Elchniederung, am 27. April

Bergström, Heide, geb. **Spitzenpfeil**, aus Neidenburg, am 30. April

Breuksch, Erwin, aus Köthen, Kreis Wehlau, am 28. April

Brodowski, Siegfried, aus Giesen, Kreis Lyck, am 29. April

Broziewski, Paul, aus Gollen, Kreis Lyck, am 1. Mai

Czepanski, Ruth, geb. **Radzimanowski**, aus Schwalgendorf, Kreis Mohrungen, am 29. April

Dettmann, Waltraud, geb. **Schwirrat**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 30. April

Eisold, Hannelore, geb. **Teschner**, aus Ostseebad Cranz, Kreis Samland, am 25. April

Fröhlich, Waltraut, geb. **Kromat**, aus Baringen, Kreis Ebenrode, am 27. April

Gang, Manfred, aus Lyck, Hindenburgstraße 40, am 29. April

Gerlach, Vera, geb. **Bajorat**, aus Mühlmeistern, Kreis Elchniederung, am 26. April

Godzieba, Helmut, aus Klaussen, Kreis Lyck, am 1. Mai

Gruber, Heinz, aus Königshuld, Kreis Tilsit-Ragnit, am 30. April

Hansen, Ursula, geb. **Balzereit**, aus Selsen, Kreis Elchniederung, am 30. April

Jacob, Irmgard, geb. **Kwiedor**, aus Nußberg, Kreis Lyck, am 26. April

Jahnert, Heinz, aus Gutenborn, Kreis Lyck, am 26. April

Kaminski, Rudolf, aus Winsken, Kreis Neidenburg, am 26. April

Kannenberg, Anni, geb. **Mallwitz**, aus Eckwalde, Kreis Elchniederung, am 28. April

Keller, Inge, geb. **Dommasch**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 25. April

Kischel, Ernst, aus Luckau, Kreis Ortelsburg, am 29. April

Kobus, Fritz, aus Gellenkreis, Kreis Ortelsburg, am 28. April

Krawelitzki, Hans, aus Gutten, Kreis Treuburg, am 25. April

Krebs, Anna, geb. **Dombrowski**, aus Mulden, Kreis Lyck, am 1. Mai

Lasch, Werner, aus Neuendorf, Kreis Treuburg, am 27. April

Lendzian, Bruno, aus Sonnau, Kreis Lyck, am 28. April

Märtens, Annemarie, geb. **Worm**, aus Kreuzingen, Kreis Elchniederung, am 25. April

Mielke, David, aus Tewellen, Kreis Elchniederung, am 28. April

Mühre, Ruth, geb. **Palluk**, aus Mulden, Kreis Lyck, am 26. April

Müller, Elfriede, geb. **Lattko**, aus Grabnick, Kreis Lyck, am 1. Mai

Paczkowski, Hildegard, aus Eichenau, Kreis Neidenburg, am 25. April

Peterson, Lothar, aus Grünhayn, Kreis Wehlau, am 28. April

Pointinger, Xaver, aus Schönrade, Kreis Wehlau, am 1. Mai

Pukrop, August, aus Omulefofen, Kreis Neidenburg, am 28. April

Radmacher, Kurt, aus Moterau, Kreis Wehlau, am 29. April

Rothweiler, Irmgard, geb. **Kunick**, aus Prostken, Kreis Lyck, am 28. April

Salewski, Herbert, aus Kiöwen, Kreis Treuburg, am 27. April

Scharff, Christel, aus Buschkau/Danzig, am 26. April

Schuster, Helga, geb. **Kopp**, aus Henrichswalde, Kreis Elchniederung, am 28. April

Stotzek, Ernst, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 26. April

Tenschert, Frieda, geb. **Gortat**, aus Dietrichsdorf, Kreis Neidenburg, am 1. Mai

Wilczek, Edith, geb. **Kullack**, aus Grabnick, Kreis Lyck, am 30. April

Wienstroer, Edith, geb. **Lasarzewski**, aus Vierbrücken, Kreis Lyck, am 27. April

ZUM 80. GEBURTSTAG

Berger, Max, aus Neusiedel, Kreis Tilsit-Ragnit, am 1. Mai

Bergner, Waltraut, geb. **Maeding**, aus Rautenburg, Kreis Elchniederung, am 29. April

Brinckmann, Herta, geb. **Lunkowski**, aus Pregelswalde, Kreis Wehlau, am 30. April

Denzer, Armin, aus Dreimühlen, Kreis Lyck, am 28. April

Domgowski, Käthe, aus Gilgenburg, Kreis Osterode, am 25. April

Ebert, Elly, geb. **Streuer**, aus Hortlauken, Kreis Samland, am 1. Mai

Gallien, Hildegard, geb. **Volkmann**, aus Fritschienen, Kreis Wehlau, am 30. April

Gerber, Helga, geb. **Zitzwitz**, aus Rauschen, Kreis Samland, am 25. April

Heise, Horst, aus Pobethen, Kreis Samland, am 26. April

Jeromin, Walter, aus Ortelsburg, am 28. April

Kamien, Elfriede, geb. **Birnbacher**, aus Talfriede, Kreis Ebenrode, am 29. April

Kuberka, Ulrich, aus Königswalde, Kreis Lyck, am 28. April

Lubinetzky, Reinhold, aus Passenheim, Kreis Ortelsburg, am 29. April

Mauer, Gerhard, aus Ebenrode, am 29. April

Mey, Dietrich, aus Partsch, Kreis Rastenburg, am 29. April

Meyer, Waltraud, geb. **Prell**, aus Seenwalde, Kreis Ortelsburg, am 28. April

Petersen, Irma, geb. **Beilke**, aus Pillau, Kreis Samland, am 1. Mai

Petry, Gisela, geb. **Schulz**, aus Tawe, Kreis Elchniederung, am 30. April

Pihale, Gerda, geb. **Buyny**, aus Königsruh, Kreis Treuburg, am 27. April

Redmer, Bruno, aus Wehlau, am 27. April

Ruchatz, Ulrich, aus Saiden, Kreis Treuburg, am 1. Mai

Runge, Gertrud, geb. **Beermann**, aus Lyck, am 30. April

Sagromski, Heimz, aus Malschöwen, Kreis Ortelsburg, am 26. April

Schimkat, Gerhard, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 29. April

Schütt, Gertraud, geb. **Koschletzki**, aus Narwickau, Kreis Ebenrode, am 29. April

Wasilewski, Werner, aus Preußenwall, Kreis Ebenrode, am 30. April

ZUM 75. GEBURTSTAG

Abel, Alfred, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 26. April

Babbel, Rudi, aus Gauleden, Kreis Wehlau, am 26. April

Gerber, Siegbert, aus Reimannswalde, Kreis Treuburg, am 26. April

Hellblau, Max, aus Saiden, Kreis Treuburg, am 25. April

Hinz, Helmut, aus Polennen, Kreis Samland, am 1. Mai

Jekutsch, Fred, aus Rhein, Kreis Lötzen, am 1. Mai

Kassel, Gisela, geb. **Hinz**, aus Parnehnen, Kreis Wehlau, am 27. April

Klump, Agnes, geb. **Wendt**, aus Neufrost, Kreis Elchniederung, am 28. April

Koch, Uwe, aus Wehlau, am 30. April

Lorenz, Helga, geb. **Spang**, aus Scharfeneck, Kreis Ebenrode, am 29. April

Müller, Gerda, geb. **Danielzik**, aus Wilhelmshof, Kreis Ortelsburg, am 27. April

Papin, Helmut, aus Schiewenau, Kreis Wehlau, am 28. April

Rosinski, Christa, geb. **Plaga**, aus Lötzen, am 29. April

Semkimat, Horst, aus Scharfeneck, Kreis Ebenrode, am 1. Mai

Speulda, Helga, geb. **Nitt**, aus Gauleden, Kreis Wehlau, am 26. April

Staudinger, Karl-Heinrich, aus Wehlau, am 1. Mai

Streicher, Sigrid, geb. **Schwarz**, aus Tilsit, am 26. April

Völker, Irene, geb. **Janz**, aus Groß Friedrichsdorf, Kreis Elchniederung, am 30. April

Wolter, Renate, geb. **Hagel**, aus Rauschen, Kreis Samland, am 25. April

Zurhausen, Erika, geb. **Klemens**, aus Mühlmeistern, Kreis Elchniederung, am 1. Mai

TERMINE DER LO

2015

22. bis 25. Mai: Ostpreußisches Musikwochenende, Bad Pyrmont.
7. bis 14. Juni: Werkwoche in Ostpreußen, Allenstein.
20. Juni: Sommerfest der Deutschen Vereine im ostpreußischen Sensburg.
27. bis 28. Juni: III. Sommerolympiade der ostpreußischen Jugend in Sensburg.
25. bis 27. September: Geschichtsseminar, Bad Pyrmont.
10. bis 11. Oktober: 10. Kommunalpolitischer Kongress in Allenstein (geschlossener Teilnehmerkreis).
12. bis 18. Oktober: 61. Werkwoche, Bad Pyrmont.
2. bis 6. November: Kulturhistorisches Seminar für Frauen in Bad Pyrmont.
6. November: Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden, Bad Pyrmont.
7. bis 8. November: Ostpreußische Landesvertretung, Bad Pyrmont (geschlossener Teilnehmerkreis).

2016

11. bis 13. März: Arbeitstagung der Kreisvertreter.
9. bis 10. April: Arbeitstagung der Deutschen Vereine im ostpreußischen Sensburg.

Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 414008-26 oder info@ostpreussen.de.

Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimatarbeit« abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

HÖRFUNK & FERNSEHEN

SONNABEND, 25. Januar, 16.05 Uhr, WDR: Geiheimnisvolle Orte – Geheimnis Regierungsbunker. Dokumentation.

SONNABEND, 25. Januar, 20.15 Uhr, Phoenix: Die Eisfalle – Die arktische Odyssee der Tegethoff. Dokumentation.

SONNTAG, 26. April, 19.30 Uhr, ZDF: Terra X: Magisches Deutschland.

SONNTAG, 26. April, 21.45 Uhr, 3sat: Die Ängste bleiben lebenslang – Kriegskinder erinnern sich. Doku, D 2006.

MONTAG, 27. April, 22.25 Uhr, 3SAT: Hitlers betrogene Generation – Die Kinder des Dritten Reiches.

MONTAG, 27. April, 22.45 Uhr, Das Erste: Todesflug MH17 – Warum mussten 298 Menschen sterben? Reportage.

MONTAG, 27. April, 23.30 Uhr, Das Erste: Deutsche Dynastien – Die Bismarcks. Familienporträt.

DIENSTAG, 28. April, 22.25 Uhr,3SAT: Wolfskinder. Zeitzeugenbericht einer ostpreußischen Familie. D 1991.

MITTWOCH, 29. April, 20.15 Uhr, 3SAT: Vater blieb im Krieg. Betroffene erzählen aus ihrem Leben. D 2012.

DONNERSTAG, 30. April, 23 Uhr, RBB: Die Männer der Emden. TV-Drama, D 2014

FREITAG, 1. Mai, 15.15 Uhr, Phoenix: Genration Kriegsenkel – Wie erlebten die Großeltern das Dritte Reich? Reportage

Landsmannschaftliche Arbeit
Landesgruppen



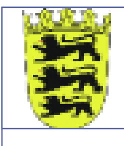
BUND JUNGES OSTPREUSSEN

Vorsitzender: Stefan Hein, Gst.: Buchtstr. 4, 22087 Hamburg, Tel.: (040) 4140080, E-Post: kontakt@junge-ostpreussen.de, www.junge-ostpreussen.de.

Schloss Burg – Sonntag, 5. Juli: Der BJO beteiligt sich am Kleinen Ostpreußen- und Schlesiertreffen auf Schloss Burg an der Wupper. Beginn der Veranstaltung: 10 Uhr, Kundgebung: 14 Uhr. Weitere Informationen: www.ostpreussen-nrw.de, Dort links auf den Button „Ostpreußentreffen“ klicken.

Königsberger Gebiet – 2. bis 12. August: Alljährliche BJO-Sommerfahrt. Diesmal wird der Lagerplatz im russischen Teil Ostpreußens im Elchwald aufgeschlagen. Der Schwerpunkt liegt auf dem Großen Moosbruch und der Elchniederung. Die Memel und Tilsit bleiben ebenfalls im Blick. Ein ganzheitliches Programm trägt dazu bei, sich vor Ort mit Ostpreußen auseinanderzusetzen und Gemeinschaft zu erleben. Die Anmeldefrist endet am 15. Mai. Um einen Platz zu bekommen ist zu empfehlen, sich schnell anzumelden. Der Altersschwerpunkt der Fahrt liegt zwischen 16 und 35 Jahren. Die Einladung mit allen Einzelheiten findet sich auf: www.junge-ostpreussen.de.

Breslau – 26. September: In der niederschlesischen Stadt Breslau findet dieses Jahr das Kulturfestival der deutschen Minderheit in der Jahrhunderthalle statt. Dieses gibt es nur alle drei Jahre und ist durchaus etwas Besonderes. Die Stadtfahrt dient dazu, sich gemeinsam einen Eindruck von der Veranstaltung zu verschaffen und bietet Gelegenheit, die schöne Stadt zu erkunden und das natürlich nicht nur am Tage. Die Teilnehmer treffen sich in Breslau am Abend des 24. Septembers und reisen am 27. September wieder ab. Der Altersschwerpunkt der Stadtfahrt liegt zwischen 16 und 35 Jahren. Die Einladung mit weiteren Einzelheiten findet sich auf www.junge-ostpreussen.de.



BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

Landesgruppe – Mittwoch, 29. April, 18 Uhr, Haus der Heimat, Großer Saal, Schloßstraße 92, Stuttgart: „Abschied von Königsberg vor 70 Jahren – Literarisches und Biographisches von Agnes Miegel“ – Ein Vortrag von Dr. Marianne Kopp, Vorsitzende der Agnes-Miegel-Gesellschaft.

Die Teilnehmer erwartet ein interessanter Vortrag, zusammengetragen aus veröffentlichten und unveröffentlichten Quellen: Am 27. Februar 1945 nahm Agnes Miegel Abschied von Königsberg. In Gedichten, Briefen, einer Erzählung und den Erinnerungen einer Nachbarin wird ihre Flucht dokumentiert. Dabei beginnen die vorgestellten Dokumente mit der britischen Bombardierung der Pregelstadt im August 1944 und reichen bis zu ihrer Ankunft im dänischen Flüchtlingslager in Oksbøl.

Gerade die Mitteilungen an ferne Freunde machen die damalige Zeit sozusagen im O-Ton präsent und zeigen nicht nur das Elend in Königsberg gegen Kriegsende, sondern auch den Willen zur Normalität angesichts alles Schrecklichen.

Auch Fragen zu anderen Themenbereichen um Agnes Miegel werden von Marianne Kopp gern beantwortet. Freunde und Bekannten sind herzlich eingeladen. Der Eintritt ist frei.

– Nachruf –

Die Landsmannschaften Ostpreußen, Westpreußen und die Memellandkreise trauern um die ehemalige Landeskulturreferentin Helga Gengnagel, die am Dienstag, 7. April, verstorben ist.

Helga Gengnagel wurde am 25. April 1924 in Memel geboren. Die Beerdigung fand am Mittwoch, 15. April, auf dem Friedhof in Marbach statt.

Als Nachfolgerin von Professor Werner Schienemann aus Tuttlingen leitete Helga Gengnagel jahrzehntelang die Landeskulturarbeit, bis sie aus gesundheitlichen Gründen im Jahr 2003 ihr Amt niederlegte. Bis zu diesem Zeitpunkt hat sie die jährlichen Landeskulturtagungen organisiert und geleitet. Jedes Jahr hat sie einen Vortrag ausgearbeitet, den sie unter anderem bei den Preußischen Tafelrunden in Pforzheim und den landsmannschaftlichen Ost- und Westpreußengruppen gehalten hat. Ihre besondere Liebe galt der ostpreußischen textilen Volkskunst. Mit Stolz hat sie das Trachtenkleid des Memellandes getragen, Kreuzsticharbeiten angefertigt, Jostenbänder, Teppiche, Tischläufer und Westenstoffe gewebt, und unzählige Pullover mit ostpreußischen Motiven gestrickt. Ihre letzten Jahre hat sie in einem Seniorenstift in Marbach verlebt, wo sie auch verstorben ist.

Frauengruppe – Dienstag, 12. Mai, 14.30 Uhr, Kleiner Saal, Haus der Heimat: „Muttertag und Pfingsten“ – ein interessanter Nachmittag mit Brauchtum, Liedern, Geschichten und Gedichten unter der Leitung von Uta Lüttich. Mitglieder der Kreisgruppe und Gäste sind herzlich eingeladen.

Buchen – Freitag, 8. Mai, 15 Uhr, Scheune des Gestüts Wörner in Bofsheim: „Frühlings-Grüße“ verbunden mit Gedanken zum Muttertag. Anmeldung unter Telefon (06281) 8137.

Göppingen – Jeweils am ersten Mittwoch im Monat trifft sich um 14 Uhr im Lokal Glashaus, Salach, die Kreisfrauengruppe zu ihren Kulturnachmittagen. Ansprechpartner ist Vera Pallas, Telefon (07162) 5870.

Schwäbisch-Hall – Mittwoch, 6. Mai, 14.30 Uhr, Hotel Sölch Hauffstraße 14: Heimatnachmittag unter dem Motto „Frag mich nach Ostpreußen“.

– Bericht –

Im 25. Jahr seit der Gründung der Kreisgruppe Schwäbisch Hall der Landsmannschaft Ost- und Westpreußen sowie Pommern e.V. (LOWP) laufen die Vorbereitungen für die Jubiläumsveranstaltung. Am Sonnabend, 21. November, wird das 25 jährige Bestehen feierlich als Tag der Heimatvertriebenen im Kreis Schwäbisch Hall unter dem Motto „An der Heimat haltet fest“ begangen. Die Veranstaltung findet im Seniorenstift der Bausparkasse, Im Lindach 4 in Schwäbisch Hall statt. Beginn ist 14.30 Uhr. Nach der Feierstunde wird um 18 Uhr das traditionelle Grützwurstessen serviert. Mitglieder und Freunde sind herzlich zu dieser heimatlichen Feier eingeladen.

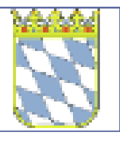
Regelmäßig trifft sich die Kreisgruppe am 1. Mittwoch im Monat im Hotel Sölch, Hauffstraße 14 in Schwäbisch Hall. Über all die Jahre wurde ein heimatliches Programm erstellt. Im letzten Jahr fand die turnusmäßige Mitgliederversammlung statt. Seit Jahren besteht der bewährte Vorstand aus: Kreisvorsitzende Ursula Gehm, Stellvertreter Stefan Steiner, Kassier Erwin Neumann. Beisitzer und Beisitzerinnen: Elfi Dominik, Hans Dieter Krauseneck, Schwester Luise Kremser, Meta Lindemuth, Herta Lung, Siegfried Mauerhoff und Heinz Pyrags. Kassenprüfer: Horst Lindemuth und Helmut Pajewsaki.

Seit Jahren ist Mitgründerin Renate Bauer-Grau Ehrenvorsitzende des Vereins. Seit der ersten Fahrt 1992 nach Ostpreußen hat sich die Kreisgruppe für die Patenschaft zur Deutschen Minderheit in Hohenstein, Kreis Allenstein, eingesetzt. Elfo Domink hat auf ihren jährlichen Fahrten nach Ostpreußen die Kontakte gepflegt. Ihr ist die Organisation und Durchführung der Reisen nach Ostpreußen und Schlesien zu verdanken. Ebenso führte Elfo Dominik das jährliche Grützwurstessen im November durch. Sie hat sich in den 25 Jahren sehr verdient um den Verein gemacht.

Gemeinsam möchten die Mitglieder der Kreisgruppe mit allen Heimatvertriebenen im Kreis Schwäbisch Hall und Freunden ihr 25-Jähriges am 21. November feierlich begehen.

Ursula Gehm, Kreisvorsitzende

Ulmer/Neu Ulm – Sonntag, 26. April, 14.30 Uhr, Ulmer Stuben, Adolph-Kolping-Platz 11: Jahreshauptversammlung. Sonnabend, 9. Mai, 14.30 Uhr, Ulmer Stuben,: Monatliches Treffen,



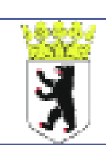
BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Hof – Sonnabend, 9. Mai, 15 Uhr, Altdeutsche Bierstube: Monatsversammlung.

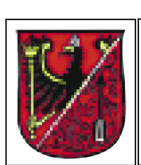
München – Freitag, 8. Mai 14 Uhr, Haus der Deutschen Ostens, Am Lilienberg 5, 81669 München: Zusammenkunft der Frauengruppe – Muttertagsfeier.

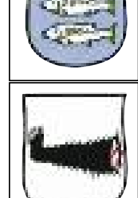
Nürnberg – Dienstag, 28. April, 15 Uhr, Haus der Heimat, Imbuschstraße 1, Nürnberg-Langwasser (gegenüber Endstation U1) Jahreshauptversammlung. Der Vorstand bittet um zahlreichen Besuch.



BERLIN

Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-bln.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.

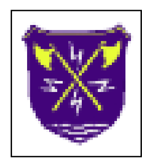




Gumbinnen, Johannisburg, Lötzen, Sensburg – Dienstag, 28. April, 13 Uhr, Restaurant „Dalmata“ Albrechtstraße 52, 12167 Berlin: Eröffnungstreffen des Jahres 2015. Anfragen für Johannisburg und Sensburg: Andreas Maziul, Telefon (030) 5429917, für Gumbinnen: Joseph Lirche, Telefon (030) 4032681, für Lötzen: Gabriele Reiß Telefon (030) 7712354.



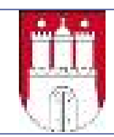
Zur gemeinsamen Arbeitstagung trafen sich vom 13. bis 15. April die Landesfrauenleiterinnen im Ostheim in Bad Pyrmont. Uta Lüttich, die Bundesvorsitzende der ostpreußischen Frauenkreise (im Foto ganz rechts), hatte ein Programm organisiert, dass einerseits mit seinen Vorträgen viele Anregungen bot und andererseits genug Raum für den Erfahrungsaustausch ließ Bild: PAZ



Bartenstein – Sonnabend, 9. Mai. 14 Uhr, Rathaus Zehlendorf Zimmer 21, Kirchstraße 1–3, 14163 Berlin: Gemeinsames Treffen. Anfragen: Elfriede Fortange, Telefon (030) 4944404.



Frauengruppe – Mittwoch, 13. Mai, 13.30 Uhr, Pflegestützpunkt, Wilhelmstraße 116–117, 10963 Berlin: Muttertag. Anfragen: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Haus der Heimat, Teilfeld 8, 20459 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815. 2. Vorsitzender: Manfred Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69 b, 22459 Hamburg, Telefon/Fax (040) 587585, E-Mail: manfred-samel@hamburg.de.

KREISGRUPPEN



Insterburg – Die Gruppe trifft sich jeden ersten Mittwoch im Monat (außer im Juli) zum Singen und einem kulturellem Programm um 12 Uhr, Hotel Zum Zeppelin, Frohmestraße 123–125. Kontakt: Manfred Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69b, 22459 Hamburg. Telefon/Fax (040) 587585, E-Mail: manfred-samel@hamburg.de.

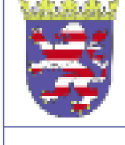


Gumbinnen – Das Treffen im Restaurant Lackermann, Litzowstieg 8, ist verlegt worden. Es findet nicht am 23. Mai statt, sondern am 6. Juni. Weitere Auskünfte: Siegfried Grawitter, Telefon (040) 205784.

Abschiedskonzert

Hamburg – Sonntag, 3. Mai, 10 Uhr, St. Gabriel Kirche, Hartzlohplatz 17: Nach 65-jährigem Bestehen gibt der „Ostpreußenchore Hamburg“ im Rahmen eines Gottesdienst sein Abschiedskonzert. Der Eintritt ist frei. Die Kirche kann mit den HVV-Bussen bis zur Haltestelle Hartzloh erreicht werden. Von dort sind es etwa fünf Minuten Gehweg. Weitere Informationen bei Ilse Schmidt, Telefon (040) 2543935.

Alle Seiten »Heimatarbeit« auch im Internet



HESSEN

Vorsitzender: Eberhard Traum, Wächtersbacherstraße 33, 63636 Brachtal, Telefon (06053) 708612.

Darmstadt/Dieburg – Der Monatsbericht: Am Sonnabend, 11. April, fand wie immer unser Treffen im Luise-Büchner-Haus in Kranichstein statt. Trotz anfänglicher Bedenken, konnte man zum Schluss doch noch von einer gut besuchten Veranstaltung sprechen. So konnten wir den 1. Vorsitzenden der Kreisgruppe Kassel, Herrn Landau, und seine Stellvertreterin Frau Nitschky, die beide extra mit dem Zug angereist waren, begrüßen. Auch Frau Jaenich hatte ihren Bruder – Herrn John – überzeugt, an unserer Veranstaltung teil zu nehmen.

Nach der Begrüßung durch unseren 1. Vorsitzenden und dem Gedenken an unser am 24. März verstorbenes Mitglied Emmi Klotzek, gab Frau Keller bekannt, dass bedingt durch ernste Erkrankungen von Mitgliedern, die Besucherzahl der Veranstaltung stark reduziert ist. Wir gedachten auch des ehemaligen stellvertretenden Vorsitzenden, Erwin Balduhn. Ruth Rescheleit beglückwünschte alle Geburtstagskinder, die in der Zeit vom 15. März bis 11. April feiern konnten, und trug ein humoriges Gedicht vor. Herr Turowski gab Einblicke in die Osterzeit und hier ganz besonders in die Zusammenhänge vom Karfreitag und dem Osterfest.

Nach einer kurzen Kaffeepause begann Peter Struwecker mit dem Vortrag über seine Geburtsstadt Königsberg. Durch sein fachkundiges Wissen über das „Alte Königsberg und das neue Königsberg“, so das Thema, war der Lichtbildervortrag eine gelungene Dokumentation. So begleitete Herr Struwecker die gezeigten Bilder mit umfangreichen Erklärungen und Zitaten der großen Königsberger Gelehrten. Alle Anwesenden waren begeistert von dem mit großem Engagement gehaltenen Vortrag und bedankten sich mit langanhaltendem Applaus.

Unser nächstes Treffen findet am 16. Mai unter dem Motto „Fröhlich in den Frühling“ statt. Es ist unser letztes Treffen vor der zweimonatigen Sommerpause. Wir möchten nochmals auf die Reise nach Ostpreußen vom 8. Juli - 15. Juli 2015 hinweisen. Sie wird durch Siegfried Kugies, Taunusstraße 40, 65468 Trebur, Telefon (06147) 7353 veranstaltet. Unterlagen zur Reise können direkt bei ihm angefordert.

Wetzlar – Montag, 11. Mai, 19 Uhr, Restaurant, „Grillstuben“, Stoppelberger Hohl 128: Monatliches Treffen, Wolfgang Kopiske, Weilrod-Hasselbach, spricht über die Vertreibung vor 70 Jahren. Außerdem gibt es Gedichte zum Muttertag, gelesen von Friederike Preuß und Karla Weyland. Der Eintritt ist frei. Kontakt: Kuno Kutz, Tel. 06441 770559.



Beim Monatstreffen in Wetzlar: CDU-Politiker Christian Wagner mit dem Vorsitzenden der Kreisgruppe Wetzlar Kuno Kutz und dem Referenten Rudolf Virnich (v. li.) Bild: Rühl

– Bericht –

Beim Monatstreffen konnte der Vorsitzende Kuno Kutz den CDU-Politiker Christian Wagner (Lahntal) begrüßen. Der ehemalige Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion gehört der Landsmannschaft an, ist er doch 1943 in Königsberg geboren. Aus Verbundenheit zu seiner Heimat hat er einen seiner vier Söhne in Königsberg taufen lassen. Wagner hat in den vergangenen Jahren viele Reisen nach Königsberg unternommen und ist Vorstandsmitglied der Stadtgemeinschaft Königsberg, einem Verein ehemaligen Königsberger. Zudem ist er Vorsitzender des Freundeskreises der Königsberger Diakonie in Wetzlar.

Bilder aus Königsberg und anderen Städten Ostpreußens hat der 83-jährige Rudolf Virnich bei einem Vortrag gezeigt. Der in Köln geborene Virnich war von November 1941 an mit seiner Mutter und seinen zwei Brüdern elf Monate lang nach Ostpreußen

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 17

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 16

evakuiert. Es sei die schönste Zeit seiner Kindheit gewesen, erinnert sich der Referent. Gemeinsam mit seinem Bruder Werner machte sich Virnich nach Perestroika und Glasnost auf zu einer siebentägigen Rundreise durch Nordostpreußen. Die Familie hatte während der Evakuierung in den Orten Schäferberg und Spechtsboden im Kreis Goldap gelebt. Auf der Reise mussten die Virnich-Brüder erfahren, dass die beiden Orte im russischen Grenzgebiet zur Sperrzone erklärt sind. Von der ehemaligen Bebauung soll nichts mehr bestehen.

Die erste Station der Rundreise war Memel, heute Klaipeda in Litauen. Hier verweilten die Besucher vor dem Theater mit dem Simon-Dach-Brunnen, der besser bekannt ist als „Ännchen von Tharau“-Brunnen. Simon Dach hatte das Gedicht über die Pfarrerstochter Anna auf Wunsch eines Schweden ins Königsberger Platt übersetzt. Heute bilden die 16 Strophen des verliebten Schweden ein bekanntes Volkslied.

In Königsberg standen zahlreiche Baudenkmäler auf dem Programm. Am früheren Hauptbahnhof, heute der Südbahnhof, fanden sie ein Denkmal für den früheren Staatspräsidenten der Sowjetunion, Michail Iwanowitsch Kalinin (1923 bis 1946), der 1946 Namensgeber für die frühere deutsche Stadt Königsberg wurde. Nicht schlecht staunten die Virnich-Brüder beim Besuch der Philharmonie. Sie ist seit 1980 in der 1907 erbauten Kirche zur Heiligen Familie untergebracht. Nach dem Krieg diente das Gotteshaus zeitweise als Lazarett und später als Lagerraum für Düngemittel. Heute gehört die dreischiffige Hallenkirche zu den wichtigsten Konzertsälen Europas.

Virnich zeigte auch die Bilder des Hauses der Räte. Das 16-stökkige Hochhaus wurde 1994 errichtet und steht seitdem in der Nähe des ehemaligen Königsschlosses unfertig da. Die sowjetischen Erbauer hatten nicht mit dem weichen Untergrund des Bauplatzes gerechnet. Weil bereits der Rohbau begann, einige Meter abzusacken, wurde ein Baustopp verhängt. Im Jahr 2005 wurde in Königsberg das Jubiläum zur Stadtgründung vor 750 Jahren durch König Ottokar II. von Böhmen gefeiert. Um die Bauruine nicht gar zu trostlos aussehen zu lassen, hat die russische Stadtbehörde hunderte von Fenster in das Gebäude einsetzen lassen. Bei der dreistündigen Stadtrundfahrt machte die Reisegesellschaft auch Halt am Puppentheater. Es ist in der 1901 errichteten und im Krieg zerstörten, später wieder aufgebauten Königin-Luise-Gedächtniskirche untergebracht. Den Königsberger Dom fanden die Virnich-Brüder im Wiederaufbau vor. Nach dem Krieg wurde die Ruine des Domes nicht angetastet, birgt sie doch das Grab des Philosophen Immanuel Kant (1724 bis 1804).

Weitere Ausflugsfahrten der Virnichs führten nach Cranz, dem heutigen Selenogradsk sowie auf die Kurischen Nehrung. Auch die berühmte Vogelwarte in Rossitten, bereits 1901 von der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft gegründet, war einen Besuch wert. Zu den Mitbringseln von Rudolf Virnich gehört ein kleines Stück Bernstein, den er in Rauschen am Strand fand. Die Brüder sahen auch den ehemaligen einzigen Tagebau für Bernstein in Palmnicken und das Bernsteinmuseum im Dohna-Turm in Königsberg.

Gumbinnen an der Pissa mit einem Abstecher zum einstigen berühmten Gestüt Trakehnen sowie Gerdauen, Friedland, Tapiau und Wehlau waren weitere Stationen der Reise. Den Besuchern des Vortrages sagten die Ortsnamen etwas und bei den Bildern schauten sie erfreut auf, weil sie Flecken ihrer alten Heimat erkannten.

Insterburg, Georgenburg, Tilsit und Nidden schließlich beendeten die sechstägige Reise, die bei Virnich nachhaltige Eindrücke hinterlassen hat. Die Besucher dankten ihm seine Einblicke in die Vergangenheit und Gegenwart mit reichlich Applaus.



MECKLENBURG-VORPOMMERN

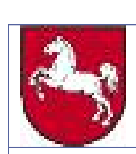
Vorsitzender: Manfred F. Schukat, Hirtenstraße 7 a, 17389 Anklam, Telefon (03971) 245688.

Anklam – Sonnabend, 25. April, 10 bis 17 Uhr, Mehrzweckhalle „Volkshaus“ Anklam, Baustraße 48–49 (Stadtzentrum, Nähe Markt): Jährliches landesweites Heimattreffen der Westpreußen und Danziger in Mecklenburg-Vorpommern.

Thema ist das Kriegsende vor 70 Jahren und die Versenkung der Flüchtlingsschiffe „Gustloff“, „Steuben“ und „Goya“, die von Gotenhafen ausliefen. Genau vor 70 Jahren – am 25. April 1945 – fiel der Fluchthafen Pillau in die Hände der Roten Armee.

Zum Wiedersehen in Anklam sind auch alle Ostpreußen und am Thema Interessierte von nah und fern mit Angehörigen sehr herzlich eingeladen. Das Festprogramm gestalten die Blaskapelle „Hoher Stein“ und Heimatsänger Bernstein.

Die Heimatkreise sind wie immer ausgeschildert. Für das leibliche Wohl mit Mittagessen, Kaffee und Kuchen, Bärenfang sowie kostenlose Parkplätze ist wie immer gesorgt. Erwartet werden bis 200 Besucher. Vier Tage später fährt ein Bus von Mecklenburg-Vorpommern nach Danzig, zur Halbinsel Hela und die Kaschubei. Dort gibt es ein Wiedersehen mit dem polnischen Kinder- und Jugend-Folkloreensemble „Kaschubische Noten“, die schon oft zu Gast bei den Heimattreffen in Anklam waren.



NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Buxtehude – Sonntag. 26. April, 13 Uhr (Busabfahrt Stade): Theaterfahrt zur Dittchenbühne nach Elmshorn. Besuch der Tragikomödie „Ich liebe euch doch alle“ um „die gescheiterten Politikgrößen Erich Mielke und Erich Honekker“. Weitere Einsteigemöglichkeiten zum Mitfahren sind unter anderen in Horneburg, Buxtehude und Neu Wulmsdorf. Nähere Informationen: Telefon (04161) 3406.



Göttingen – Vom 17. bis 24. Juli bietet die Gruppe Göttingen wieder eine achttägige Fahrt nach Masuren an. Sie umfasst sieben Übernachtungen (inklusive jeweils einer Zwischenübernachtung auf der Hin- und Rückreise) mit Halbpension in Hotels der Mittelklasse. Dazu ist eine Rundfahrt in Masuren und im Ermland sowie einen Besuch des Treffens der deutschen Minderheit in Bischofsburg.

Nähere Informationen und schriftliche Anmeldungen bis zum 15. März an: Werner Erdmann, Holtenser Landstraße 75, 37079 Göttingen.

Helmstedt – Donnerstag, 14. Mai, 15 Uhr, Zwickauer Straße 12: Himmelfahrt, Treffen im Garten bei Frau Anders.

Holzminden – Im Mai wird die Vorsitzende Renate Bohn sich mit dem Leben und Wirken einzelner ostpreußischer Schriftsteller befassen. Ebenfalls im Mai ist je nach Witterung und Blüte kurzfristig ein Tag zur Orchideenwanderung eingeplant. Es werden schon jetzt Anmeldungen für die Tagesfahrt am 26. Juni zum Küchenmuseum in Hannover entgegengenommen.

Osnabrück – Donnerstag, 30. April, 15 Uhr, Gaststätte Bürgerbräu, Blumenhaller Weg 43: Literaturkreis. – Dienstag, 5. Mai, 16.30 Uhr, Hotel „Ibis“, Blumenhaller Weg 152: Kegeln. – Freitag, 15. Mai, 15 Uhr, Gaststätte Bürgerbräu: Treffen der Frauengruppe.

Rinteln – Donnerstag, 7. Mai, 15 Uhr, Hotel Stadt Kassel, Klosterstraße 42, 31737 Rinteln: Bei diesem Monatstreffen wird Dr. Hans-Walter Butschke aus Lemgo über die „Tier- und Pflanzenwelt in den Seen Ostpreußens und Westpreußens“ referieren. Neben den Mitgliedern der Gruppe sind Angehörige und Freunde sowie interessierte Gäste aus Nah und Fern ebenfalls herzlich willkommen. Auskünfte und Informationen zur landsmannschaftlichen Arbeit in Rinteln gibt es beim Vorsitzenden Joachim Rebuschat unter Telefon (05751) 53 86 oder über: rebuschat@web.de



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Bonn – Die Reise nach Ostpreußen vom 22. Juni bis 1. Juli wird von der Kreisgruppe Bonn organisiert. Es sind noch einige Plätze frei. Interessenten melden sich bei Manfred Ruhnau, Telefon (02241) 311395.

Düsseldorf – Jeden Mittwoch, 18.30 Uhr, Eichendorff-Saal, Stiftung Gerhart-Hauptmann-Haus (GHH), Bismarckstraße 90: Chorprobe der Düsseldorfer Chorgemeinschaft „Ostpreußen-Westpreußen-Sudetenland“ unter Leitung von Radostina Hristova. – Mittwoch, 29. April, 15 Uhr, Ei-

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 18



Dein gutes Herz hat aufgehört zu schlagen.
Du wolltest noch so gerne bei uns sein.
Schwer ist es, diesen Schmerz zu tragen.
denn ohne dich wird vieles anders sein.

Werner Grubert

* 10. 4. 1924 Groß Wingen/Ostpr. † 10. 4. 2015 Nienburg/Weser

In stiller Trauer
Frank und Waraporn Grubert
Wolfgang und Gudrun Teichmann
Rüdiger und Hanne Teichmann mit Maurus
Bastian und Sina Teichmann mit Bennet
Else Grubert und Familie

31582 Nienburg, Virchowstraße 18

Die Trauerfeier fand am Freitag, dem 17. April 2015, um 10.00 Uhr in der Friedhofskapelle Mindener Landstraße statt, anschließend erfolgte die Beisetzung.

– Bestattungshaus Magercurth-Klinger Telefon: 05021 / 21 81 –





...und immer sind da Spuren Deines Lebens:
Gedanken und Augenblicke.
Sie werden uns an Dich erinnern
und uns glücklich und traurig machen.

Nach einem erfüllten Leben, fern ihrer geliebten Heimat Ostpreußen, müssen wir Abschied nehmen von

Brunhilde Reimers
geb. Nötzel

* 15. Mai 1926 Saalfeld/Ostpreußen † 7. April 2015 Bremen

In Liebe und Dankbarkeit
Rainer Reimers mit Familie
Erika Viertel, geb. Nötzel mit Familie
und alle Verwandten

Rainer Reimers, Bockhorster Dorfstraße 73, 28876 Oyten

Die Trauerfeier mit anschließender Urnenbeisetzung, findet am 30. April 2015 um 11.15 Uhr in Bremen auf dem Osterholzer Friedhof statt.

Anstelle von Blumen und Kränzen bitten wir im Sinne der Verstorbenen um eine Spende zugunsten des Volksbunde Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V., Spendenkonto: Commerzbank Kassel, IBAN DE 23 5204 0021 0322 2999 00, BIC COBADEFFXXX Kennwort: Brunhilde Reimers.

Ein erfülltes Leben ist friedlich zu Ende gegangen.

Unser Vater, Stiefvater und Großvater ist nun eins mit seiner über alles geliebten Natur.

Oberstleutnant a. D.
Hubertus Macketanz

* 3. 11. 1925 Königsberg/Pr. † 20. 3. 2015 Ascheberg/Holstein



Alexander Macketanz mit Familie
Christian Macketanz mit Familie
Hubertus Fischer mit Familie

Nehmten, im April 2015

Auf ausdrücklichen Wunsch des Verstorbenen fand die Urnenbeisetzung im engsten Familienkreis statt.

Traueradresse: A. Macketanz, Josef-Höss-Straße 2, 89257 Illertissen



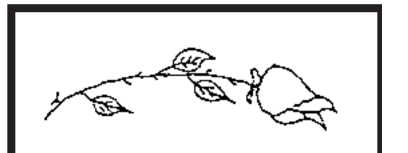
Und die Meere rauschen den Choral der Zeit,
Elche steh'n und lauschen in die Ewigkeit.

Annemarie Didt

* 5. Juni 1923 in Insterburg † 5. April 2015 in Celle

In stillem Gedenken
Christine Dühr, geb. Weber
Dorothea Wasielewski, geb. Weber
Margarete Steffens, geb. Weber

Die Trauerfeier und Beisetzung fand am 16. April 2015 in Celle statt.



Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 17

chendorff-Saal, Stiftung Gerhart-Hauptmann-Haus (GHH), Bismarckstraße 90: Filmvorführung „Das siebte Kreuz“ nach dem Roman von Anna Seghers. – Dienstag, 5. Mai, 19 Uhr, Konferenzraum: „Böhmische Dörfer“ – Film und Gespräch mit Jana Cisar und Peter Zach. – Mittwoch, 6. Mai, 15 Uhr, Raum 311, GHH: Ostdeutsche Stickerei mit Helga Lehmann und Christel Knackstädt. – Freitag 8. Mai, 18. Uhr, Restaurant Lauren's, Bismarckstraße 62: Stammtisch. – Sonnabend, 9. Mai, 7.30 bis 19.30 Uhr: „Kalter Krieg in der Eifel“ – Tagesexkursion zum Bunker der Landesregierung NRW nach Urft. – Montag, 11. Mai, 19 Uhr, Konferenzraum, GHH: „Der Erste Weltkrieg in den Teilungsgebieten Polens“ – Vortrag von Dr. Wolfgang Kessler.

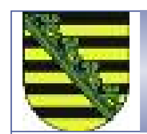
Ennepetal – Sonnabend, 9. Mai, 15 Uhr, Haus Ennepetal. Gasstraße: 60 Jahre LO.

Gütersloh – Donnerstag, 30. April, Haus Henkenjohann, Eiserstraße 16, 33415 Verl: Tanz in den Mai. Karten gibt es nur an der Abendkarte. Eintritt: Zehn Euro, für Mitglieder sieben Euro. Weitere Infos unter Telefon (05241) 29211 oder www.jagalla.info.

Neuss – Sonntag, 26. April, 15 Uhr, Marienhaus, Kapitelstraße 36, Frühlingsfest mit Tanz und Vorträgen.

Siegen – Die Frauengruppe der Ost- und Westpreußen trifft sich an jedem 3. Dienstag im Monat um 14 Uhr ab sofort im barrierefreien Café Patmos in Siegen-Geisweid in der Sohlbacher Straße.

Wesel – Zum Frühlingsfest konnte Paul Sobotta, der 1. Vorsitzende der Kreisgruppe, eine beachtliche Schar in der Heimatstube willkommen heißen. In seinem Vortrag spannte er einen großen Bogen vom Frühling hier am Niederrhein bis in die Heimat Ostpreußen. Die drei Frühlingselfen Irma Laukmichel, Waltraud Koslowski und Gertrud Zuch sorgten mit ihren Frühlingsgeschichten und Gedichten für eine schöne Atmosphäre. Das Vorstandmitglied Manfred Rohde wurde mit dem Silbernen Ehrenzeichen der Landsmannschaft ausgezeichnet. Der Höhepunkt des Festes war das traditionelle Grützwurst/Krakauer-Essen mit Kumst (Sauerkraut) und Brotbeilagen. Alles ließen es sich gut schmecken. Ein jeder ging zufrieden nach Hause.

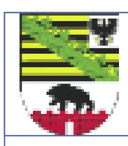


SACHSEN

Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616.

Chemnitz/Zwickau – Die Heimatgruppe der Insterburger in Sachsen kann sich in der kommenden Zeit nicht mehr in den altbewährten Räumen treffen. Das Gebäude in der Hölderlinstraße wird totalrenoviert. Die Treffen finden daher in diesem Jahr in Zwickau im Brauhaus hinter dem Dom statt. Termine sind der 5. Juni, 11. September und 12 Dezember. Die Treffen beginnen um 14 Uhr, das Weihnachts-treffen um 12 Uhr.

Limbach-Oberfrohna – Sonnabend, 16. Mai, 14 Uhr, Eschenmuseum, Sachsenstraße 3: Heimatnachmittag zum Thema „Die schwere und leidvolle Geschichte der Wolfskinder“. Erna Felber berichtet von ihren eigenen Erfahrungen als Wolfskind. Der Nachmittag wird umrahmt mit heimatlichen Gedichten und Liedern. Alle Landsleute und Gäste sind herzlich eingeladen



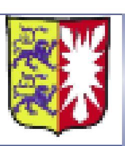
SACHSEN-ANHALT

Vors.: Michael Gründling, Große Bauhausstraße 1, 06108 Halle, Telefon privat (0345) 2080680.

Dessau – Montag, 11. Mai, 14 Uhr, Krötenhof: Muttertag.

Magdeburg – Freitag, 8. Mai, 16 Uhr, Sportgaststätte TuS Fortschritt, Zielitzer Straße: Treffen des Singekreises. – Dienstag, 19. Mai, 13 Uhr, Immermannstraße: Treffen der Stickerchen.

Alle Seiten »Heimatarbeit« auch im Internet



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner. Geschäftsstelle: Telefon (0431) 554758, Wilhelminenstr. 47/49, 24103 Kiel.

Bad Oldesloe – Nach Begrüßung der nachösterlichen Runde im April las Ulrich Klemens den Beitrag aus dem Heimatbrief des Kreises Elchniederung „Die Memelniederung – Entstehung, Entwicklung und Geschichte“ von Dr. Helmut Nickstadt. Dabei ging es um die Wasserstraßen im Kreis Elchniederung, um den Gilgefluß, der vertieft und eingedeicht wurde, um den Kanal zur Verbindung der Deime mit dem Nemonienstrom und den Friedrichsgraben. Die Teilnehmer konnten anhand der Kreiskarte die Ausführungen verfolgen. Dieses Wasserstraßensystem war einmalig in Ostpreußen.

Katharina Makarowski hatte einige ostpreußische Anekdoten mitgebracht. Eine lebhafte Aussprache schloss sich zu allen Texten an. Und es wurde auch wieder von eigenen Erlebnissen berichtet. Georg Baltrusch teilte mit, dass er wieder einen Jahresausflug im Mai vorbereitet habe. Genesungswünsche wurden Bildegard Neppessen übermittelt.

Gisela Brauer

Bad Schwartau – Sonntag, 26. April, 12 Uhr, ZOB: Abfahrt zum Theaternachmittag in Elmshorn: Die bekannte Regisseurin und Schauspielerin Maria von Bismarck inszeniert wieder einmal an der Dittchenbühne. Diesmal das Stück „Ich liebe Euch doch alle...“ – eine Tragikomödie zum 25. Jahrestag des Falls der Berliner Mauer und des Endes des SED-Regimes von Raimar Neufeldt. Es zeigt unterschiedliche Facetten der Novembertage von 1989: Das Politbüro, die Protestkundgebung auf dem Alexanderplatz, die Auseinandersetzungen innerhalb einer Familie, die Situation an der Grenze, Gespräche zweier Wessis über Geschäfte im Osten und der Abschied von Wandlitz. Im Mittelpunkt stehen die gescheiterten Politgrößen Erich Mielke und Erich Honecker. Der Theaternachmittag kostet 40 Euro inklusive Eintritt, Mittagessen (Schmandschinken) und Fahrt. Anmeldung bitte bei Gisela Rowedder, Telefon (04504) 3435 oder Regina Gronau, Telefon (0451) 26706. Gäste sind wie immer herzlich willkommen!

Burg auf Fehmarn – Dienstag, 12. Mai, 15 Uhr, Haus am Stadtpark: Wernfried Lange aus Eutin zeigt einen Dia-Vortrag über Masuren und Danzig. Gäste sind herzlich willkommen. Danach geht die Landsmannschaft in die Sommerpause und trifft sich am 8. September wieder zu ihrem monatlichen Nachmittag.

Flensburg – Freitag, 8. Mai, 12.30 Uhr, Exe Markthalle (1. Treffpunkt), 12.40 Uhr ZOB (2. Treffpunkt): Arno von Spreckelsen führt durch die blühenden Rapsfelder

Pinneberg – Sonnabend 9. Mai: Busausfahrt.



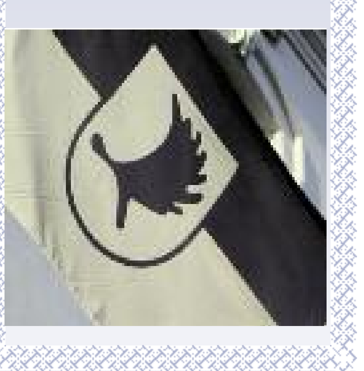
THÜRINGEN

Vors.: Edeltraut Dietel, August-Bebel-Straße 8 b, 07980 Berga an der Elster, Tel. (036623) 25265.

Landesgruppe – Sonnabend, 9. Mai, 10.30 Uhr, Altvaterturm bei Lehesten im Thüringer Wald: Weihe einer Gedenktafel für Wolfskinder. Alle ost- und westpreußischen Landsleute, Heimatfreunde sowie interessierte Bürger sind recht herzlich eingeladen.

Schmalkalden – Donnerstag, 7. Mai, 14 Uhr, Klub der Volkssolidarität: Heimatnachmittag.

Für die Heimatseiten ist Frank Horns zuständig. Texte und Fotos bitte an: Preußische Allgemeine Zeitung z. H. Frank Horns Buchtstraße 4 22087 Hamburg. Oder per E-Mail: horns@ostpreussen-blatt.de



Vierbeiner als Überraschungsgast

Ein großer Erfolg war das Frühjahrstreffen der Ostpreußen in Anklam

Am 14. März platzte die festlich geschmückte Mehrzweckhalle „Volkshaus“ aus allen Nähten. Rund 600 Ostpreußen aus der näheren und weiteren Umgebung waren zum traditionellen Frühlingstreffen nach Anklam gekommen.

Nicht nur das Wiedersehen an den nach ostpreußischen Heimatkreisen geordneten Tischen stand diesmal obenan. Besonders wurde an das Ende des Zweiten Weltkrieges vor 70 Jahren erinnert, welches für die Ostpreußen mit Flucht und Vertreibung aus der Heimat verbunden bleibt. Dazu war ein Flüchtlingshandwagen mit Koffern und Bettzeug nachgestellt. An der Bühne wiesen Rettungsreifen mit den Namen der Flüchtlingsschiffe „Gustloff“, „Steuben“ und „Goya“ und den Daten ihrer Versenkung auf diese größten Schiffskatastrophen der Geschichte hin. Der Posaunenchor Bansin umrahmte das Gedenken mit wunderbar intonierten Chorälen.

Als ausgesprochener Besuchermagnet erwies sich Uwe Holmer aus Serrahn, der im Frühjahr 1990 Erich und Margot Honecker in sein Pfarrhaus aufgenommen hatte. Die Besucher hingen dem inzwischen 86-jährigen Pastor eine Stunde lang an den Lippen – man hätte eine Stecknadel fallen hören können. Die Verbindung zu den Ostpreußen geht auf den Landesvorsitzenden Manfred Schukat zurück: Pfarrer Holmer hatte 1968 das Ehepaar Schukat einst getraut und 1997 Emmy Schukat beerdigt. Sein großes Thema – die Versöhnung Gottes mit den Menschen und der Menschen untereinander – ist die zentrale Botschaft der Bibel.

Damit traf er auch das Anliegen der Ostpreußen, die Brücken in die Heimat zu den heute dort lebenden russischen, polnischen und litauischen Bewohnern schlagen. Augenfälliger Beleg dafür war der Auftritt des Kant-Chores Gumbinnen, der mit voller Besetzung eigens zu diesem Anlass wieder nach Anklam gekommen war und seinen Zuhörern musikalische Grüße aus der Heimat mitgebracht hatte. Mit russischen und deutschen Chorälen, Volks- und Heimatliedern gewann das professionelle Ensemble unter seiner Leiterin Tatjana Matwejewa wieder die Herzen der versammelten Ostpreußen. Erstmals war die Leiterin des russischen Kulturhauses Gumbinnen [Gussjew], Natalja Moskwitschewa, nach Anklam mitgekommen. Mit ihrer Einrichtung verbindet die Landesgruppe der Ostpreußen in Mecklenburg-Vorpommern seit 2013 ein offizieller Partnerschaftsvertrag.



Reiste eigens für das Ereignis in voller Stärke an: Der Kant-Chor Gumbinnen Bilder (2): Schülke

Kurz vor der Mittagspause tänzelte dann noch ein begeistert empfangener Überraschungsgast in den Saal: Unter den Klängen des Trakehner-Marsches wurde die Original-Trakehnerstute Lisa vom Privatgestüt Jamel bei Schwerin vor die Bühne geführt. Reitbursche Otto aus Trakehnen alias Rainer Janenz glänzte mit seinen Zuchtkenntnissen und gab auch noch einen ostpreußischen Trinkspruch zum Besten.

Das war der Auftakt für die obligatorische Saalrunde mit selbstgemachten Meschkinnes – dem berühmten ostpreußischen Bärenfang.

Am Nachmittag kam es zwischen den Auftritten des Kant-Chores zu einer Uraufführung: Das „OMO“ – ein spontan gegründetes „Ostpreußisches Mundharmonika-Orchester“ – feierte seine Premiere. Nach einem zuvor gestarteten Aufruf und kurzer Einübung trugen zwölf musikalisch versierte Landsleute bekannte Frühlings- und Volkslieder vor. Sie ernteten dafür nicht nur stürmischen Applaus, sondern kamen auch um eine Zugabe nicht herum. Ist doch die Mundharmonika das Volksinstrument schlechthin.

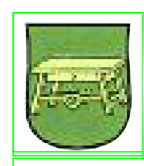
Mit dem gemeinsam gesungenen Ostpreußenlied und gegenseitig gereichten Händen ging ein Tag zu Ende, der wieder viele Menschen zusammenführte. Großer Dank gebührt den 30 ehrenamtlichen Mitarbeitern und Helfern, die mit der festlichen Frühlings-Dekoration, dem Einlass, der Essenausgabe, dem Büchertisch und dem Getränkeverkauf für einen reibungslosen Ablauf sorgten. *Friedhelm Schülke*



Rund 600 Ostpreußen füllten das Anklamer Volkshaus

AUS DEN HEIMATKREISEN

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift. Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel. Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



EBENRODE (STALLUPÖNEN)

Kreisvertreter: Dr. Gerhard Kuebart, Schiefe Breite 12a, 632657 Lemgo, Telefon (05261) 8 81 39, E-Mail: gerhard.kuebart@googlemail.com.

Versammlung der Mitglieder

Gemäß Paragraf 8 der Satzung vom 22. September 2012 lädt der Vorstand der Kreisgemeinschaft Ebenrode (Stallupönen) die Vereinsmitglieder zur ordentlichen Mitgliederversammlung ein. Sie findet am 30. Mai im Rathaus der Patenstadt Kassel, Obere Königsstr. 8, Magistratssaal um 14 Uhr statt. Die Tagesordnung:

Begrüßung/Protokoll, Rechenschaftsbericht des Kreisvertreters und der Vorstände, Bericht der Kassenprüfer und Antrag auf Entlastung des Vorstandes, Neuwahl des Vorstandes, Verschiedenes.

Wir bitten um zahlreiches Erscheinen.

Dr. Gerhard Kuebart, Helmut Perrey, Elsbeth König, Gert D. Brandstäter

Kirchspieltreffen

25./26. April, Bergen: Kirchspieltreffen Birkenmühle/Mehlkehmen im Hotel Michaelishof, Hauptstraße 5. Anmeldung und Informationen bei Kirchspielvertreterin Margarete Malchow.




FISCHHAUSEN

Kreisvertreter: Klaus A. Lunau, Bahnhofstraße 14, 30853 Langenhagen, Stellvertreterin: Marion Gehlhaar, Telefon (040) 476070. Geschäftsstelle: Fahltskamp 30, 25421 Pinneberg, täglich erreichbar unter Telefon (04101) 22037, Postfach 17 32, 25407 Pinneberg, E-Mail: Geschaeftsstelle@kreis-fischhausen.de. Besichtigung nach Wunsch.

Hans-Parlow-Vortrag

Die Pillauer Heimatgemeinschaft Seestadt Pillau lädt ein zum Hans-Parlow-Vortrag. Ort und Zeit: Ekkernförde am 25. April, 17 Uhr, im Stadthallenrestaurant „Luzifer“, Am Exer 1. Über „Das Wolfskinderprojekt“ referiert Christopher Spatz, Historiker der Universität Berlin. Gezeigt wird der Film „Wolfskinder“. Er steht exemplarisch für die Erlebnisse all der Kinder, die in den Jahren 1945–48 alleine in Ostpreußen überlebten. Unser Mitglied Lena Neumann war Zeitzeugin. Ihre Erlebnisse sind für eine wissenschaftliche Aufarbeitung und ein Buchprojekt ausgewählt worden. Im Anschluss besteht die Möglichkeit eines Gedankenaustausches unter Leitung von Christopher Spatz. Der Eintritt ist kostenlos.

Gabriele E. Schildknecht-Lindenberg

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 19

Alle Seiten »Heimatarbeit« auch im Internet

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 18



GERDAUEN

Kreisvertreter: Walter Mogk, Am Eichengrund 1f, , 39629 Bismark (Altmark), Telefon (0151) 12 30 53 77, Fax (03 90 00) 5 13 17. Gst.: Doris Biewald, Blümnerstraße 32, 04229 Leipzig, Telefon (0341) 9600987, E-Mail: geschaeftsstelle@ kreis-gerdauen.de.

Stadttreffen

27. April bis 1. Mai, Bad Pyrmont: Stadttreffen Gerdauen im Ostheim.



HEILIGENBEIL

Kreisvertreterin: Elke Ruhnke, Im Bökel 76, 42369 Wuppertal, Tel.: (0202) 46 16 13. E-Mail: ruhnke@kreis-gemeinschaft-heiligenbeil.de. Stellvertreter: Christian Perbandt, Im Stegfeld 1, 31275 Lehrte, Tel.: (05132) 57052. E-Mail: perbandt@kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de. 2. stellvertretender Kreisvertreter: Bernd Schmidt, Heideweg 24, 25578 Dägeling, Telefon (04821) 8 42 24. E-Mail: Schmidt.ploessen@gmx.de. 2. Schriftleiterin: Brunhilde Schulz, Zum Rothenstein 22, 58540 Meinerzhagen, Tel.: (02354) 4408, E-Mail: brschulz@dokom.net. Internet: www. kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de

Zum Tode von Peter Böck

Der Vorstand der Kreisgemeinschaft Heiligenbeil trauert um sein langjähriges Mitglied. Peter Böck verstarb in den frühen Morgenstunden des 25. März im Alter von 71 Jahren nach kurzer, schwerer Krankheit. Wir verlieren durch seinen Tod einen guten Freund und ein treues Mitglied. Er wird immer in unseren Herzen weiterleben.

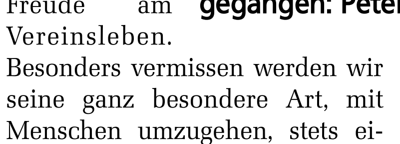
Wie kommt ein Bayer aus Salzbergen zu dem Amt als Kassenwart bei den Heiligenbeilern? Ganz einfach, er liebte die Geselligkeit und hatte Freude am Vereinsleben. Besonders vermissen werden wir seine ganz besondere Art, mit Menschen umzugehen, stets einen lustigen Spruch auf Lager zu haben und in schwierigen Situationen die Ruhe zu bewahren.



Ein guter Freund, ein treues Mitglied ist von uns gegangen: Peter Böck Bild: xyz

Wir werden Peter Böck als einen verlässlichen und liebenswerten Freund in guter Erinnerung behalten. Der Tod kann uns von dem Menschen trennen, der zu uns gehörte, aber er kann uns nicht das nehmen, was uns mit ihm verbindet.

Elke Ruhnke, Kreisvertreterin, stellvertretend für den Vorstand der Kreisgemeinschaft Heiligenbeil



27. Sondertreffen Zinten-Land

Am Wochenende vom 20. bis 22. März fand das mittlerweile 27. Sondertreffen des Kirchspiels Zinten-Land statt. Die Kirchspielvertreterin Irmgard Lenz hatte trotz gesundheitlicher Probleme wieder die Organisation übernommen, und 25 Landsleute beziehungsweise deren Anhang waren in den verschneiten Harz gereist.

Überschattet wurde das Treffen von dem Umstand, dass der seit Jahren nicht zuletzt wegen seiner netten Spielideen und lustigen Wortbeiträge beliebte Gerhard Weise verstorben ist. Seine Frau Maria und ihre Schwester Ulla aus Pritzwalk wären gerne gekommen, konnten aber in diesem Jahr die Runde leider nicht komplettieren. Wir schicken auf diesem Weg noch einmal liebe Grüße.

Am Freitag war der Abend dann geprägt von den vielen Dingen, die sich im Laufe eines Jahres ansammeln und die unbedingt zu erzählen sind. Viele Geschichten, Erlebnisse und auch Scherze gingen am Tisch hin und her. Der Wirt kam kaum damit nach, allen Wünschen gerecht zu werden und ließ es sich nicht nehmen, selbst eine Runde geistiger Getränke auf das Wohl seiner lustigen Gäste auszugeben. Das Gefühl, gern gesehene Gäste im Quellenhof zu sein, wird von Jahr zu Jahr stärker.

Am Samstag fanden wir kein gemeinsames Ziel für einen Ausflug, der Abend vorher und einige unaufschiebbare Erledigungen ließen uns für ein paar wenige Stunden getrennte Aktionen ausführen. So ging es für die einen ins Dorf, um Passfotos für die anstehende Ostpreußenreise zu machen, andere erkundeten im Rahmen einer kleinen Wanderung die Umgebung. Bad Harzburg war das Ziel für den Erwerb einheimischer Spezialitäten, in Clausthal-Zellerfeld freute sich die Glashütte über Besuch, Goslar wurde aufgesucht, und so trafen wir uns mittags dann zu einem Teller Erbsensuppe wieder in unserem Quartier.

Nachmittags gab es dann neben den köstlichen Torten, die bis auf das letzte Stück verzehrt wurden, eine kleine Fotoschau von der Rundreise durch Ostpreußen im letzten Jahr, als Gudrun und Bernd Schmidt eine kleine Gruppe durch Masuren, das Memelgebiet und über die Kurische Nehrung führten. Die Fotoschau gelang mit kleineren Startschwierigkeiten. Beim Ostpreußenlied und bei Agnes Miegel wurden Erinnerungen wach. Anschließend entführte uns die „MS Hamburg“ nach Grönland und über die Faröer nach Island und Shetland-Inseln. Unterhaltsam und faszinierend schön waren auch diese Bilder.

Abends fanden wir uns dann zu Königsberger Klopsen und kleinen Vorträgen und Gedichten zusammen. So wissen wir nun, dass es für jedes Wehwehchen einen „Spezialisten“ gibt, selbst in Ägypten ... Wir freuen uns auf das nächste Frühjahr, wenn es hoffentlich wieder heißt: „Wer kommt alles nach Altenau?“ *Petra Wegner*



INSTERBURG – STADT UND LAND

Vorsitzender Stadt & Land: Reiner Buslaps, Am Berg 4, 35510 Butzbach-Kirch-Göns, Tel.: (06033) 66228, Fax (03222) 3721953, E-Mail: R.Buslaps@t-online.de. Kreisgemeinschaft Insterburg Stadt & Land e. V., Geschäftsstelle, Am Marktplatz 10, 47829 Krefeld, Postfach 111 208, 47813 Krefeld, Tel.: (02151) 48991, Fax (02151) 491141, E-Mail: info@insterburger.de, Internet: www.insterburger.de, Bürozeiten: Montag – Freitag von 8 bis 12 Uhr.

Anmeldefrist verlängert

Noch sind Plätze frei und der Anmeldschluss wurde **bis zum 15. Mai verlängert.** Drei Tage Königsberg, sechs Tage Insterburg vom 27. Juni bis zum 8. Juli können Kurzentschlossene erleben.



Trafen sich auf dem Quellenhof im Harz: 25 Landsleute des Heiligenbeiler Kirchspiels Zinten-Land Bild: privat

Organisiert wird die Tour von der Heimatgruppe Darmstadt. Ein Veranstaltungsteam, das sich in der Vergangenheit schon sehr sehr viel Erfahrung erworben hat: Seit 1992 führte es zusammen mit der Firma Greif-Reisen insgesamt 26 Flug- und Busreisen nach Ostpreußen durch. Wer jetzt noch bucht, kann sich auf diese Reiseprogramm freuen:

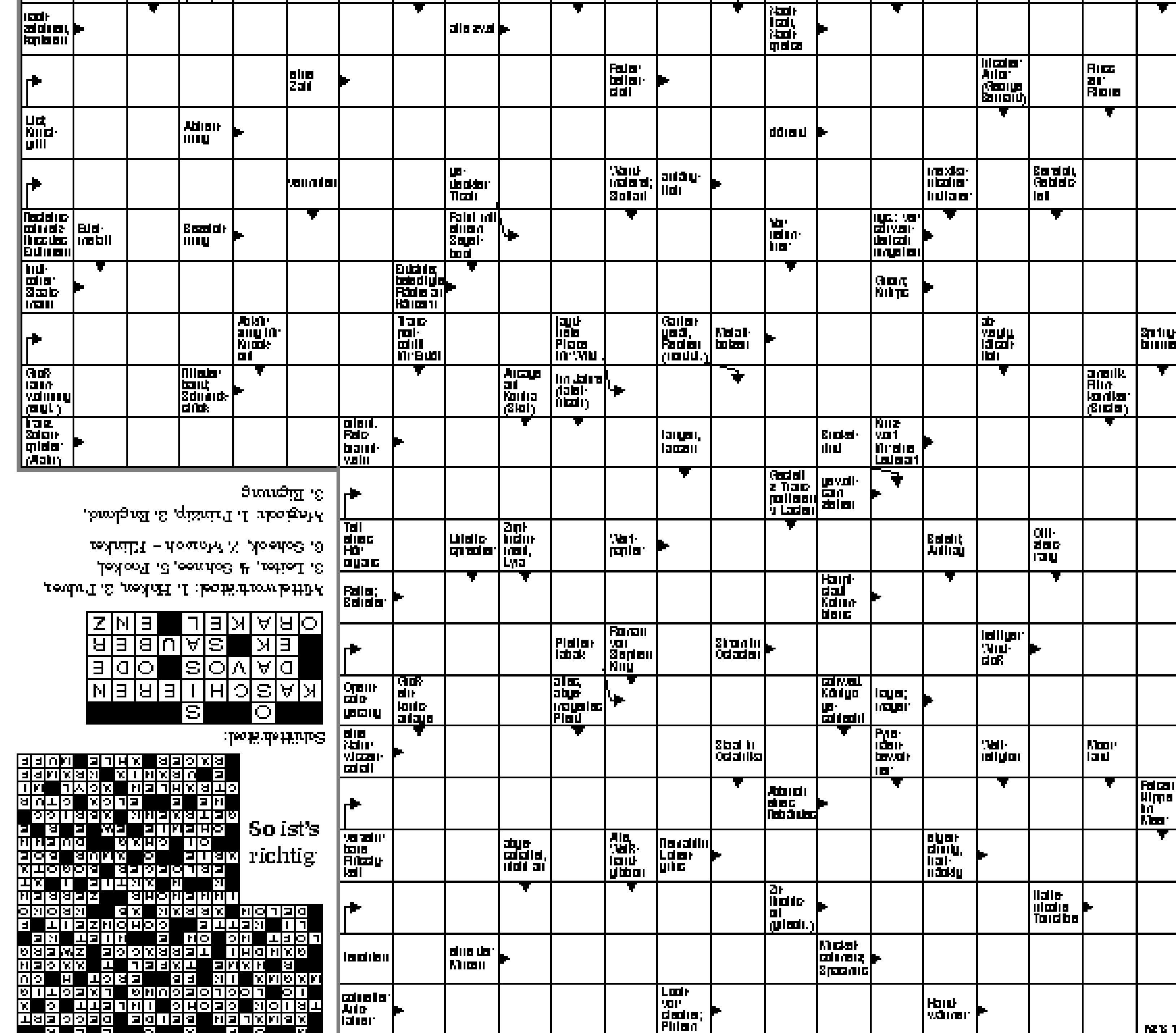
Von Darmstadt geht es über die BAB 5/7 nach Kassel und Braunschweig, über die BAB 2 nach Magdeburg und Berlin und zu den vereinbarten Zustiegsmöglichkeiten an den Autobahn-Raststätten. Weiter führt die Reise nach Posen, Königsberg und Insterburg. (Übernachtungen: Posen 1 x, Königsberg 3 x, Insterburg, 6 x, Posen 1 x).

Die Unterbringung unterwegs und am Zielort erfolgt in guten bis sehr guten Hotels im Doppelzimmer mit Bad oder Dusche/WC. Für die Busreise steht ein komfortabler Fernreisebus mit gastronomischer Betreuung zur Verfügung. Auf der Reise sind interessante Ausflüge unter anderem nach Palmnicken, Rauschen und auf den russischen Teil der Kurischen Nehrung, sowie nach Gumbinnen, Rominter Heide und Trakehnen vorgesehen. Diese Kosten sind im Reisepreis enthalten. Programmänderungen, die sich aufgrund der jeweiligen Situation vor Ort ergeben können, sind nicht auszuschließen.

Der Reisepreis ist gestaffelt und richtet sich nach der Anzahl der Reiseteilnehmer. Der Grundpreis beträgt 1151 Euro bei 25 bis 29 Reiseteilnehmern (ohne Visa-Kosten, Gebühren und so weiter). Die Mindestreiseteilnehmer liegt bei 25 Personen. Reisepass und Visum sind erforderlich. Der Reisepass muss noch mindestens sechs Monate über das Reiseende hinaus gültig sein.

Wir weisen darauf hin, dass bei Reisen nach Russland eine Auslands-Reisekrankenversicherung, die Osteuropa einschließt, abgeschlossen werden muss. Die Visa-Beantragung erfolgt für alle durch den Reiseveranstalter. Bei ihm ist auch der Abschluss der vorgenannten Krankenversicherung möglich. Weitere Auskünfte und Informationen erhalten Sie bei der Heimatgruppe Darmstadt, Reiner Buslaps, Am Berg. 4, 35510 Butzbach-Kirch-Göns, Telefon (06033) 66228, E-Mail: R.Buslaps@t-online.de oder bei Jürgen Pantel, Sudetenstraße 6, 63329 Egelsbach, Telefon (06103) 42744, Fax 486884.

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 20



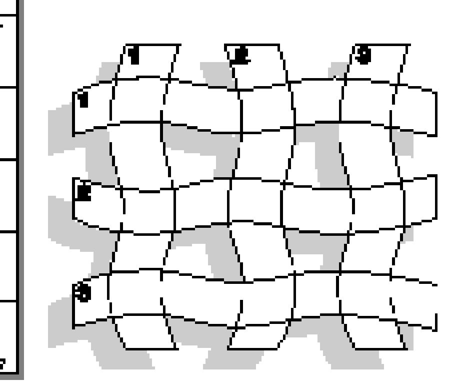
Schüttelrätsel

In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

Mittelworträtsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich in Pfeilrichtung einen bekannte Ziegelstein.

1	KINN		NASE
2	MILCH		KAFFEE
3	TRITT		WAGEN
4	NEU		MANN
5	FECH		ZUG
6	BAR		BUCH
7	PARADE		MUSIK



Magisch

Schreiben Sie waagerecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.

1 Grundsatz
2 Teil Großbritanniens
3 Dauerhaftigkeit

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 19



LYCK

Kreisvertreterin: Bärbel Wiesensee, Diesberg 6a, 41372 Niederkrüchten, Telefon (02163) 898313. Stellvertr. Kreisvertreter: Dieter Czudnochowski, Lärchenweg 23, 37079 Göttingen, Telefon (0551) 61665. Karteiwart: Siegmar Czerwinski, Telefon (02225) 5180, Quittenstraße 2, 53340 Meckenheim.

Mittlere Generation: Frühjahrstreffen

Das diesjährige Frühjahrstreffen der Mittleren Generation (MG) fand am 28. und 29. März im Ostheim in Bad Pyrmont mit 31 Teilnehmern statt. Nach der Begrüßung durch die Vorsitzende Heidi Mader, hielt Dr. Manuel Ruoff, verantwortlicher Redakteur der *PAZ* für Geschichte und Preußen, einen Vortrag zum Thema: „Die polnische Besatzung im Emsland 1945–1948 “.

Mit sehr detailliertem Fachwissen in seinen Ausführungen fesselte er die aufmerksamen Zuhörer, die zum größten Teil noch nichts von diesem damaligen Zustand in den Nachkriegsjahren wussten. Das Interesse an diesen Informationen wurde in einer lebhaften Diskussionsrunde untermauert.

Nach der Kaffeepause referierte Heidi Mader über ihre Aktivitäten für die Gruppe der MG. Mit einem Appell an jeden einzelnen, sich mehr und intensiver an der Gemeinschaft zu beteiligen, hat sie auf die zukunftsweisende Richtung hingewiesen. Dafür sind auch gewisse Sparmaßnahmen nicht zu umgehen, wie der Wegfall der Übernachtungspauschale von 50 Euro für alle weiteren Zusammenkünfte. Die Fahrtkostenregelung ist davon nicht betroffen.

Der Hagen-Lycker-Brief wird in Zukunft nur gegen eine Spende ausgehändigt. Desweiteren rief sie zur aktiven Mitarbeit bei der Digitalisierung der Karteikarten. Außerdem werden dringend ehrenamtliche Mitarbeiter für die Arbeit als Ortsvertreter gesucht.

Allen Teilnehmern der bevorstehenden Lyck-Reise vom 10. bis 18. Juni werden noch im April nähere Einzelheiten mitgeteilt. Das Herbsttreffen in Weißenburg/Ellingen findet vom 23. bis 25. Oktober statt, dafür wurde das Programm mit der Anmeldung ausgehändigt. Im Jahr 2016 ist vom 8. bis 10. April wieder ein Seminar geplant. Das Thema lautet: „Die christlichen Konfessionen und ihre Gotteshäuser in Lyck“.

Da das Ostheim in Bad Pyrmont dann nicht mehr zur Verfügung steht, wurde als neuer Tagungsort das Hotel Rennschuh in Göttingen festgelegt. Für das Herbsttreffen 2016 einigte man sich auf eine Führung im Trakehnergestüt Gorlo in Melle sowie einem Besuch im Preußenmuseum in Minden. Der Besuch des Hagen-Lycker-Treffens am 29. und 30. August wurde allen Teilnehmern ans Herz gelegt.



ORTELSBURG

Kreisvertreter: Dieter Chilla, Bussardweg 11, 48565 Steinfurt, Telefon (02552) 3895, Fax (02552) 996905, E-Mail: kontakt@kreisgemeinschaft-ortelsburg.de. Geschäftsführer: Hans Napierski, Heinrichstraße 52, 45701 Herten, Telefon (0209) 357931, Internet: www.kreis-ortelsburg.de

Heimatseminar

24. bis 26. April, Bad Pyrmont: 6. Ortelsburger Heimatseminar.

Treffen der Amtsbezirke

25. April, Herne: Heimattreffen von Altkirchen, Klein Jerutten und Wildenau.

25. April, Herne: Heimattreffen von Deutschheide und Wilhelmsthal.

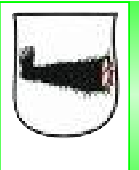
25. April, Herne: Heimattreffen von Rheinswein.

25. April, Herne: Heimattreffen von Farienen und Friedrichshof.

25. April, Herne: Heimattreffen von Fürstenwalde, Lindenort und Liebenberg

26. April, Herne: Heimattreffen der Amtsbezirke Groß Schöndamerau, Lehmanen und Schöndamerau.

Alle Seiten »Heimatarbeit« auch im Internet

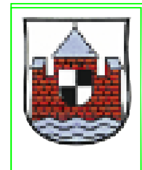


SENSBURG

Kreisvertreterin: Gudrun Froemer, In der Dellen 8a, 51399 Burscheid, Telefon (02174) 768799. Alle Post an: Geschäftsstelle Kreisgemeinschaft Sensburg e.V., Stadtverwaltung Remscheid, 42849 Remscheid, Telefon (02191) 163718, Fax (02191) 163117, E-Mail: info@kreisgemeinschaftsensburg.de, www.kreisgemeinschaftsensburg.de

Oberschule Sensburg

28. bis 30. April, Willingen: 63. Treffen der Schülergemeinschaft der Oberschule Sensburg im „Waldecker Hof“, Korbacher Straße 24.



TILSIT–STADT

Stadtvertreter: Hans Dzieran, Stadtgemeinschaft Tilsit, Postfach 241, 09002 Chemnitz. Geschäftsführer: Manfred Urbschat, E-Mail: info@tilsit-stadt.de.

Tilsit zwischen Lenin und Luise

Die Broschüre „Tilsit zwischen Lenin und Luise“ hat eine große Nachfrage ausgelöst. Sie gibt Aufschluss über den Weg, den die Stadt am Memelstrom seit dem Zusammenbruch des Sowjetreichs bis in die Gegenwart genommen hat. In einer Rückschau erfährt der Leser interessante Begebenheiten aus mehr als zwei Jahrzehnten, die symptomatisch sind für die russische Aufbruchsstimmung, für die Öffnung gen Europa und für die Bemühungen, an das preußische Erbe anzuknüpfen. Die Broschüre hat 74 Seiten und 31 Fotos. Es sind noch Restexemplare vorhanden, die gegen Einsendung einer Spende erhältlich sind. Anforderungen sind an die Stadtgemeinschaft Tilsit, Postfach 241, 09111 Chemnitz zu richten.



Nidden-Experte Jörn Barfod vom Landesmuseum Bild: Eichler

»Ein Zauberwort«

Ausstellung im Heimatmuseum Lötzen

So etwas nennt man reges Besucherinteresse: Selbst die Stehplätze wurden knapp, als zum Auftakt der dritten Saison des Lötzener Heimatmuseums in Neumünster die Sonderausstellung „Die Kurische Nehrung mit Maleraugen gesehen“ eröffnet wurde. Sie alle kamen: Nicht nur die treuen Wiederkehr-Besucher aus Neumünster und Umgebung, sondern auch Kunstinteressierte aus Breklum und Kiel, aus Bad Segeberg und Hamburg und vielen anderen Orten Norddeutschlands.

„Ist denn ‘Kurische Nehrung’ ein Zauberwort?“, staunte der Reporter der Kieler Nachrichten, Karsten Leng, und musste erst einmal nachfragen, ob Nidden nun im russischen oder im litauischen Teil der Nehrung liegt.

Mit dem Gedicht „Nidden – Mein schönstes Dorf im weiten Erdenrund!“ von Fritz Kudnig begrüßte Ute Eichler vom Lötzener Kreisarchiv und der Heimatsammlung die Gäste. Sie dankte Agata Kern, der Kulturreferentin für Ostpreußen, für die von ihr organisierte Malreise auf die Kurische Nehrung. Die Reise im Juli 2014 war von der in Lüneburg ansässigen Künstlerin Gudrun Jakubeit begleitet worden.

Nicht wenige Teilnehmer ihrer Malgruppe waren jetzt nach Neumünster gekommen. Konnten sie doch hier die für die Ausstellung ausgewählten Ergebnisse dieser Malreise als Bestandteil, als die „moderne“ Hälfte der Bilderschau, sehen, nachdem sie im Ostpreußischen Landesmuseum mit Passepartouts versehen und gerahmt worden waren.

Der andere Teil der Bildauswahl setzt sich aus den Werken „alter Meister“ zusammen, Bilder von Künstlern, die entweder der Künstlerkolonie Nidden zuzurechnen sind oder die zeitweilig auf der Nehrung gemalt haben. Dies mache die Besonderheit der Ausstellung aus. Darauf wies Jörn Barfod, Kustos am Ostpreußischen Landesmuseum, zu Beginn seines Einführungsvortrages hin. Barfod gab einen Überblick über die Entstehung und Entwicklung Niddens als von Künstlern bevorzugten Ort. „Ich möchte noch viel mehr darüber wissen.“ äußerte eine junge Frau, die von der Eröffnung der Ausstellung zufällig im „Holsteinischen Courier“ gelesen hatte. Kann es eine bessere Bestätigung über Sinn und Wirkung der Ausstellung geben?

Das Fazit: Die Zusammenarbeit zwischen Kulturreferat Ostpreußen (Agata Kern), dem Ostpreußischen Landesmuseum (Dr. Barfod) und dem Lötzener Heimatmuseum in Neumünster (Ehepaar Eichler) hat Früchte getragen und wird noch weitere reifen lassen.

Ute Eichler

Die Ausstellung im Heimatmuseum Lötzen in der Sudetenlandstraße 18 H im schleswig-holsteinischen Neumünster ist bis zum 18. Juli zu besichtigen. Der Eintritt ist frei. Ein Besuch ist fast zu jeder Zeit nach kurzer Vorabsprache mit Ute oder Dieter Eichler, Telefon (040) 608 30 03, möglich.

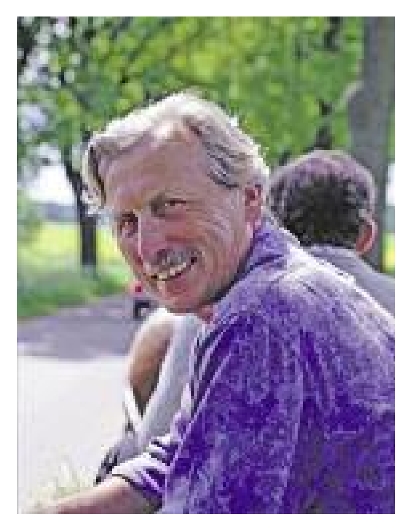
Ostpreußenfahrt mit Surminski

Eine Lesereise, veranstaltet vom Ostpreußischen Landesmuseum, bietet Gelegenheit, vom 1. bis 6. Juni gemeinsam mit Arno Surminski Orte zu erkunden, die mit dem Schriftsteller und seinen Werken in Verbindung stehen. Jokehnen und Polninken findet man zwar nicht auf der Karte, sie haben aber viele Gemeinsamkeiten und Ähnlichkeiten mit Jäglack, dem Geburtsort Surminskis. Dort lebte er gemeinsam mit seiner Familie, bis seine Eltern 1945 deportiert wurden.

Surminski blieb allein zurück und wurde 1947 nach mehreren Lageraufenthalten von einer Familie in Schleswig-Holstein aufgenommen. Seit 1972 arbeitet er freiberuflich als Wirtschaftsjournalist und Schriftsteller. Zu seinen Bestsellern gehören die beiden Romane „Jokehnen oder Wie lange fährt man von Ostpreußen nach Deutschland“ und „Polninken oder Eine deutsche Liebe“. Mit seinen Werken leistet Surminski einen wichtigen Beitrag für die Aufarbeitung der Geschehnisse in Ostpreußen 1945 und die Verständigung zwischen den damaligen und den heutigen Bewohnern.

Der Schriftsteller wird den Teilnehmern seinen Geburtsort zeigen und von seiner Kindheit erzählen. Die Reise führt weiter nach Danzig, Allenstein, Frauenburg und viele andere Orte, die gemeinsam mit dem Schriftsteller besichtigt werden. In Danzig und Angerburg nehmen die Teilnehmer auch an Lesungen Surminkis teil.

Weitere Informationen: Agata Kern, Ostpreußisches Landesmuseum, Ritterstraße 10, 21335 Lüneburg, Telefon: (04131) 7599515, E-Mail: a.kern@ol-lg.



Schriftsteller auf Reisen: Arno Surminski Bild: Hans Joachim Kürtz

Der Expo-Tisch ist gedeckt

Mailand ist ab Mai Expo-Stadt 2015 – Ernährung ist das große Thema, an dem sich Deutschland mit 48 Millionen Euro beteiligt

Nach 1906 ist Mailand 2015 für sechs Monate zum zweiten Mal Gastgeber einer internationalen Weltausstellung. Das Thema lautet: „Feeding the Planet, Energy for Life" – „Ernähren wir die Welt, Energie für das Leben". Damit dreht sich auf der 1,1 Millionen Quadratmeter großen Ausstellungsfläche nordöstlich der Stadt vom 1. Mai bis 31. Oktober alles um Ernährung und Landwirtschaft – oder kurz: ums Essen.

Unterernährt oder falsch ernährt? Derzeit leiden über eine Milliarde Menschen an Hunger oder sind übergewichtig. Mit über neun Milliarden Menschen, von denen man im Jahr 2050 auf der Erde ausgeht, werden sich die Ernährungsprobleme noch verschärfen. Die Expo 2015 versucht den Spagat zwischen kulinarisch-kultureller Mega-Veranstaltung und wissenschaftlichem Austausch zu den Fragen, wie es möglich ist, alle Menschen sicher, gesund und ausreichend zu ernähren, dabei für eine umweltverträgliche, wirtschaftlich und gesellschaftlich nachhaltige Nahrungskette zu sorgen und dazu noch die Geschmacks- und Ernährungskultur zu bewahren.

Der Spaß an der kulinarischen Reise bis in die entlegensten Winkel der Welt dürfte dem Besucher in Mailand sicher sein, welche konkreten Antworten auf die globale Ernährungsfrage gegeben werden, bleibt abzuwarten. Oder, wie es Verkaufsleiter Giovanni Sacripante ausdrückt, die Expo 2015 sei so konzipiert, „dass sie ein großes Abenteuer wird".

> 20 Millionen Besucher erwartet

Insgesamt nehmen an der Weltausstellung 144 Länder teil. Damit wird sie die größte jemals realisierte Ausstellung zum Thema Ernährung sein. Um das umfangreiche Thema zu strukturieren, ist es in fünf Themenbereiche aufgeteilt. Sie begleiten den Besucher nach altrömischem Vorbild entlang einer breiten Hauptachse, dem Decumanus.

Der Pavillon Zero gibt eine Einführung in die Beziehung zwischen Ernährung, Mensch und Natur, der Park der Biodiversität einen Überblick über die Nutzpflanzen rund um den Globus. Der Future Food District widmet sich der Zukunft der Lebensmittelproduktion und modernen Technologien. Das Essen in der Kunst ist das Leitmotiv der großen Kunstausstellung Arts & Food im Rahmen der Triennale Mailand. Im Kinder-Park lernen junge Besucher auf spielerische Weise die Bedeutung der Ressourcen für unsere Ernährung kennen.

Allen Zweifeln zum Trotz: Weltausstellungen waren von Anfang an Erfolgsmodelle. Die ersten drei Ausstellungen 1851 in London, 1855 in Paris und 1862 wieder in London konnten die Welt noch unter einem Dach vereinen. Bei der Weltausstellung 1867 in Paris war der Platzbedarf aber schon so groß, dass man separate Länder-Pavillons errichten musste. Ein Konzept, das sich bis heute erhalten hat. Die Expo 2015 übt sich in einer neuen Mischform. Nicht alle Länder können sich einen der insgesamt 50 Pavillons leisten. Diese präsentieren sich in thematischen Ausstellungshallen (Kaffee, Kakao, Reis, Gewürze, Getreide, Wurzelgemüse, Obst und Hülsenfrüchte). Damit werden zum ersten Mal überhaupt Länder nicht nach geografischen, sondern nach landwirtschaftlichen Kriterien zusammengefasst.



Wie auf einem Vergnügungspark: „Baum des Lebens" auf dem Mailänder Expo-Gelände Bild: pa

Deutschland ist mit 48 Millionen Euro auf der Expo dabei. Für Konzeption und Bau des Pavillons sind zirka 31 Millionen Euro eingeplant, für den Betrieb samt Personalkosten und Kulturprogramm etwa 17 Millionen Euro.

„Ziel des Deutschen Pavillons ‚Fields of Ideas' (Ideenfelder) ist es, einen Pavillon aus einem Guss zu schaffen, der eine lebendige, fruchtbare Landschaft voller Ideen und Lösungsansätzen aus Deutschland zur nachhaltigen Welternährung präsentiert. In diesem Konzept unterstreicht jedes Element, angefangen bei der Ausstellung über die Auswahl der Materialien beim Bau oder bei der Personalbekleidung bis hin zum Kulturprogramm ‚Fields of Cultures', seine Botschaft", so das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi).

Genauer gesagt: Der Pavillon soll nicht nur in medialer und analoger Form technische Lösungen aus der Landwirtschaft vorstellen, wie den Präzisionsackerbau, oder Naturschutz-Methoden und -Systeme, als da wären die Agroforstwirtschaft oder die Auwälder. Er soll auch ein offenes, sympathisches und humorvolles Deutschlandbild vermitteln.

Dafür ist Deutschland nichts zu teuer. „Die Expo ist eine der größten Kommunikationsplattformen weltweit, wenn es um persönliche internationale Begegnungen geht. Die zentralen Botschaften zeigen Deutschland als innovativen, fortschrittlichen und für die Weltgemeinschaft nutzbringenden Standort. Und nicht zuletzt geht es auch um den Aspekt des Völkerverständnisses, also einer Vertiefung des respektvollen Umgangs zwischen den Menschen", so das BMWi. Schließlich erwarten die Veranstalter 20 Millionen Besucher. *Helga Schnehagen*

Das Expo-Gelände grenzt an die Messegelände Rho-Fiera und Malpensa, liegt nah zu den Autobahnen und Flughäfen Linate und Malpensa, ist mit Mailands Innenstadt durch die U-Bahn verbunden und mit der Umgebung durch Hochgeschwindigkeitszüge. Viele Vergünstigungen für Mailand und Umgebung bis zu Reisen nach Rom, Venedig, Florenz bietet die MilanoCard. Internet: www.expo2015.org, www.milanocard.it

Ritter im Rettungswagen

Seit 1000 Jahren Dienst an den Mitmenschen – Die Johanniter

Die Johanniter gehören zu den besten Arbeitgebern des Landes, wie eine vom Nachrichtenmagazin „Focus" in Auftrag gegebene Studie ergab. Unter 22 Unternehmen mit mehr als 500 Mitarbeitern im Bereich Gesundheit und Soziales liegen die Johanniter auf Platz zwei. Befragt wurden die Mitarbeiter zur Ausstattung ihres Arbeitsplatzes, zum Betriebsklima, zu Aufstiegschancen und Führungsstil.

Es muss doch etwas dran sein an der hohen Auffassung von einem guten Arbeitsklima bei den Johannitern, deren Mitarbeiter landesweit in den verschiedenen Einrichtungen und Werken des Johanniterordens im Dienst am Mitmenschen im Einsatz sind. Dafür spricht auch die hohe Zahl von ehrenamtlichen Helfern. Mit ihrem Aushängeschild der mildtätigen christlichen Nächstenliebe stehen sämtliche Werke und Einrichtungen, die unter dem Namen Johanniter firmieren, in der Hospitalitertradition des vor über 1000 Jahren in Jerusalem gegründeten Johanniterordens.



Jede Sekunde zählt: Rettungseinsatz Bild: Johanniter/Frank Schemmann

1810/11 war auch der Johanniterorden von der Säkularisation aller geistlichen Güter durch den preußischen Staat betroffen. Der Orden war danach ein vermögensloser Personenverband, bis Friedrich Wilhelm IV. 1852 den nunmehr rein evangelischen Johanniterorden als selbstständigen geistlichen Ritterorden wiederherstellte (amtlich „Balley Brandenburg des Ritterlichen Ordens vom Spital zu Jerusalem, genannt Der Johanniterorden"). Satzungsgemäß widmet sich der Johanniterorden – mit Sitz in Potsdam und Verwaltung in Brandenburg – diakonischen Aufgaben und tritt für den christlichen Glauben ein. Ihm gehören weltweit über 4000 Ritter in 18 deutschen und fünf ausländischen Genossenschaften („Kommenden") an. Die karitativen Pflichten des Ordens übernehmen teils die Ritter selbst, in weitaus größerem Umfang aber die Mitarbeiter und Helfer in den Ordenswerken und -einrichtungen. Träger der sozialen Einrichtungen sind die Johanniter GmbH Stationäre Einrichtungen und die Johanniter Seniorenhäuser GmbH.

Nicht ganz unkompliziert ist die Struktur des Johanniterordens mit seinen verschiedenen Werken und Gliederungen. Eine solche ist die dem Evangelischen Werk für Diakonie und Entwicklung e. V. angeschlossene Johanniter-Schwesternschaft e. V. mit 690 Mitgliedern, diese sind in sozialen Einrichtungen unterschiedlicher Träger beschäftigt. Rein auf ehrenamtlicher Tätigkeit beruht die Tätigkeit der Johanniter-Hilfsgemeinschaften. Das Ordenswerk wurde 1951 gegründet. Deutschlandweit leisten Damen und Herren in 69 Gemeinschaften aus christlicher Nächstenliebe auf vielfältige Weise Hilfe für Menschen in Not. In das Jahr 1952 fällt die Gründung des größten und bekanntesten Ordenswerks, der Johanniter-Unfall-Hilfe e. V., kurz Die Johanniter. Anlass war die steigende Zahl von Unfalltoten, als der Straßenverkehr der Nachkriegszeit immer mehr zunahm.

In den über 60 Jahren seines Bestehens wurde das Tätigkeitsfeld der Johanniter im sozialen und karitativen Bereich immer mehr ausgeweitet. Mit mehr als 17 000 hauptamtlichen und 31 000 ehrenamtlichen Mitgliedern und Aktiven sowie 1,3 Millionen Fördermitgliedern ist das Unternehmen längst eine der größten Hilfsorganisationen Europas. Nach wie vor sind die Mitarbeiter für die Unfallhilfe zuständig, also für den Rettungs- und Sanitätswachdienst sowie Zivil- und Katastrophenschutz. Weiterhin bietet das Ordenswerk einen Fahrdienst für Menschen mit eingeschränkter Mobilität an und leistet Kinder- und Jugendarbeit.

Der Johanniter-Unfall-Hilfe ist die Johanniter-Auslandshilfe angegliedert, deren Umfang in den letzten 20 Jahren stark zugenommen hat. Beispielsweise ist die Johanniter-Auslandshilfe mit einem Kooperationspartner am Horn von Afrika tätig, wo lange Dürreperioden zu Hungersnöten geführt haben.

Wie schnell die Johanniter sein können, kann man übrigens am 16. Mai in Cottbus bei der „Olympiade der Retter erleben. Bei diesem Bundeswettkampf im Spreeauenpark kann man sich auf ritterliche Kämpfe garantiert ohne Schwerter freuen. *D. Jestrzemski*

Scharfe Klinge

Solingen – Nicht nur eine Stadt, sondern zugleich Markenzeichen

Das Bergische Land. Nach dem Grafen von Berg als früherem Landesherrn benannt, ist es heute eher eine geografische Bezeichnung. Es liegt südlich des Ruhrgebiets.

Eine sanfte Hügellandschaft mit viel Land- und Forstwirtschaft – so präsentiert sich die Stadt Solingen in unseren heutigen Tagen. Wer als Besucher mit dem Zug, oder genauer: S-Bahn, in der Stadt ankommt, wird kaum auf den Gedanken kommen, dass Solingen das Zentrum der deutschen Schneidwarenindustrie ist. Großindustrie ist hier nicht vorhanden, Handel und Handwerk überwiegen im Stadtbild.

Dass die Klingenherstellung eine große und lange Tradition nachweisen kann, zeigt schon ein Blick in die Geschichte. Der erste urkundliche Nachweis über die Anfertigung einer Klinge stammt aus dem Jahr 1363. Zwei Gründe sind hervorzuheben, wenn es um die Frage geht, warum sich gerade dieses Handwerk dort angesiedelt hat. Zum einen konnte auf natürliche Energiequellen zurückgegriffen werden: In der Region gibt es reichlich Bäche und Flüsse. Mit der Wupper ist auch ein Fluss vorhanden, der zum Namensgeber einer benachbarten Stadt wurde. Köln war damals schon eine bekannte Handelsstadt und liegt unter verkehrstechnischen Gesichtspunkten doch sehr nahe.

Im Jahre 1401 bildeten die Härter und Schleifer in Solingen ihre Zunft. Doch es sollte nicht bei den Klingen bleiben. So wurde 1571 die Messermacherzunft gegründet, wenig später auch die der Scherenmacher. Bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts bestimmte die Schneidwarenindustrie die örtliche Solinger Wirtschaft und sorgte für Wohlstand in der Region. Erst der Erste Weltkrieg setzte dem kontinuierlichen Aufschwung der Klingenfabrikation ein Ende – Absatzschwierigkeiten und Personalmangel führten zu massiven Problemen. Auch die Industrialisierung und Automatisierung der Arbeitswelt trug ihren Anteil zum Strukturwandel in der Region bei. Schaut man sich das heutige Stadtbild an, so kann man leicht den Eindruck gewinnen, dass es den Handel und Handwerk gibt, wie er auch in anderen Städten der Region üblich ist.



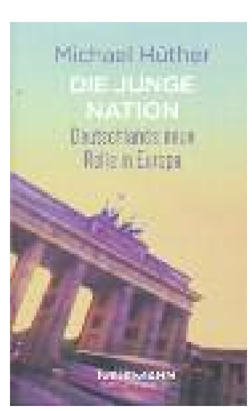
„Tatwaffen": Museales Schneidewerkzeug Bild: Rüdig

Die Firma Wilkinson Sword hat heute ihren deutschen Firmensitz in Solingen. Firmen wie Zwilling J. A. Henckels, Ed. Wüsthof Dreizackwerk und „Lutz" sind weitere bedeutsame Arbeitgeber vor Ort, die eine überregionale Bekanntheit genießen. Ihre Produkte sind im gut sortierten Einzelhandel erhältlich und damit auch Käufern außerhalb der Region ein Begriff.

Eine kleine Episode sei hier am Rande erzählt: „Solingen" ist als einziger Städtename der Welt markenrechtlich geschützt. Die „Solingenverordnung" schützt den Markennamen „Solingen". Scheren, Messer und Klingen, aber beispielsweise auch Produkte wie Tortenheber, Korkenzieher, Rasierzubehör und Blankwaffen dürfen nur dann die Herkunftsangabe „Solingen" tragen, wenn sie in allen wesentlichen Herstellungsstufen innerhalb des Solinger Industriegebiets bearbeitet und fertiggestellt worden sind. Zum Solinger Industriegebiet gehört in dem Zusammenhang auch die Stadt Haan.

Das Deutsche Klingenmuseum im Solinger Stadtteil Gräfrath (Klosterhof 4, www.klingenmuseum.de) bietet eine gute Möglichkeit, sich einen Überblick über die unterschiedlichen Einsatzmöglichkeiten von Klingen zu verschaffen. Nach eigenen Angaben gibt es dort die umfangreichste Besteckssammlung der Welt. Aber auch Friseurscheren, Handwerksmesser und Klingenwaffen sind dort zu sehen.

Die Gesenkschmiede Hendrichs (Merscheider Straße 297, www.industriemuseum.lvr.de/de/solingen/solingen_1.html) in der über 100 Jahre Scheren produziert wurden, sowie die Schleifermuseen Wipperkotten (Wipperkotten 2, www. schleiferei-wipperkotten.de) und Balkhauser Kotten (Balkhauser Kotten 2, www.balkhauser-kotten.de) sind industriegeschichtliche Museen. Die letzteren beiden Museen liegen direkt an der Wupper und zeigen die traditionelle Herstellung von Messern. Ihr Besuch bedarf einer gewissen Vorbereitung. Sie sind nicht das ganze Jahr über geöffnet und verkehrstechnisch ungünstig erschlossen. *Andreas Rüdig*



Fehler statt Maßstäbe

Ein fragwürdiges Buch

„Maßstäbe“ soll dieses Buch laut Verlag setzen. Es soll 25 Jahre nach der Wende eine Debatte anstoßen. Es gehe um die Fragen: „Was bedeutet die nationale Bürgergesellschaft für die Demokratie? Wie anders ist die junge Nation nach 1989? Warum muss europäische Integration neu gedacht werden?“ All dies möchte der Autor Michael Hüther, geboren 1962, seit 2004 Direktor des Kölner Instituts für deutsche Wirtschaft, klären und zwar fern der „Dominanz der formal-mathematischen Methode in den Wirtschaftswissenschaften“, aus der „die historische Zeit ... ausgeklammert bleibt“.

Was bei der Lektüre von „Die junge Nation – Deutschlands neue Rolle in Europa“ allerdings zunächst auffällt: Der Autor verwechselt – nicht nur im Titel – laufend „Nation“ und „Staat“. Vaclav Havel beispielsweise hat in seiner Rede vor dem Deutschen Bundestag 1997 die „Jugend“ korrekt in Worte gefasst, als er bekannte: „Die Tschechische Republik und Deutschland sind in ihrer heutigen Gestalt relativ junge Staaten“. Wenn Hüther dagegen rät, die „junge Nation“ Deutschland soll „den nationalen Weg in Europa suchen“, ist das sprachlich und politisch schief. Es gibt keine verspäteten oder jungen Nationen, sondern nur Nationen, die ihren Staat bilden oder ohne ihn leben müssen.

Vorsichtig ausgedrückt irritierend wirkt denn auch Hüthers These, Deutschland habe erst mit der staatlichen Einheit 1990 zur Nation und zum passenden Nationalstaat gefunden. Aus der verspäteten Nation sei eine junge Nation geworden. Wovon redet der Autor? Deutschland hat 1990 nichts „gefunden“, weil es zuvor nichts verloren hatte. Gewisse Beschränkungen des Nationalstaats waren nur temporär, wie Churchill schon 1946 in seiner Züricher Rede sagte: Das „geistig hochstehende Deutschland“, mit dem ebenbürtigen Frankreich ausgesöhnt, sei die Vorbedingung einer „Renaissance Europas“.

Andere Aussagen Hüthers sind einfach unverständlich: „Als kranker Mann Europas haben wir vor zehn Jahren in Europa gestört, als ökonomisches Wunderkind stören wir heute ebenso.“ Kann das jemand nachvollziehen? Hüther deutet viele Phänomene wie Nationalstaat, Globalisierung, Freiheit, Demokratie und Integration, was er dann wenige Seiten später widerruft, so dass am Ende krause Befunde stehen, etwa zur Natur der DDR und zur deutschen Wiedervereinigung, die in Europa Zurückweisung oder „großen Jubel“ auslöste.

Nation und Staat werden verwechselt

Hüther hat offensichtlich wenig Ahnung von Osteuropa, dessen Nachbar, Partner und Wegweiser die Deutschen jahrhundertelang waren. Sieht so das „traditionslose“ Deutschland aus? Da rügt er die Schlichtheit Berlins gegenüber Paris und London, übersieht aber den Glanz von München, Dresden, Stuttgart und weiterer Perlen des tribalen Föderalismus der deutschen Kulturnation. Seine Aussagen zu Buchdruck und Christentum treffen nur halb, zumal er die Entstehung überregionaler Sprachnormen und deren Rolle in der deutscher Nationalkultur übergeht.

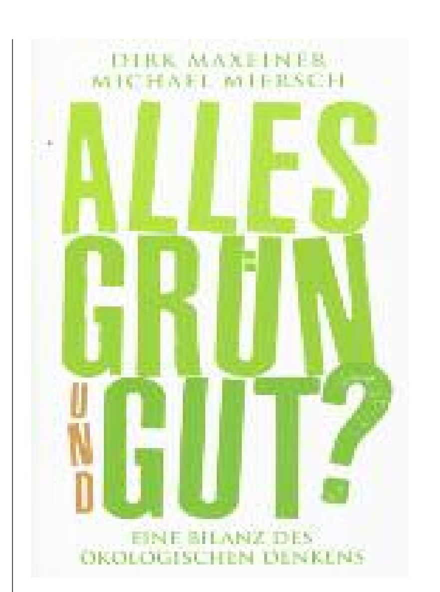
Doch finden sich hier Hüthers wenige Sätze, die man unterschreiben mag: „Europa kann sich vom Christentum als historischer Kraft im positiven wie im negativen Sinne ebenso wenig lossagen wie vom Erbe der Antike.“ Das sagte Churchill schon 1946 und zwar besser: „Europa ist die Wiege des christlichen Glaubens und der christlichen Ethik. Hier liegt der Ursprung fast aller Kulturen, Künste, Lehren und Wissenschaften.“

Wolfgang Oschlies

***Michael Hüther: „Die junge Nation – Deutschlands neue Rolle in Europa“**, Murmann-Verlag Hamburg 2014, gebunden, 296 Seiten, 19,90 Euro*

Lügen und Legenden

Eine Abrechnung mit der Ökobewegung – absolut lesenswert



Ökologisches Denken und Vernunft passen nicht immer zusammen – was vor allem dann der Fall ist, wenn Schwätzer und Karrieristen Umweltthemen für sich entdecken. Das merken inzwischen sogar altgediente Sympathisanten der Öko-Bewegung wie Dirk Maxeiner und Michael Miersch. Früher schrieben sie für einschlägige Magazine wie „Chancen“ und „Natur“. Jetzt ziehen sie mit ihrem Buch „Alles grün und gut?“ eine „Bilanz des ökologischen Denkens“, so der Untertitel.

Ihre Antwort auf die selbstgestellte Frage lautet deshalb eindeutig Nein. Mittlerweile habe sich ein Ökologismus breitgemacht, dem jedwede Rationalität abgehe: Umweltschutzprämissen würden schon seit längerem nicht mehr hinterfragt und wie quasireligiöse Glaubenssätze gehandhabt. Damit bestehe nun eine neue Form der Frömmigkeit, welche „irgendwo zwischen Dalai Lama und Waldorf-Schule, Greenpeace und Peta“ angesiedelt sei. Dies wiederum resultiere daraus, dass es vielen Leuten hierzulande einfach noch viel zu gut gehe: Für die materiell rundum saturierten Vertreter des „Bionade-Biedermeier“ stelle ein „Dioxin-Ei“ oftmals schon die größtmögliche existenzielle Bedrohung dar, welche sie sich in ihrer Beschränktheit vorstellen können.

Zugleich geißeln Maxeiner und Miersch, die jetzt übrigens gemeinsam mit dem Publizisten Henryk M. Broder die Online-Plattform „Die Achse des Guten“ betreiben, den Fanatismus der ökologisch bewegten Gutmenschen, in dessen Gefolge es zu Gewalt gegen Menschen oder Sachen und zur gezielten Verbreitung von Lügen komme.

Auch Greenpeace kennt keine Skrupel

In diesem Zusammenhang verweist das Autorenduo auch ganz dezidiert auf die unrühmliche Rolle der Nichtregierungsorganisationen (NGO) mit grünem Anstrich, die zu einem gesellschaftlichen Problem ersten Ranges geworden seien, weil sie immer mehr Macht und Geld in ihren Händen konzentrieren, ohne einer demokratischen Kontrolle zu unterliegen. Als Musterbeispiel hierfür dient Greenpeace, das keine Skrupel hat, die Öffentlichkeit zu manipulieren, um seine Pfründe zu sichern: Obwohl der Walfang seit einer Entscheidung des Internationalen Gerichtshofes praktisch tot ist und die Bestände der Meeressäuger kontinuierlich anwachsen, geht diese NGO immer noch mit ihrer althergebrachten Rettet-die-Wale-Rhetorik auf Spendenfang.

Des Weiteren befasst sich das Buch mit dem Lügenkartell der „Klimaexperten“: Diese hätten die an sich notwendige Klimaforschung in eine „politisierte Wissenschaft mit aggressiver Rhetorik und absolutem Wahrheitsanspruch“ verwandelt, die als Teil der Meinungsindustrie fungiere, deren Ziel nicht zuletzt darin bestehe, dem Bürger einzureden, er müsse für den „Klimaschutz“ Opfer bringen – zuvörderst natürlich finanzielle.

Dem schließt sich eine Aufstellung der wichtigsten Lügen und Irrtümer der grünen „Untergangspropheten“ an, die bereits zweifelsfrei als solche entlarvt wurden, wie beispielsweise die Legenden vom angeblichen Waldsterben, vom Massentod durch Rinderwahnsinn, und der schrumpfender Ozonschicht.

Der Höhepunkt des Rundumschlages gegen die deutsche Ökoszene ist allerdings die Bloßlegung der braunen Traditionslinien im grünen Denken, wobei diese laut Maxeiner und Miersch nicht nur daraus herrühren, dass alte Nationalsozialisten wie der Ex-SA-Sturmführer Werner Vogel, der zugleich noch ein ausgemachter Pädophiler war, oder der antisemitische Propagandist August Haußleiter zu den Gründungsvätern der Grünen gehörten. Vielmehr attestieren die beiden Renegaten den Vertretern der Ökologiebewegung auch eine ganz ähnlich totalitäre Geisteshaltung wie den Nationalsozialisten: „Viele Lieblingsprojekte der Grünen und ihres Umfeldes riechen nach Erziehungsdiktatur. Wenn das Volk nicht erkennen will, was gut ist, dann muss das Gute eben von oben vorgeschrieben werden.“

Zu diesen aufoktroyierten Wohltaten gehörte im Dritten Reich übrigens auch die Nutzung der Windenergie: „Reichskrafttürme“ hießen die Windräder damals. Erbaut waren sie von der Firma „Ventimotor“, die von dem Thüringer NSDAP-Gauleiter Fritz Sauckel gegründet worden war. Damals wie heute glaubte man fest daran, dass die Nutzung alternativer Energien „eine völlige Umwälzung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse herbeiführen“ werde.

Eigentlich sollte ein Buch wie dieses als Pflichtlektüre an deutschen Schulen dienen, denn es bietet Aufklärung im besten Sinne und das perfekte Kontrastprogramm zu solch verlogenen Machwerken wie Al Gores Klima-„Dokumentation“ „Eine unbequeme Wahrheit“, mit denen unsere Kinder von ideologisierten Pädagogen indoktriniert wurden oder noch immer werden.

Wolfgang Kaufmann

***Dirk Maxeiner und Michael Miersch: „Alles grün und gut? Eine Bilanz des ökologischen Denkens“**, Albrecht-Knaus-Verlag, München 2014, gebunden, 384 Seiten, 19,99 Euro*

Mehr Wohlfühlraum

Zwei Zeitforscher über den richtigen Umgang mit Minuten, Stunden, Tagen



Den „klugen Umgang mit der Zeit“ verspricht das Vater-Sohn-Autoren-Duo Karlheinz und Jonas Geißler schon im Untertitel ihres Buches „Time is Honey“. Die nötige Kompetenz für Ratschläge im klugen Management von Minuten, Stunden und Tagen haben beide: Karlheinz Geißler, der 30 Jahre als Professor für Wirtschafts- und Sozialpädagogik an der Universität der Bundeswehr in München lehrte, ist einer der bekanntesten Zeitforscher Deutschlands. Sein Sohn Jonas arbeitet als Berater zusammen mit dem Vater im Institut für Zeitberatung timesandmore.com in München.

Ihrer beider Kernthesen: Zeit ist nicht die Uhr und Zeit ist nicht Geld. Man müsse sie vielmehr als treueste Freundin zwischen Anfang und Ende des eigenen Lebens betrachten. Nicht die aus unserer bisherigen Sicht immer knappe Zeit ist schuld an unserem aufreibenden Leben, sondern wir selber. Das „Immerzu-auf-dem-Sprung-Sein“, das „Nie-genug-Haben“ führe zu Tempo, Stress und Zeitdruck. Die Gesellschaft huldigt dem Prinzip des „schneller-weiter-mehr“.

Nur wer danach lebt, wird mit Geld, dem besseren Job, dem größeren Auto und dem feineren Domizil belohnt. Das Ganze ist eine hektische und maßlose Suche nach immer mehr. Beinahe jeder jammert heutzutage darüber, keine Zeit zu haben, dass Hektik sein Leben bestimme und der Alltag ihm keine Zeit zum Leben mehr lasse.

Was aber, so der Autor, wenn die wirklich wichtigen Dinge des Lebens gar nicht mit Geld aufrechenbar wären? Wenn diese Dinge gar keinen Preis hätten? Wir müssten die Zeit wieder aus der Umklammerung durch das Geld befreien. Zeit kann man eigentlich nicht managen, nicht sparen, nicht verlieren, sondern nur leben.

In fünf Kapiteln werden neue und alte Sichtweisen auf die Zeit dargestellt. So gibt es Blicke aus der Sicht der Physik und verschiedener Kulturen. Man schaut sich gemeinsam mit den Autoren die Zeitmuster im Alltag an und wie vielfältig eigentlich die Zeit ist. Immer wieder sind die Abschnitte auch durchzogen von wunderbaren Tipps, seinem Leben mehr Wohlfühlraum zu ermöglichen, damit man nicht irgendwann selber den im Buch zitierten Satz von Ödön von Horvath stöhnen muss: „Eigentlich bin ich ganz anders, nur komm ich so selten dazu.“

Silvia Friedrich

***Karlheinz A. Geissler und Jonas Geissler: „Time is honey“**, oekom Verlag, München, 2015, gebunden, 256 Seiten, 17,95 Euro*



Die perfekte Meinungsdiktatur

Neue Forschungsergebnisse: Auch nach der Machtübernahme blieben die Nationalsozialisten geschickte Wahlkämpfer

Lange haben Historiker ein monolithisches Bild der Propaganda des NS-Staats gezeichnet. Der junge Neusser Geschichtswissenschaftler Marcel Stepanek (30) hat mit seinem Buch „Wahlkampf im Zeichen der Diktatur. Die Inszenierung von Wahlen und Abstimmungen im nationalsozialistischen Deutschland“ eine differenzierte Untersuchung über diese Wahlgänge ohne Wahlmöglichkeit vorgelegt.

Nach der Machtergreifung wandelte sich folgerichtig die Strategie der Propaganda nach innen von der Konfrontation des politischen Gegners zur Bejahung des bestehenden Systems. Im Zentrum der Aufmerksamkeit standen nun die wirkungsvolle Bilanzierung der eigenen Erfolge und die versuchte Einbindung jener, die dem neuen Regime noch skeptisch gegenüberstanden. Das zeigte sich bei der Zurückhaltung in der Verwendung von Symbolen. Das Hakenkreuz, das gerade zum Staatssymbol wurde, spielte paradoxerweise im Wahlkampf keine sichtbare Rolle. Eher ging es darum, ein Gefühl der Stabilität und Wohlfahrt zu vermitteln.

Besondere Aufmerksamkeit galt den Katholiken und einer ungebrochen sozialistisch gesinnten Arbeiterschaft. Letzteren gegenüber wurde der Marxismus weniger als gefährlich denn als inkompetent vorgeführt. Erstere sollten sich von einzelnen Kandidaten ohne Parteimitgliedschaft vertreten fühlen.

In vier großen Wahlen und Abstimmungen von 1933 bis 1938 war die Reichspropagandaleitung bestrebt, nicht nur den Widerspruch auszuschalten, sondern vor allem echte Zustimmung zu erzeugen und zu bewahren.

Das Ziel: Erzeugen echter Zustimmung

Stepanek beschreibt für alle vier Ereignisse die Ausgangslage der Abstimmungen und das damit verbundene Wahlkampfkonzept. Enttäuschende Wahlausgänge und außenpolitische Ereignisse schlugen sich dabei in wechselnden Strategien nieder. So blieben die Auswirkungen einer Personalisierung auf die Figur des „Führers“ Adolf Hitler hinter den Erwartungen zurück. Obwohl von der Einheit der Volksgemeinschaft die Rede ist, steht im Mittelpunkt der Wahlkampfstrategie die Vermittlung eines persönlichen Nutzens des neuen Regimes für den Einzelnen.

In drei Exkursen untersucht Stepanek die Finanzierung der Wahlkämpfe und zieht zum Vergleich die Wahlkämpfe im faschistischen Italien heran. Dort wurden die Wahlen grundsätzlich infrage gestellt, während die nationalsozialistische Diktatur sich ähnlich wie später die sozialistische Einheitspartei und ihre Blockpartner in der DDR, als überlegene Form der Demokratie darzustellen mühte. Auch im gleichgeschalteten Staat wurden formal die Legislaturperioden eingehalten. Es hat tatsächlich so etwas wie einen Wahlkampf gegeben. Gleichzeitig zu den Repressionen wurde die Akzeptanz einer Mehrheit des Volks gesucht. Denn je perfekter die Meinungsdiktatur in der Öffentlichkeit durchgesetzt ist, umso bedrohlicher wird für die Machthaber der innere Abstand der beherrschten Menge zum behaupteten Konsens. Das Gewicht der Massen ist dann so steil über den Machthebeln getürmt, dass es schnell zum bedrohlichen Umschlag der Verhältnisse kommen kann.

Besonders vor dem Hintergrund der gegenwärtigen Krise unserer parlamentarischen Demokratie ist Stepaneks genaue Untersuchung sehr lesenswert. Vielleicht besteht nämlich gar kein qualitativer Unterschied zwischen einem direkten Verbot der Neugründung von Parteien damals und einer gewollten systemimmanenten Marginalisierung und Egalisierung derselben, wie wir sie derzeit an der AfD erleben. In der heutigen geringen Wahlbeteiligung drückt sich nicht zuletzt das Gefühl aus, zu einer Wahl ohne tatsächliche Auswahlmöglichkeit geladen zu sein.

Sebastian Hennig

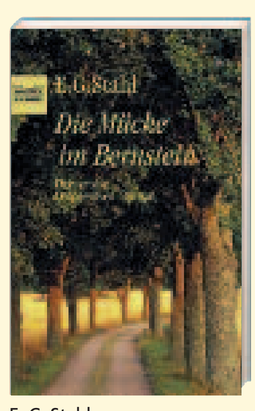
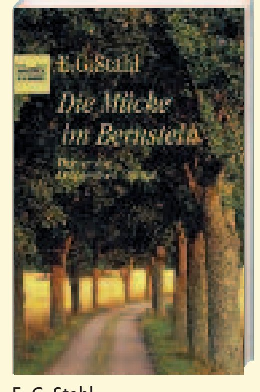
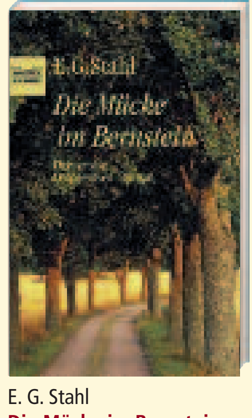
***Marcel Stepanek: „Wahlkampf im Zeichen der Diktatur. Die Inszenierung von Wahlen und Abstimmungen im nationalsozialistischen Deutschland“**, broschiert, 303 Seiten, Leipziger Universitätsverlag 2014, 39 Euro*



Jürgen G. Meyer
Der veruntreute Osten
Reisedokumente aus dem Jahr 1959: Pommern, Ost- und Westpreußen, Schlesien
Der Reisebericht beschreibt Erlebnisse und Erfahrungen, die im August und September 1959 jenseits von Oder und Neiße gesammelt werden konnten. Der Autor, damals noch Medizinstudent, nutzte die seinerzeit überaus seltene Gelegenheit, durch Vermittlung der Universität Wien einer Einladung zu einer Gastfamulatur in Warschau zu folgen. Da die Erlaubnis, sich hinter dem „Eisernen Vorhang" aufzuhalten, keine Vorschriften über Aufenthaltsorte oder Reiserouten beinhaltete, nutzte der Autor die Möglichkeit Posen, Stettin, Danzig, Marienburg, Elbing, Allenstein, Schlesien, Breslau, Oppeln, Hirschberg und das Riesengebirge unüberwacht zu besuchen. In allen erwähnten Orten konnte fotografiert werden. Entstanden ist ein hochinteressantes Reisedokument und ein unverfälschtes Stimmungsbild jener Zeit jenseits des Eisernen Vorhangs. 76 Seiten
Nr. P A0873 Kartoniert im Großformat **17,70 €**



Fahne
Pommern
Die Fahne ist bedingt wetterfest.
Format 150 cm x 90 cm
Nr. P 9955 Fahne **12,50 €**

E. G. Stahl
Die Mücke im Bernstein
Der große Ostpreußen-Roman
508 Seiten/Taschenbuch
Nr. P 1538 **8,99 €**

Ein edles Schmuckstück - ein Bernsteintropfen, eine Mücke umschließend, vom Meer an die samländische Küste gespült – wird von Geschlecht zu Geschlecht weitervererbt, aber dieses Schmuckstück bringt kein Glück ... Ostpreußen mit seinen schimmernden Küsten, dunklen Wäldern, leuchtenden Seen und goldgelben Weizenfeldern ist der Schauplatz dieses vielleicht letzten großen Ostpreußenromans, der sieben Jahrhunderte umfasst, in denen sich die Geschicke mehrerer Familien erfüllen bis hin zu den tragischen Geschehnissen der jüngeren Vergangenheit als Ostpreußen in Schutt und Asche versank.



Der Mythos Ostpreußen
Auf den Spuren der Ordensritter
Eine filmische Reise durch Ermland, das Oberland und Masuren.
Laufzeit: 60 Minuten
Nr. P A0351 DVD **9,95 €**



Die Samlandbahn
Eine filmische Reise mit der Samlandbahn: Königsberg – Rauschen – Cranz.
Laufzeit: 60 Minuten
Nr. P 9711 DVD **19,95 €**

Landsmannschaftsfahne
Ostpreußen mit Elchschaufel-Wappen
Die Fahne ist bedingt wetterfest.
Format 150 cm x 90 cm
Nr. P 9905 Fahne **12,50 €**



Nur noch wenige Exemplare

Ilsa Langanke
Und die Sehnsucht bleibt
Eine ostpreußische Biographie – Lebenserinnerung
287 Seiten/Broschiert
Nr. P A0605 **12,80 €**

Eine Reise in die alte Heimat Ostpreußen nimmt Ilsa Langanke zum Anlass, ihre Kindheit und Jugendzeit noch einmal Revue passieren zu lassen. Auf einfühlsame Weise beschreibt sie die Stationen der Flucht ihrer Familie aus dem schönen Ostpreußen nach Hamburg und Pinneberg bis in die neue Heimat Ostfriesland. Herausgekommen ist ein anschauliches und lebendiges Zeitdokument, welches stellvertretend für viele Lebensgeschichten dieser Generation ist. Ein wichtiges Stück Zeitgeschichte wird im Einzelschicksal gespiegelt.

Romantisches Masuren
Land der tausend Seen
Eine filmische Reise durch Masuren – die Städte und Landschaften. Laufzeit: 55 Minuten
Nr. P 9468 DVD **19,95 €**



Ostseestadt Königsberg
Mit Bootsfahrt nach Pillau
Eine filmische Reise durch Königsberg und eine Bootsfahrt nach Pillau. Laufzeit: 60 Minuten
Nr. P 9466 DVD **19,95 €**



Werner Buxa
Bilder aus Ostpreußen
Über 500 Fotos vom Leben wie es damals war
208 Seiten/Gebunden
Nr. P 1019 **10,95 €**

Dieses Buch von Werner Buxa spiegelt eindrucksvoll das Leben der Menschen in Ostpreußen bis 1945 wider. Jenem Land zwischen Memel und Weichsel, das facettenreicher in seiner Schönheit nicht sein könnte: dunkle Wälder und fruchtbare Getreidefelder, meerumbrandete Küsten und einsame Seen, wehrhafte Burgen und verträumte Dörfer. 500 selten gewordene Aufnahmen aus Familienalben, Bildersammlungen, Archiven, Broschüren und alten Aufsätzen geben einen unverfälschten Eindruck vom Leben in Ostpreußen. Die Fotos wurden in liebevoller Sorgfalt und mit rührender Hingabe von ostpreußischen Landsleuten zusammengetragen und wecken so manche Erinnerungen.



Dirk Schleinert und Heiko Wartenberg
Das alte Pommern
Leben und Arbeiten auf dem platten Land
Die preußische Provinz Pommern war ein klassisches Agrarland. Noch zu Beginn des 20. Jahrhunderts lebten und arbeiteten rund sechzig Prozent der Bevölkerung auf dem Land. Das Leben unterlag dem jahreszeitlichen Rhythmus, wie ihn die Landwirtschaft vorgab. Nicht nur die Arbeit mit ihren saisonalen Spitzen in der Saat- und Erntezeit, auch das Fest- und Brauchtum der Bevölkerung orientierte sich danach. Trotzdem war das Landleben nichts unverrückbar Statisches. Der technische Fortschritt hielt hier genauso Einzug, wie sich größere politische und wirtschaftliche Zusammenhänge bemerkbar machten. All dies ist bereits früh fotografisch dokumentiert worden. Dieser Band zeigt eine repräsentative Auswahl aus den fotografischen Sammlungen des Pommerschen Landesmuseums in Greifswald. Großbildbandformat. 120 Seiten
Nr. P A0262 Gebunden **24,99 €**

Georg Graf von Schwerin
Zettemin – Erinnerungen eines mecklenburgischen Grafen
336 Seiten/Gebunden
Nr. P A0230 **20,00 €**

Georg Graf von Schwerin, Schlossund Gutsherr auf Zettemin, beschwört noch einmal die unwiederbringlich versunkene Welt des mecklenburgischen Landadels. Seine liebevolle Beschreibung veranschaulicht dem Leser das naturnahe Leben, dem als gesellige Höhepunkte Treibjagden, Manöver und Besuche im prickelnden Berlin der zwanziger Jahre gegenüberstehen. Doch dieses geruhsame und erfüllte Leben wird in zunehmendem Maße von den politischen Entwicklungen beeinflusst und mit wachsender Sorge beobachtet Georg Graf von Schwerin, wie der Nationalsozialismus nach 1933 in alle Lebensbereiche vordringt. Ein zeitgeschichtliches Dokument der Jahre von 1918 bis 1945.



Buchständer aus Holz für größere Bücher
Auflagefläche 34 cm x 22,5 cm x 4 cm. Vier einstellbare Lesewinkel fördern eine aktive und den Rücken schonende Sitzhaltung.
Nr. P A0542 Buchständer aus Holz **29,95 €**



Heinz Csallner
Bilder aus Hinterpommern
Über 360 Fotos vom Leben wie es damals war
176 Seiten/Gebunden
Nr. P 7939 **10,95 €**

Dieser Bildband über Hinterpommern zeichnet sich durch seine Vielfalt und durch die Brillanz der Fotos aus. Über 350 zeitgenössische Ansichtskarten und Bilder sowie erklärende Texte erzählen von den vertrauten Städten und Dörfern, von der Landschaft und von dem alltäglichen Leben in diesem alten deutschen Land, das im Westen von der Oder, im Osten von der Provinz Westpreußen begrenzt wurde und das heute zu Polen gehört. Der kleine westliche Teil Pommerns, Vorpommern, verblieb bei Deutschland. Der Autor Heinz Csallner führt uns in diesem einfühlsamen Bildband zurück in die Zeit vor 1945 und viele Erinnerungen werden wach beim Betrachten der alten Fotos.




Nationalpark Vorpommersche Boddenlandschaft
Vor 20 Jahren wurde der „Nationalpark Vorpommersche Boddenlandschaft" ins Leben gerufen – eine faszinierende Region, die von der Küste am Darß bis nach Westrügen reicht und die Insel Hiddensee mit einschließt. Die Autoren stellen den Nationalpark vor, die Besonderheiten der Flora und Fauna und das Zusammenspiel von Meer und Ufer. 96 S.
Nr. P A0683 Gebunden **14,99 €**



Sing, sing, was geschah ...
Die schönsten Volkslieder aus Ostpreußen
29 Lieder aus Ostpreußen. Zogen einst fünf wilde Schwäne; Es dunkelt schon in der Heide; Abends treten Elche aus den Dünen; Welch großes Wunder; De Oadeboar; Dort jenes Brünnlein u.v.m. Laufzeit 66 Minuten.
Nr. P A0576 CD **12,90 €**



Walter Lüdde-Neurath
Regierung Dönitz
Die letzten Tage des Dritten Reiches
Walter Lüdde-Neurath wurde im September 1944 Adjutant des Großadmirals Dönitz. Er erlebte im Frühjahr 1945 den Zusammenbruch des Reiches, die Kapitulation der Deutschen Wehrmacht und die gewaltsame Auflösung der Regierung im Brennpunkt des Geschehens. Aus eigener Initiative, aber mit Billigung seines Chefs, hielt er Ereignisse, Besprechungen und Anordnungen des von seiner Ernennung überraschten letzten Staatsoberhauptes des Deutschen Reiches protokollarisch fest. Die Unmittelbarkeit des gewissenhaften Erlebnisberichtes und die Eindringlichkeit der wissenschaftlichen Bestandsaufnahme tragen wesentlich zur Klärung dieser schicksalsschweren Zeitspanne der letzten Tage des Dritten Reiches bei. In einem umfangreichen Nachwort analysiert Prof. Dr. W. Baum die völkerrechtliche Bedeutung der Regierung Dönitz. Ca. 20 S/W-Abbildungen. 242 Seiten.
Nr. A0874 Kartoniert **19,80 €**

Dirk Schleinert
Pommerns Herzöge
Die Greifen im Porträt
128 Seiten
Kartoniert
Nr. P A0577 **14,99 €**

Herrschergeschlechter, die über Jahrhunderte die Geschicke ihrer Untertanen lenkten, hatten eine besondere Bedeutung für deren politische, wirtschaftliche und kulturelle Entwicklungen. Nach wie vor besteht daher ein großes Interesse an deren Vertretern, zumal sie bis heute wichtige Identifikationsfiguren für das regionale Bewusstsein sind. Das aus slawischer Wurzel stammende Geschlecht der Greifen herrschte über ein beachtliches Gebiet an der südlichen Ostseeküste. Sein Machtbereich war vom 12. bis zum 17. Jahrhundert erheblichen Veränderungen unterworfen, als Kernzone hatte sich aber bald das Odermündungsgebiet herauskristallisiert. In Einzelporträts stellt der Autor 30 männliche Greifen mit ihrer besonderen Bedeutung für die pommersche Geschichte vor.



Clara von Arnim
Der grüne Baum des Lebens
368 Seiten/Taschenbuch
Nr. P A0628 **11,90 €**

Mitten in der brandenburgischen Landschaft führen die Lebenserinnerungen Clara von Arnims, die nach einer behüteten Kindheit im Kassel der Kaiserzeit und einer unbeschwerten Jugend im Berlin der Zwanzigerjahre einen Urenkel des berühmten Dichterpaares Ludwig und Bettina von Arnim heiratet und dadurch märkische Gutsfrau wurde. Von den Spuren der berühmten Vorfahren weiß sie ebenso fesselnd zu erzählen wie vom Alltag des keineswegs feudalen Landlebens in einem Haushalt ohne elektrisches Licht und fließendes Wasser, von ihrer Familie und von der Fürsorge für die Gutsbewohner vor dem Hintergrund der aufkommenden Diktatur und den Neuanfang im Westen.

Leonie Ossowski
Weichselkirchen
Roman
784 Seiten
Taschenbuch
Nr. P A0630 **12,99 €**

Die Journalistin Anna besucht nach dreißig Jahren das kleine, ehemals deutsche Dorf in Polen, in dem sie aufgewachsen ist. Die Fahrt nach Niederschlesien führt sie in ein fremdes Land und auch in ihre eigene Vergangenheit. Anna begegnet vertrauten Menschen aus ihrer Kindheit, ihrer alten Liebe Ludwik, dem Vater ihrer Tochter, und der neuen politischen Wirklichkeit. Ein bewegender, poetischer Roman über die jüngere deutsche Geschichte. Leonie Ossowski, geboren 1925 in Niederschlesien, ist Autorin zahlreicher Erfolgsromane und Drehbücher. Sie hat sich in ihren Romanen als „Dichterin der Menschlichkeit" einen Namen gemacht und wurde mit zahlreichen Literaturpreisen ausgezeichnet.



Klänge der Heimat
Pommernlied, Mein schönes Land, Danziger Heimatlied, Märkische Heide, Ostpreußisches Reiterlied, Westpreußenlied, Riesengebirgs Heimatlied, Schlesierlied, Tief in dem Böhmerwald, Heimwärts.
(Laufzeit ca. 40 Minuten)
Nr. A0728 CD **10,00 €**

RAUTENBERG BUCHHANDLUNG

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden, faxen oder Bestellung einfach telefonisch durchgeben:

RAUTENBERG Buchhandlung
in der Verlagshaus Würzburg
GmbH & Co. KG
Beethovenstraße 5 B
97080 Würzburg

Telefon 09 31/ 46 58 89-12
Telefax 09 31/ 46 58 89-29
Email info@rautenberg-buch.de
Internet www.rautenberg-buch.de

Lieferung erfolgt gegen Rechnung. Achtung, die Versandkostenpauschale beträgt nur € 4,00*, ab einem Bestellwert von 80,00 € ist die Lieferung versandkostenfrei* (*nur gültig bei Versand innerhalb Deutschlands). Auslandslieferung gegen Vorkasse. Dabei werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Anzahl	Bestell-Nr.	Titel	Preis €

Vorname .... Name ....
Straße/Nr. .... Telefon ....
PLZ/Ort ....
Datum .... Unterschrift ....

BÜCHER • KARTEN • KALENDER • FAHNEN/PINS • DVD/CD • SPIRITUOSEN • MARZIPAN • BERNSTEIN
Telefon 09 31/46 58 89 12 • Telefax 09 31/46 58 89 29 • www.rautenberg-buch.de
Telefonische Erreichbarkeit: Montags bis Freitags von 9.00 Uhr – 12.00 Uhr und 13.00 – 17.00 Uhr

MELDUNGEN

Medien gegen Russland

Moskau – In keinem von 36 untersuchten Ländern war die Russland-Berichterstattung 2014 so negativ wie in Deutschland. Dies ergab eine Studie des „Russischen Instituts für Strategische Studien“. Selbst in den Medien der USA, Polens, Großbritanniens, der baltischen Staaten oder der Ukraine werde ein ausgewogeneres Russlandbild gezeichnet, so die Studie. Untersucht wurden zigtausende Veröffentlichungen, in Deutschland allein 8929. *H.H.*

Brandenburg wächst wieder

Potsdam – Nach Jahren des Bevölkerungsrückgangs kann das Land Brandenburg wieder einen leichten Zuwachs verbuchen. So lebten im Februar 2014 mit 2,449 Millionen rund 1000 Menschen mehr in der Mark als im Vorjahresmonat. Bis Juni erhöhte sich der Anstieg auf 3000. Bei nur leicht gestiegener Geburtenzahl ist der Trend vor allem auf einen Zuwanderungsüberschuss zurückzuführen. Neuere Zahlen als die vom Juni 2014 liegen noch nicht vor. *H.H.*

ZUR PERSON

Im Wechselbad der Gefühle

Für Alexander Stubb war es ein kurzes Gastspiel als finnischer Ministerpräsident. Nur zehn Monate war der Vorsitzende der konservativen Nationalen Sammlungspartei im Amt, ehe er jetzt bei den Parlamentswahlen abgestraft wurde. **Juha Sipilä** heißt der Wahlsieger, der aller Voraussicht nach Stubbs Nachfolger wird.

Der Internetmillionär Sipilä ist selbst in Finnland noch ein unbeschriebenes Blatt. Obgleich seit seiner Jugend Mitglied der sozialliberalen Zentrumspartei, ließ er sich 2011 als 50-Jähriger erstmals ins Parlament wählen. Schon ein Jahr später wurde er Parteichef.

Als ruhig, pragmatisch und bodenständig wird Sipilä beschrieben, der gerade ein Wechselbad der Gefühle durchmacht. Kurz vor seinem Geburtstag am 25. April feierte er den Wahlsieg, doch mitten im Wahlkampf musste er Tod eines seiner fünf Kinder verkraften: Im Februar starb sein jüngster Sohn an den Folgen einer Operation.

Der Mitleidsbonus war aber nicht ausschlaggebend für den Wahlsieg. Die Finnen trauen dem Unternehmer am meisten zu, das Land aus der seit drei Jahren anhaltenden Rezession zu führen. Die Arbeitslosigkeit lag schon bei zehn Prozent, da kriegt das Land, dessen russischer Nachbar der wichtigste Handelspartner ist, jetzt die EU-Sanktionen gegen Moskau voll zu spüren.



Der EU will Sipilä weiter treu bleiben. Finnland hat sich 2012 gegenüber der Griechen-Rettung zwar mit einem Pfand abgesichert, doch mit der rechten Finnen-Partei bietet sich ein äußerst EU-kritischer Koalitionspartner an. Für eine Parlamentsmehrheit benötigt Sipilä mindestens einen weiteren Partner. Ob der gläubige Lutheraner die Sozialdemokraten für ein Links-Mitte-Rechts-Bündnis gewinnen kann, wird in den nächsten Tagen die spannende Frage sein. *Harald Tews*



In Memoriam Günter Grass

Verrottete Geister

Wo Meerschweinchen mehr gelten als Menschen, wie man mit Zynismus die Welt versteht, und wie sie gegen Pegida die Geheimwaffe ziehen / Der Wochenrückblick mit Hans Heckel

Gewalt gegen Tiere ist etwas ganz anders als Gewalt gegen Sachen, da sind wir uns ja wohl einig. Wer eine Telefonzelle zerdeppert, handelt zwar auch illegal und muss bestraft werden. Aber niemals trifft ihn unser gerechter Zorn in dem Maße wie einen Kerl, der grundlos ein Hündchen tritt oder sein Meerschweinchen foltert.

Den Telefonzellen-Randalierer finden wir ärgerlich, mehr nicht. Der Tierquäler dagegen kann sich unserer tiefsten Verachtung gewiss sein, pfui!

Soweit ist unsere Welt wohlgeordnet, steht alles an seinem Platz. Wie aber halten wir es mit Gewalt gegen Menschen? Es ist erstaunlich, aber ausgerechnet dann, wenn es um die Verurteilung von Übergriffen gegen unsere Artgenossen geht, geraten einige von uns gehörig ins Schlingern.

In Frankfurt am Main haben linke Extremisten versucht, Polizeibeamte in Brand zu stecken, sie also bei lebendigem Leibe zu verbrennen. Hätten die das nicht mit Polizisten gemacht, sondern, sagen wir, mit Hühnern – da wäre was losgewesen: „Abscheulicher Quälerei-Versuch am Main! Tierschützer fordern harte Strafen!“ Die Medien hätten eine Lawine der Empörung durchs Land gejagt.

Aber es waren eben bloß Menschen, Polizeibeamte. Daher reichte die übliche, müde „Distanzierung von jeglicher Gewalt“ – von Teilen der politischen Linken gab es nicht mal die so richtig. Die Masse der Staats- und Konzernmedien ging recht schnell über den Vorfall hinweg, Tenor: Schlimm, ja sicher, aber nichts Markerschütterndes. Hatten wir doch schon öfter.

Wenig später haben Unbekannte in einem mitteldeutschen Dorf einen Dachstuhl angezündet. Niemand wurde verletzt. Reaktion? „Schock“, „Skandal“ und „Fanal des Hasses“ dröhnte es durchs ganze Land, das förmlich zu erbeben schien.

Wir reden natürlich von Tröglitz. In dem Haus sollten, das wissen Sie ja längst, Asylbewerber untergebracht werden. Gegen die hat sich die Tat gerichtet, nicht gegen den Dachstuhl, daher die Empörung, heißt es. Es ist mehr das Symbolische an der Attacke, das uns alle so erzürnt.

Ach wirklich? Unter den Asylbewerbern wären womöglich auch welche von jenen zwölf Afrikanern gewesen, die von radikalen Moslems auf dem Mittelmeer ermordet wurden, weil sie Christen waren. Deren gewaltsamer Tod aus religiösem Hass hat wiederum weit weniger Vibrationen in Deutschland ausgelöst als die Zerstörung des Dachstuhls. Wie das? Ist ein symbolischer Angriff auf Menschen also viel, viel entsetzlicher als deren brutale Ermordung?

Da soll noch einer mitkommen. Die Nadel auf dem moralischen Kompass der Bundesrepublik springt umher wie ein tollwütiges Zirkuspferd, mal hierhin, mal dahin. Die Richtung ist offenbar nur Eingeweihten zugänglich.

> Tröglitz wurde als Arbeitersiedlung in der NS-Zeit gebaut! Damit ist doch wohl alles klar

Oder Zynikern, denn: Nur durch deren Brille betrachtet ergibt der vermeintliche Kuddelmuddel wirrer Bewertungen plötzlich einen Sinn.

Dem Zyniker sind Tragödien, Skandale oder menschliches Leid vollkommen piepe, solange er davon nicht profitieren kann. Sobald er aber meint, sich aus einem Vorfall etwas schnitzen zu können, greift er beherzt zu und zieht alle Register, auch die niederträchtigsten. Gehen wir die Sachen also ein zweites Mal durch, diesmal ganz und gar zynisch.

Dann hört sich das so an: Sicher, das ist natürlich traurig, das mit den zwölf toten Christen. Doch was bringt uns das für die Debatte in Deutschland? Am Ende stört der Vorfall noch den „Dialog“ mit den Islamverbänden! Nein, nein, das hängen wir mal ganz hinten hin.

Tröglitz ist viel nützlicher. In geübter Rabulistik kippten Politiker und ihnen verbundene Medien die verkohlten Dachbalken ohne Mühe der Pegida vor die Füße. Deren Geist habe ihn gezündelt.

Das war bereits der zweite Anlauf zur Endverteufelung der Dresdner Bürgerbewegung, nachdem der erste so kläglich versenkt war. Wir erinnern uns: Ein junger Eritreer war in Dresden erstochen worden. Sofort tobten Tausende durch die Elbmetropole, massiv unterstützt von den Staats- und Konzernmedien. Das sei die Saat von Pegida, so die Losung.

Als rauskam, dass der Mann von einem anderen Afrikaner erstochen worden war, fiel die furiose Inszenierung von „Wut und Trauer“ sekundenschnell in sich zusammen. So ein Ärger.

Was soll's, dann muss es eben ein Dachstuhl tun. Man nimmt, was man kriegen kann.

Allerdings ist den Dramaturgen des zynischen Theaters bewusst, dass die Geschichte nicht wirklich zieht. Die Haare, an denen man irgendwas herbeizuziehen versucht, werden immer länger. Zum Schluss führte jemand ins Feld, dass Tröglitz als Arbeitersiedlung während der NS-Zeit gegründet worden sei. Motto: Schon deshalb müssen das ja Nazis sein. Spätestens diese lächerliche Pirouette enthüllte den Dümmsten, wie erbärmlich dünn diese „Tröglitz, Hort des Bösen“-Erzählung sein musste, weshalb sie auch nicht gegen Pegida taugte.

Es musste etwas viel Gerisseneres her. Als das allen klar war, ersann man sich (reichlich spät) seiner Geheimwaffe: der NPD. Die Partei war 2003 nur aus einem einzigen Grund nicht verboten worden. Sie war dermaßen dicht mit Verfassungsschutz-Agenten besetzt, dass die Richter nicht unterscheiden konnten, ob die Pamphlete von richtigen Nazis stammten oder aus staatlicher Produktion. Seitdem kriecht der Verdacht durchs Land, dass die NPD nichts anderes ist als ein Instrument der etablierten Politik für politische Operationen.

Könnte was dran sein: Dieser Tage hat die Dresdner NPD mit großem Trara verkündet, dass sie bei der Bürgermeisterwahl am 7. Juni die Pegida-Kandidatin Tatjana Festerling unterstützen wolle. Bei Pegida schlug die Nachricht ein wie ein geplatzter Gülletank. Und genau das sollte sie wohl auch.

Zwar hat sich Pegida sofort von der NPD distanziert. Und offenbar hat Pegida-Sprecher Lutz Bachmann auch umgehend den Hintergrund erkannt, weshalb er diagnostiziert: "Das ist eine gezielte Aktion, um uns zu schaden.“

Bachmann muss allerdings einräumen: „Verhindern kann man so etwas nicht.“ Nein, eben! Und deshalb können sich die Pegiden nun so oft sie wollen von ihren falschen Freunden abgrenzen, das nützt ihnen gar nichts. Das wissen die Zyniker, die ihren idealistischen Opfern immer eine Nasenlänge voraus sind.

Eine große Boulevard-Zeitung suhlt sich von Wonne gepackt in dem Kot und stänkert die Linie lautstark heraus: Jetzt zeige sich, wer wirklich hinter Pegida stehe. „Wer am 7. Juni Pegida wählt, wählt im Sinne der NPD!“ Übrigens hat das Blatt binnen eines Jahres fast jeden zehnten Leser verloren. Man fragt sich, warum.

Überflüssig zu erwähnen, dass die NPD ihre vergifteten Tentakeln bei dieser Gelegenheit auch gleich zur AfD ausgefahren hat. Die solle sich ebenfalls einreihen in ein Bündnis mit ihr, das neben der NPD nur die zornesroten Feinde von Pegida und AfD herbeisehnen.

Ist das nicht alles ziemlich unanständig? Ach, kommen Sie, „gegen Rechts“ darf man das. Zwei linke FC-Köln-Fans haben sogar versucht, AfD-Sprecher Bernd Lucke und seine Frau aus einem Zug zu vertreiben. Man stelle sich vor, Fans hätten das mit einem Politiker von SPD, Grünen oder Linkspartei versucht! „Rechter Mob bedrängt Spitzenpolitiker im Zugrestaurant“ hätten sich die Gazetten empört, Politiker und ihre Fernsehlautsprecher wären außer sich und Historiker hätten Parallelen zur Weimarer Zeit gezogen.

Aber nun? SPD-Politiker Sascha Vogt bejubelt den Übergriff sogar: "Heute mag ich den effzeh gleich doppelt", und der „Linke“-Bundestagsabgeordnete Niema Movassat bedankt sich bei den Pöblern allen Ernstes „für den Mut“. Er meint den „Mut“ zweier kräftiger Kerle gegenüber einem schmächtigen Professor. Verrottete Geister in einer vermodernden Republik. In solchem Schlamm blüht der Zynismus besonders prächtig.

MEINUNGEN

*Der Frankfurter **Polizist Olcay Sirin** berichtet in der „Frankfurter Allgemeinen“ (18. April) über eine Attacke linker **„Blockupy“-Schläger** auf ihn und einen Kollegen, nachdem sie sich am 18. März vor einem Steinhagel in ihren Streifenwagen geflüchtet hatten:*

„Dann zündeten sie einen Brandsatz. Wir dachten noch: Hoffentlich trifft er uns nicht, hoffentlich wirft er das jetzt nicht ins Auto hinein. Der Demonstrant hat uns aber einfach nur angesehen, und dann hat er das Ding auf uns geworfen. Wir haben mit unseren Händen und Füßen versucht, die kaputten Scheiben zuzuhalten, so dass nichts ins Auto gelangen konnte. Dann fing das Fahrzeug aber am Hinterrad Feuer. Wir sind sofort aus dem Auto raus. Wir hatten einfach nur Angst.“

***Harald Vilimsky**, Generalsekretär der **FPÖ**, sieht den **Verbotseifer** der heutigen Politiker in der Tradition despotischer Regime. Im Internet-Portal „unzensuriert.at“ (16. April) schreibt er:*

„Nein, die Welt geht auch bei einem Rauchverbot in Lokalen nicht unter. Nicht einmal die Wirte. Aber es ist ein Indiz mehr für einen Zeitgeist, der sich insgesamt gegen die Freiheit richtet. Für einen Zeitgeist, der Kontrolle braucht, weil er sich seiner Untertanen nicht sicher ist.“

*Der Ministerpräsident der **Lombardei**, **Roberto Maroni**, will keine **Asylbewerber** mehr aufnehmen. Laut dem Wiener „Standard“ (16. April) sagte er:*

„Wir sind nicht mehr bereit, diese Invasion länger auszuhalten. Solange die Regierung keine konkreten Schritte gegen die Flüchtlingswelle unternimmt, nehmen wir keine Migranten mehr auf.“

***Karin Beier**, Intendantin von Deutschlands größtem Sprechtheater, dem Hamburger **Schauspielhaus**, übt im „Hamburger Abendblatt“ (17. April) harte Kritik an der **„Politischen Korrektheit“**:*

„Wir haben alle eine Schere im Kopf, nach der wir nur noch politisch Korrektes von uns geben. Die eigene Religion beispielsweise kann man kritisieren, Papstbashing (Papst-Beschimpfung) ist erlaubt, Islamkritik aber nicht. Ich finde, Samthandschuhe sind im Kunstbetrieb nicht richtig.“

*Auf den Ausruf von Kulturstaatsministerin Monika Grütters (CDU), **Günter Grass** stehe in der Literatur „neben Goethe“, habe ein Freund erklärt: „Das hat sie nur alphabetisch gemeint“, so **Michael Klonovsky** in seinem Internet-Tagebuch (14. April). Dort wirft er ebenfalls einen kritischen Blick auf den posthumen Jubel um den Autor der „Blechtrommel“:*

„Hätte sich Grass auf der anderen politischen Seite betätigt und beispielsweise Franz Josef Strauß statt Willy Brandt vollgequasselt, wir hörten heute keinen Mucks von wegen Klassiker und Weltliteratur, das ‚Stockholmer Nobelpreis-Roulette‘ (nochmals Henscheid) wäre über ihn hinweggegangen, und es gäbe heuer bloß ein paar gesetzte, wenngleich kundige Nekrologe auf einen achtbaren Autor, der er ja, sofern er nicht zu ‚mahnen‘ anfing, durchaus zuweilen war.“